E 3477

Überdosis Kultur – Kunst, Kritik und Cultural Studies

▶ Außerdem: ▶ Der König von Marokko ▶ Das Jahrtausend der Händler ▶ Die Perspektiven der Solidarität ▶ Streit im Mercosur ▶ Humboldts Welt ...

September 1999
Ausgabe □ 240
Einzelheft
DM 8,–
Abonnement
DM 60,–

iz3w

▶ blätter des informationszentrums 3. welt





Titelbild-Montage: Thomas Cernay

In dieser Ausgabe



Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Entfernt von der Truppe

»Was soll man denn sonst machen?« fragten rot-grün-pazifistische Kriegsbefürworter zu Anfang des Angriffskrieges gegen Jugoslawien. Die Alternative zum Bomben, so konstatierten sie, sei die Akzeptanz von Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen. Zwar wurde auch in der **iz3w** über Alternativen diskutiert: »Boykott statt Bomben?« hieß die Kontroverse in der vorletzten Ausgabe.

Im Zentrum unserer Kriegs-Erklärungen aber standen Kritik und Analyse. Wie konnte es sein, dass kaum 50 Jahre nach dem Nationalsozialismus und seinen Angriffs- und Vernichtungskriegen wieder Krieg von Deutschland ausging – und das ohne nennenswerte Opposition? Die Ursachen, vom Wiedererstarken ethnisch-völkischer Denkmuster bis zu strategischen Interessen der NATO auf dem Balkan, scheinen bis heute nicht Erklärung genug für das Kriegstreiben. Jedenfalls blieb und bleibt uns angesichts des Krieges keine Alternative, als sich zu entziehen: der Argumentation, man könne Opfer auf beiden Seiten miteinander verrechnen (Wie viele SerbInnen dürfen getötet werden, um die Flucht der AlbanerInnen zu stoppen?), den Überlegungen, ob ein UNO-legitimierter Krieg akzeptabler sei als der »völkerrechtswidrige« - NATO-Angriff, der Spekulation, ob und wie Milosevic zu stürzen sei und vor allem dem Krieg als solchem.

Folgerichtig galt die Solidarität vieler KriegsgegnerInnen den Deserteuren. In Budapest, wohin viele jugoslawische Kriegsdienstverweigerer geflohen waren, wurde inzwischen gar ein »Haus für Deserteure« eröffnet (siehe Seite 44). Auch auf albanischer Seite gab es Menschen, die sich nicht von der Propaganda der UCK und anderer Kriegsparteien überzeugen lassen wollten und auf friedliche Lösungen setzten. In den westlichen kriegsführenden Staaten blieb eine solche Debatte lange Zeit aus, vielleicht, weil der Krieg aus sicherer Distanz geführt wurde und sich die Gefahr für »unsere Jungs« in Grenzen hielt. Nur wenige (Berufs-)Soldaten erfüllten über Jugoslawien ihre Pflicht und warfen Streubomben für die Freiheit des Kosovo. Die Aufforderung einiger KriegsgegnerInnen in Deutschland und anderen NATO-Staaten an die Soldaten, den Dienst mit der Waffe umgehend zu quittieren, blieb daher – anders als während des Golfkrieges – ungehört. Um so verwunderlicher erscheint das Verhalten einiger deutscher Staatsanwälte, die nun Verfahren wegen des Aufrufs zur Fahnenflucht eingeleitet haben. Mit diesem antiquarisch anmutenden Paragraphen sollen nachträglich all diejenigen abgestraft werden, die nicht bei der bloßen Kritik des Unfassbaren stehen bleiben, sondern aktiv eingreifen wollten.

Und das, nachdem inzwischen auch den letzten friedvollen Bombern klar geworden sein müßte, dass der Krieg keines der Probleme gelöst hat, die es in Jugoslawien gab und gibt. Im Gegenteil: Er hat weitere geschaffen. Jetzt werden SerbInnen und Roma aus der Region umgebracht und vertrieben, ihre Häuser werden angesteckt und die Flüchtlingstrecks angegriffen (vielleicht in geringerem Umfang als zuvor bei den AlbanerInnen, doch auch hier entziehen wir uns jedem Verrechnen von Toten und Vertriebenen). Das Land ist zerstört, der Boden verseucht und die verfeindeten Gruppen von einem Frieden und einem als Kriegsziel propagierten »multi-ethnischen Zusammenleben« weiter entfernt als zuvor. Wolf Dieter Narr, zuweilen iz3w-Autor, Mitglied des Komitees für Grundrechte und Demokratie, und nun wegen des Aufrufes zur Desertion angeklagt, brachte es auf den Punkt: »So wie die Kriegsverläufe waren, wäre es für die politisch Zuständigen eigentlich besser, sie würden den Mantel des Schweigens ausbreiten.«

die redaktion

Die Renaissance des Marginalen

Ein Jahr rot-grüne Entwicklungspolitik

von **Barbara Unmüßig**

► Der rot-grüne Regierungsantritt hatte in der entwicklungspolitischen Gemeinde Hoffnungen erweckt. In den im Koalitionsvertrag angekündigten Veränderungen sahen viele die Chance für eine Neuorientierung der Entwicklungspolitik. So wurde dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Federführung für die europäische Entwicklungspolitik übertragen, und erstmals ist das BMZ nun Mitglied im Bundessicherheitsrat, der u.a. die deutsche Rüstungsexportpolitik kontrolliert. Einige programmatische Passagen im Koalitionsvertrag zielten zudem auf sozial-ökologische und entwicklungspolitische Reformen in den internationalen Finanzorganisationen, der Welthandelsorganisation, in der EU-Nord-Süd-Politik und der deutschen Außenwirtschaftsförderung. Nicht unerheblich waren auch die Erwartungen an mehr Partizipation und finanzielle Förderung für NRO. Die neue Ministerin hat in den ersten Wochen nach ihrer Übernahme des BMZ in offensiver Medienarbeit und im ersten Kriseneinsatz nach dem Hurrican Mitch in Mittelamerika die Hoffnungen gestärkt und sprach selbst von einer »Renaissance der Entwicklungspolitik«.

Das BMZ kann keine »globale Strukturpolitik« betreiben

Nach einem Jahr rot-grün ist Ernüchterung und in vielerlei Hinsicht Enttäuschung eingekehrt. Das Kabinett beschloß massive Einschnitte für den BMZ-Haushalt. Zuallererst sind die künftigen bilateralen Projekte und Programme betroffen. Für neue Initiativen bleibt hier kaum Gestaltungsspielraum. Abwicklung statt Neugestaltung dürfte derzeit das Stichwort in der Entwicklungsbürokratie sein. (Inwiefern der Sparzwang zu den positiven Nebeneffekten führt, dass auch Großprojekte und sonstige »unsinnige« Vorhaben auf der Strecke bleiben, oder er die längst überfällige Grundsatzdiskussion um entwicklungspolitische Prioritätensetzung antreibt, ist noch nicht ausgemacht.) Der Rotstift wurde außerdem bei den freiwilligen Beiträgen an die UN-Organisationen angesetzt. Statt für eine Reform und Stärkung der UN-Organisationen einzutreten (s. Koalitionsvertrag), wurden mit einem Schlag die Mittel des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) um die Hälfte gekürzt. Auch die verstärkte Förderung von Nichtregierungsorganisationen fällt ins Wasser. Insbesondere die nicht-konfessionellen NRO müssen mit teilweise drastischen Mittelkürzungen für die Projektarbeit rechnen. Aus dem BMZ sind derweil Hinweise zu hören, die NGO sollten sich doch dem Aufbau des Kosovos zuwenden, dort gäbe es noch einige Mittel »abzuholen«. Lediglich die Mittel für Peacekeeping und Peacebuilding wurden im Sinne der neuerdings so stark betonten Krisenprävention aufgestockt.

Einige Lichtblicke sind allerdings im eigenen Zuständigkeitsbereich des BMZ erkennbar. Wieczorek-Zeul scheut die Auseinandersetzung mit ihren Ressortkollegen weniger als ihre Vorgänger. So mischt sie sich öffentlich in Einzelfallentscheidungen bei der Vergabe von Hermesbürgschaften für ein umstrittenes Staudammprojekt in Indien ein oder nutzt die Zuständigkeit des BMZ für die Weltbankpolitik, indem sie trotz anderslautender Interessen des Auswärtigen Amtes gegen einen Weltbankkredit für China in Tibet stimmte. (Allerdings wirft auch das »rein-grüne« Außenministerium dem BMZ nicht nur in dieser Frage wie eh und je Knüppel zwischen die Beine.) Selbst bei der angestrebten »Neuausrichtung der Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank« sind Aktivitäten erkennbar, auch wenn das BMZ letztlich die herkömmlichen IWF-Konditionalitäten als Voraussetzung für jede Schuldenerleichterung mitträgt.

Zentrale Entscheidungen für die Nord-Süd-Politik werden allerdings weiterhin in anderen Ressorts ohne große Mitsprache des BMZ fallen. So bestimmt das Wirtschaftsministerium über die Vergabe- und Förderkriterien der Hermesbürgschaften. Die Bereitschaft zur Neuformulierung von Kriterien entlang sozialer, ökologischer und entwicklungspolitischer Kategorien ist dort nicht sonderlich ausgeprägt. Bürgschaften werden nach wie vor ausschließlich als Exportförderinstrument betrachtet. Das Finanzministerium entscheidet spätestens, wenn es um die Finanzierung geht, über die Entschuldungsinitiative und bei der künftigen IWF-Politik. So könnten die durchaus positiven Ansätze zur Entschuldung der ärmsten Länder aus finanziellen und ordnungspolitischen Erwägungen behindert werden.

Von einem derart marginalisierten Entwicklungsministerium kann keine »globale Strukturpolitik« betrieben werden. Dieses vielzitierte Schlagwort, das bereits unter Spranger grassierte, ist ohnehin nie mit präzisen Inhalten gefüllt worden. Hier sollte es um Grundsatzfragen gehen – etwa nach der Legitimation und den Instrumenten externer politischer Einmischung in Ländern der Dritten Welt.

Wer eine »globale Strukturpolitik« will, die die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Entwicklungsländer verbessert, muß sich jedoch zuallererst mit den Zielen und Leitbildern der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie den Interessen der Außenpolitik der neuen Bundesregierung beschäftigen. Vor allem hier wird sich entscheiden, ob Strukturanpassungsprogramme des IWF und der Weltbank um ein paar sozial-ökologische kosmetische Veränderungen oder leicht modifizierte Konditionalitäten ergänzt werden. Oder soll es ernsthaft um alternative Ansätze zum neoliberalen Modell gehen, die im »Süden« selbst entstehen (können)? Dazu wären entwicklungspolitische Kohärenz und Bündnisse für eine gerechtere Nord-Süd-Politik erforderlich. Das jedoch dürfte mit dem Wirtschafts-, Außen-, Finanz- und Landwirtschaftsministerium kaum zu machen sein.

► **Barbara Unmüßig** ist Vorsitzende des Vereins 'Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung' (WEED).

Humboldts Welt

von **Martina Backes** und **Jochen Müller**

► 200 Jahre nach Alexander von Humboldts legendärer fünfjähriger Expedition durch die heutigen Staaten Venezuela, Kuba, Kolumbien, Ecuador, Peru und Mexiko, die ihn zum »zweiten Entdecker Südamerikas« machte, zeigte das renommierte Haus der Kulturen der Welt in Berlin die Ausstellung 'Alexander von Humboldt – Netzwerke des Wissens'. Das Berliner Programmheft der jetzt in Bonn zu sehenden Sammlung hebt »die Neugier des großen Forschungsreisenden und Kosmopoliten auf andere Kulturen aber auch sein Eintreten für die Menschenrechte« als vorbildlich hervor. Als Begründer einer »internationalen 'community of scientists' und Vorreiter des modernen vernetzten Denkens, der ein Modell nicht-kolonialen Wissenschaftstransfers verwirklichte« sei Humboldt ein »Vordenker der Moderne« und soll »in unserer Zeit der Globalisierung und gesellschaftlichen Umbrüche« neu entdeckt werden.

Mit der Vielfalt der Kulturen, dem Universalismus der Menschenrechte und dem Konzept von Interdisziplinarität und Vernetzung wird Humboldt hier für gleich drei aktuell äußerst populäre Vorstellungen einer besseren Welt bemüht. Gerade vor dem Hintergrund von Geschichte und Gegenwart des Nord-Süd-Verhältnisses zeugt das allerdings von einem seltsam ungebrochenen Verhältnis zur Moderne. Schließlich lassen sich Aufklärung und Fortschritt nicht ohne Unterdrückung, ohne Kolonialismus, Rassismus und Naturzerstörung denken.

Aus dieser Geschichte kann auch Humboldt nicht herausgelöst werden – da mögen in der Ausstellung noch so sehr seine Maximen vom »Menschen, der das Gute und Große wollen muß«, von »Wahrheit, Wissen und Toleranz« und seine »uneigennützige Forschung« als Vorbild für eine Wissenschaft zum Allgemeinwohl beschworen werden. Die als ganzheitliche Weltbeschreibung rekonstruierte Masse schier endloser Mess- und Datenreihen des »Vaters einer großen Nachkommenschaft von Forschungsreisenden«, kann genauso als ein Ausgangspunkt für die Etablierung isolierter Einzeldisziplinen und die Anhäufung von Spezialwissen betrachtet werden, das schlicht die Kapazität eines einzelnen Kopfes übersteigt. Und vor allem läßt sich in Humboldts Vermessungs- und Abbildungseifer die Frühform des modernen Glaubens an Linearität und Prognostizierbarkeit, an Begreif- und damit Beherrschbarkeit des einmal Vermessenen erkennen – Grundbedingung für den utilitaristischen Blick auf die Menschen und die Ressourcen der erforschten Tropen.

Die Vermessung war eine Frühform der Beherrschung Lateinamerikas

Tatsächlich gab Humboldt sein Wissen von den kartographischen Aufzeichnungen bis zur Beschreibung sozialer Verhältnisse der bereisten Regionen etwa an den amerikanischen Präsidenten Jefferson weiter. Durch solcherart Wissenstransfer wurde die imperialistische Kontrolle Lateinamerikas und der Zugang zu seinen natürlichen Ressourcen überhaupt erst möglich. Dazu zählt auch die Intensivierung der Ausbeutung in den Minen von Mexiko, die ökonomische Erschließung der von Humboldt so bezeichneten »unbewohnten, mit Wald bedeckten, geschichtslosen Ufern des Casiquiare« oder sein Vorschlag zum Bau des Panamakanals. Humboldt selbst wies darauf hin, dass »das gewerbefleißige und handelstreibende Europa aus der neuen Ordnung der Dinge, wie sie sich im spanischen Amerika gestalten, seinen Nutzen ziehen« werde. Dennoch sind die sozialen Folgen der »wahren« Naturerkenntnisse nicht Thema der Ausstellung. Das historische und aktuelle Verhältnis der von Humboldt und seiner Gefolgschaft bereisten Länder zu den Industriestaaten bleibt sauber ausgeblendet, die verheerenden Entwicklungen, die den Forschungsreisen oftmals auf dem Fuße folgten, geraten in Vergessenheit.

Damit nicht genug wird – technisch perfekt – auch noch die Faszination des Entdeckungszeitalters wiederbelebt. Eine zunächst vernebelte Weltkarte auf einem fast kinogroßen Videoscreen läßt gleich zu Beginn der Ausstellung die »Entdeckungen« der Kontinente durch europäische Weltumsegler und Forschungsreisende emotional nacherleben: Mit einem erhellenden Aufleuchten neuerschlossener Gebiete nach jeder Fahrt ins Ungewisse wird das Abenteuer der Expeditionen inszeniert. Mit dem Hinweis auf Humboldts Menschenrechtsverständnis – er bezeichnete »die Idee der Kolonie« als »unmoralisch« und sprach von »europäischer Grausamkeit« – geht das plötzlich guten Gewissens.

Dieser zeitgenössische Blick auf zivilisierte Forscher und ihre Objekte prägt die gesamte Präsentation der Sammlung: Da dokumentieren meßtechnische Erfindungen den Glauben an das »Experiment als Prüfstein der Wahrheit«, während Gemälde »unberührter Landschaften« mit Indios in unterwürfiger Haltung dem europäischen Publikum um die Jahrhundertwende den Beginn der Bereisbarkeit fremder Ferne und das »Begreifen der Welt« suggerieren.

Das alles muß heute nicht mehr unbedingt Alexander von Humboldt und seiner Welt, muß aber einer Ausstellung vorgeworfen werden, die solche Bilder schlicht reproduziert und damit eben nicht nur in historistischer Manier eine Zeit und ihre Weltanschauung aus sich selbst heraus verständlich machen will. Vielmehr soll hier der »letzte große Universalgelehrte« als Stammvater eines ökologischen und vernetzten Denkens das Gute der Moderne repräsentieren und als Vorbild für deren Fortführung dienen. Ohne Bezug auf die realen gesellschaftlichen Bedingungen und Machtverhältnisse damals und heute bleibt aber der Kult um die Vielfalt der Kulturen und die Universalität der Menschenrechte ebenso idealistisch und haltlos, wie der Glaube, vernetztes Wissen sei per se ein Garant für seine vernünftigere Verwendung. Nicht einmal am Rande der Ausstellug wird so aufgegriffen, welche Gesellschaften vom klassischen »universalen« wie von modernen »globalen« Netzwerken des Wissens ständig neu ausgeschlossen werden und zu welchen Konsequenzen globale Vernetzung für die lokale Realität mancherorts damals wie heute führen kann. Dabei böte gerade Humboldt genug Anknüpfungspunkte für eine kritische Hinterfragung von Erkenntnisform und der Verwertung von Wissen – sei dieses nun im Kopf des Universalgelehrten oder in Netzwerken organisiert.

► **Martina Backes** und **Jochen Müller** sind MitarbeiterInnen im **iz3w.**



Foto: U. Moschner/version

Was tun, wie solidarisch sein?

Keine Bewegung ohne Bewegung

von **Berenice Hernández und Dario Azzellini**

► Die Erfahrungen mit vielen nationalen Befreiungsbewegungen in der »3. Welt« und mit Partikularbewegungen in den »Industrieländern« haben einige Linke dazu gebracht, den Bezug auf Bewegungen grundsätzlich in Frage zu stellen. Tatsächlich erschufen die nationalen Befreiungsbewegungen nicht die erhofften sozialistischen Gesellschaften und viele der Neuen Sozialen Bewegungen, wie etwa die Ökologiebewegung, wirkten modernisierend auf den Kapitalismus. Doch war es falsch, die Sklaverei zu bekämpfen, nur weil diese durch andere Ausbeutungsverhältnisse abgelöst wurde? Steht es einer metropolitanen Linken, die den Kolonialismus nicht erleidet, zu, dem antikolonialen Kampf seine Berechtigung abzusprechen? Das Bewusstsein über die Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Auseinandersetzungen konnten deren Kritiker schließlich auch nur entwickeln, weil sie einmal selbst Teil dieser Kämpfe waren. Wie kann nunmehr die Erkenntnis der Prozesshaftigkeit gesellschaftlicher Entwicklungen und des dialektischen Verhältnisses zwischen Bewegungen und Herrschaftsformen plötzlich zu Gunsten einer »Alles-oder-Nichts«-Logik aufgegeben werden? Wie sollen gesellschaftliche Veränderungen erfolgen, wenn nicht getragen von grösseren Teilen der Gesellschaft?

Nun ist die traditionelle Linke ihrer vermeintlich transformatorischen Instrumentarien beraubt. Die Veränderungen in Produktion und gesellschaftlicher Organisierung haben Partei oder Gewerkschaft sowie das Ziel der Erlangung staatlicher Macht obsolet gemacht: Zu homogenisierend und zu unbeweglich sind diese Organisationsformen, um den Bedürfnissen der Menschen in den heutigen ausdifferenzierten Gesellschaften entsprechen zu können. Der Staat hat viele der Regulationsmechanismen, die einst glauben machten, seine Übernahme könne eine Transformation der Gesellschaft einleiten, verloren. Mehr denn je gilt also, dass nichts anderes übrig bleibt, als sich auf Bewegungen zu beziehen und in und mit ihnen zu arbeiten, um Emanzipation, Selbstorganisierung und Selbstverantwortung der Menschen zu befördern. Und dabei handelt es sich nicht um ein »kleineres Übel«: Ohne die feministische Bewegung hätten wesentliche Elemente der gesellschaftlichen Analyse kaum Eingang in die linke Debatte gefunden, ohne die Ökologiebewegungen würde die fortschrittsgläubige Linke des letzten Jahrhunderts weiterhin dominieren und den Katastrophenkurs des Kapitalismus mitsteuern. Zuletzt hat die zapatistische Bewegung wichtige Fragen um Macht, Herrschaft und Emanzipation wieder auf die politische Tagesordnung der Linken gesetzt und vielen Menschen Mut gemacht.

Menschen in Bewegung sind offener

Das heißt nicht, dass alle Bewegungen per se »gut«, also progressiv und emanzipatorisch sind. Insgesamt hat aber die Linke in Bewegungen – wenn sie nicht explizit antiemanzipatorisch, z.B. rassistisch sind – mehr Aktionsmöglichkeiten. Menschen in Bewegung sind offener. Es ist schwer, im Alltag mit Flugblättern auf Interesse zu stoßen. Viel größer ist die Bereitschaft von Menschen, die streiken, besetzen oder demonstrieren, Informationen aufzunehmen, politische und soziale Fragen zu diskutieren und sich gegenseitig zu helfen. In Bewegungen formulieren und formieren sich die spezifischen Interessen und Bedürfnisse der verschiedenen Menschen, die die Gesellschaft bilden. Die konkrete Entwicklung einer realistischen gesellschaftlichen Alternative verlangt also das Zusammenführen der verschiedenen Bewegungen zu einer gemeinsamen Debatte über Veränderung. Dies gilt noch mehr im globalen Rahmen, wo ein Bezug auf die Bewegungen in anderen Ländern und die Auseinandersetzung mit ihren Forderungen unerlässlich sind, um die eigenen Ansprüche in einen global realisierbaren Rahmen zu stellen und den lokalen Kämpfen eine internationale Dimension zu geben.

Zwar stimmen die Entwicklungen der letzten Jahre, was die Entstehung progressiver Massenbewegungen angeht, nicht gerade optimistisch. Aber wer hätte 1966 in Frankreich den Mai ´68 erwartet? Unerwartet entstehen auch aus einfachen Forderungen, wie solchen nach Land oder Brot, manchmal Revolutionen. Ein gesellschaftliches Verständnis, das diese Dynamik verkennt, trifft sich mit dem Kulturbegriff der Rechten. Das für die Entstehung einer solidarischen und emanzipatorischen revolutionären Bewegung notwendige »wir«, dass viele europäische Linke romantisierend in anderen Ländern erspähen, kann nur mittels Bewegungen entstehen. Dafür müssen sich Linke aber als Teil der Gesellschaft begreifen – nur so wird linke Politik wieder glaubwürdig und anziehend. Als oberster Richter über Bewegungen kann die Linke kein Hoffnungsträger sein. Und während Bewegungen keine Linke brauchen, braucht die Linke Bewegungen, wenn sie Utopien greifbar machen will.

► **Berenice Hernández** ist Mitarbeiterin der mexikanischen Frauenorganisation Kínal Antzetik und des Frauenkollektivs Lunatikas.
Dario Azzellini ist freier Journalist und Autor sowie Mitarbeiter von FelS/Arranca!

Die kapitalistische Wirtschafts- und Lebensform ist auf Dauer nicht tragbar und erweist sich für die meisten Menschen – nicht nur im Süden – als unerträglich. Radikale Kritik des Bestehenden und Alternativen zur herrschenden Ordnung erscheinen nötiger denn je. »Was tun, wie solidarisch sein?« lautet die Frage für eine Linke, deren Erfahrungen mit einer Politik, die auf die Bewegung von Massen setzt, allerdings genauso ernüchternd sind, wie eine konsequente Kritik an praktisch agierenden Bewegungen oder Institutionen unbefriedigend bleibt, weil ohne diese sich womöglich gar nichts verändern läßt. Mit der grundsätzlichen Kontroverse um die Optionen und Fallstricke von emanzipatorischer Politik in und mit Bewegungen eröffnen wir eine Reihe, in der aktuelle soziale Kämpfe in Nord und Süd von Arbeitslosen-Intiativen bis zu Zapatisten in ihrem globalen und lokalen Kontext vorgestellt werden sollen. *die redaktion*

Politik im Wartestand

von **Udo Wolter**

► Die Frage, wie sich radikale Linke heute noch auf konkrete soziale Bewegungen als Potential emanzipatorischer Gesellschaftsveränderung beziehen können, ist aus ideologiekritischer Perspektive schon im Ansatz falsch gestellt. Denn wer auf Bewegungen setzt, will linke Handlungsfähigkeit durch Bewegungspolitik wiederherstellen. Das kann aber – und dies gilt eben auch für linke Politik – nur im staatlichen Zusammenhang funktionieren.

Das Elend dieses Politikverständnisses zeigt sich in der Geschichte nationaler Befreiungsbewegungen. Die PKK legte jüngst endgültig ihre Revolutionsrhetorik ab und will nunmehr in die »Neue Weltordnung« eintreten, und auch die Zapatisten schließen immer stärker an den zivilgesellschaftlichen Mainstream-Diskurs der modernisierten linken Sozialdemokratie an. Die Zwickmühle zwischen Widerstand und Integration in die bestehenden Verhältnisse bestimmt die Tragik nationaler Befreiungsbewegungen: Durch den sich gewaltsam und ungleichzeitig auf dem Globus ausbreitenden warenkapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhang (Kolonialismus und Imperialismus) hervorgebracht, mußten sie als Nationalstaaten im Wartestand agieren und im Erfolgsfall versuchen, ein Projekt nachholender Modernisierung umzusetzen. Gegen die Unterdrückungssituation sind zwar immer auch Ziele gesellschaftlicher Befreiung formuliert worden, gegen den bereits staatlich organisierten kolonialen oder postkolonialen Unterdrücker mußte aber auch eine homogenisierte nationale Kollektividentität konstruiert werden. Die Dialektik zwischen emanzipatorischen Impulsen und der Affirmation des national verfaßten Zwangs- und Herrschaftsverhältnisses treibt jedoch Nationalismus statt Befreiung hervor. Staatsförmige Politik bewirkt die Aufgabe ursprünglich sozialrevolutionärer Ziele auch über den realpolitischen Anpassungsdruck an die Bedingungen der Machtverhältnisse der internationalen Staatenwelt und des Weltmarktes – aus Befreiungsbewegungen werden Parteien im staatlichen Politikbetrieb der globalkapitalistischen Warenwelt.

Dieselbe Dialektik gilt auch für andere Bewegungen, auf die sich Linke gerne beziehen, wie z.B. die in den achtziger Jahren zu Ruhm gelangten »sozialen Basisbewegungen«. Über die Konsequenzen der Staatwerdung von Öko- und Friedensbewegung in Gestalt der grünen Partei ist durch deren originären Beitrag zur Wiederherstellung deutscher Kriegsfähigkeit im Kosovo-Krieg der NATO eigentlich alles gesagt. Auch die Frauenbewegung oder kulturelle und sexuelle Minderheitenbewegungen stehen vor dem Dilemma, beim Kampf gegen sexistische und rassistische Ausgrenzung ihrerseits kollektive Identitäten festzuschreiben. Eine Politik, die auf konkrete Veränderungen in der Gesellschaft durch nachholenden Einschluß in die bereits bestehenden Institutionen zielt, droht auch staatlich gesicherte Zwangsverhältnisse der Gesellschaft zu bestätigen – die Forderung nach Anerkennung gleichgeschlechtlicher Zweierbeziehungen durch Schwule und Lesben etwa die bestehende Institution Ehe. Und nach dem Kosovo-Krieg wird in Teilen der deutschen Frauenbewegung allen Ernstes die von Scharping angeleierte Diskussion um die Forderung nach weiblichem Waffendienst in der Bundeswehr geführt, statt deren Abschaffung zu fordern.

Aus der Bewegung der Massen erwuchs totale Herrschaft

Linke Bewegungspolitik nährt sich weiterhin von der Vorstellung, den der kapitalistischen Warenvergesellschaftung unterworfenen Massen wohne per se ein Moment des emanzipatorischen Aufbegehrens inne, das quasi automatisch aus dem Leiden an den sozialen Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnissen geboren werde. Diese Vorstellung hat sich mehr als einmal in diesem Jahrhundert gründlich blamiert – aus der Bewegung der Massen erwuchs statt Befreiung und Emanzipation der Individuen totale Herrschaft und vollendete Barbarei. Im Umschlag konformistisch rebellierender Massen ins staatlich organisierte antisemitische Mordkollektiv realisierte sich im Nationalsozialismus diese Möglichkeit. Die Konstituierung der Individuen zu mit sich selbst identischen, warenbesitzenden und staatsbürgerlichen Subjekten produziert als gewalt- und herrschaftsförmige Zurichtung Ausschlußmechanismen gegenüber rassistisch, antisemitisch und geschlechtlich definierten »Anderen«. Dies ist mitzudenken, wenn Subjekte sich zur sozialen Bewegung zusammenschließen und sich eine kollektive Identität zuschreiben.

Statt kritischer Reflektion der Bedingungen und Möglichkeiten kollektiven Handelns unter den Voraussetzungen warenkapitalistischer und staatsförmiger Vergesellschaftung durchzieht bewegungslinke Praxis jedoch bis heute eine Sehnsucht nach einem einheitlichen und kämpferischen revolutionären Subjekt. Diese Sehnsucht kann sich unter verschiedenen Begriffen verdinglichen: Masse, Partei, Solidarität, Nation, Klasse, Volk... In »der Anerkennung eines vorgeblichen Schicksalszusammenhanges zwischen Menschen als der Instanz fürs Handeln, ist (aber) die Idee einer vom Naturzwang emanzipierten Gesellschaft implizit verneint« (Adorno).

Keine Chance für emanzipatorisches linkes Handeln mit sozialen Bewegungen also? Ist jede Bewegung nur Politik im Wartestand – das bloße Verlangen, selber mitzutun im Staate? Auch wenn die Erfahrungen gescheiterter kollektiver Emanzipationsversuche dieses Jahrhunderts Optimismus verbieten, ist es falsch, einen Automatismus des Verhängnisses zu konstruieren und in Apathie oder Zynismus zu verfallen. Einen Ausweg aus der Paradoxie der Bewegung, die darin besteht, daß sich jede noch so berechtigte Forderung in dem Moment, wo sie nach ihrer Verwirklichung strebt und sich dazu Masse, Macht oder Mehrheiten beschaffen muß, in den vorgefundenen Verhältnissen und ihren Formen bewegt, auch wenn sie diese abschaffen will, gibt es nicht. Feststehen dürfte aber deshalb auch, dass jeder Versuch, die Fähigkeit zu emanzipatorischem linken Handeln wiederzugewinnen, auf der Kritik von Staat und Identität(spolitik) beruhen muß.

► **Udo Wolter** ist freier Journalist, Dokumentar und Mitarbeiter der **iz3w.**

Der König ist tot ...

Folteropfer hoffen auf Marokkos neuen Herrscher

von **Kyra Wolff**

Marokko unter König Hassan II galt im Westen als Stabilitätsfaktor für Nordafrika und den Nahen Osten. So blieb auch nach seinem Tod im Juli die Situation in der Westsahara von Politik und Medien ebenso unbeachtet wie die Menschenrechtsverletzungen in Marokko, wo seit Jahrzehnten gefoltert und jegliche Opposition systematisch unterdrückt wird. Erst vor kurzem hat sich die Situation für einige Regimegegner etwas gelockert.

► »König Hassan ist tot – Mohammed VI. hat den Thron bestiegen – nichts wird mehr so sein wie vorher. Es lebe das freie und demokratische Marokko!« Diese Botschaft verbreitete der Politikwissenschaftler Ahmed Benani per Internet aus dem Schweizer Exil unmittelbar nach dem Tod Hassans II.[1] Daß das politische System in Marokko in naher Zukunft grundlegend reformiert wird, scheint allerdings auch nach dem Tod des Königs unwahrscheinlich. Aber viele Opfer der Repression und ihre Angehörigen hoffen, daß der neue König Mohammed VI. sich verstärkt für die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen während der 38jährigen Herrschaft seines Vaters einsetzen wird.

Das Dorf Tazmamart wurde zum Synonym für die Grausamkeit des Regimes

Das Schicksal des Anfang der 60er Jahre »verschwundenen« Gewerkschafters Abdelhak Souissi und vieler hundert anderer ist bis heute ungeklärt. In den 70er und 80er Jahren saßen tausende Marokkaner und Sahraouis (Bewohner der Westsahara) in politischer Haft. Die Gefängnisse von Agdz, Qalat M'gouna, Laayoune, sind nur einige bekannte Beispiele, viele andere Folterzentren blieben geheim. Das Dorf Tazmamart in Südmarokko wurde zum Synonym für die Grausamkeit des marokkanischen Königs: Insgesamt 58 Offiziere, die sich 1972 an einem Putschversuch beteiligt hatten, waren 1975 in eigens für diesen Zweck gebaute sargähnliche Zellen in Tazmamart verfrachtet worden – lebendig begraben, zum langsamen Sterben verurteilt, ohne ausreichende Nahrung, ohne elementare Hygiene, ohne jegliche medizinische Betreuung. Viele hatten ihre gerichtlich verfügte Strafe längst abgesessen, doch der Prozeß entpuppte sich im Nachhinein als Schaufenster-Aktion, mit dem das Regime dem Westen eine rechtsstaatliche Fassade vorgegaukelt hatte. Insgesamt 30 Gefangene starben, ohne das Tageslicht wiedergesehen zu haben. Die 28 Überlebenden waren bei ihrer Freilassung zum Teil um 30 Zentimeter kleiner als vorher, zu Greisen gealtert und psychische Wracks. Seit 1994 erhalten die Opfer von Tazmamart vom marokkanischen Staat zwar eine monatliche Rente von umgerechnet 1000,- DM. Gezahlt wird jedoch informell und unter der Bedingung, daß die Opfer über ihre Erlebnisse schweigen. Diese Rente dient der Kontrolle der Menschenrechtsbewegung und ist keinesfalls als gesellschaftliche Rehabilitierung gedacht.[2]

Doch trotz vieler Hindernisse – seit Beginn der neunziger Jahre hat sich die Menschenrechtssituation in Marokko verbessert. Über 700 politische Gefangene wurden im Zuge mehrerer Amnestien (1991 und 1994) freigelassen, 1990 wurde ein staatlich kontrollierter Konsultativrat für Menschenrechte (CCDH) gegründet, 1993 wurde der als integer geltende Jurist Omar Azziman (mittlerweile Justizminister) für kurze Zeit zum Menschenrechtsminister ernannt. Die unabhängigen marokkanischen Menschenrechtsorganisationen werden zwar streng kontrolliert, können aber freier agieren als zuvor.

Der im Frühjahr 1998 zum Premierminister ernannte Abderrahmane Youssoufi, selbst mehrmals zum Tode verurteilt und 20 Jahre exiliert, hat die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen weit oben auf die Tagesordnung gesetzt. So unternahm das marokkanische Regime in den letzten 12 Monaten einige zumindest formell wichtige Schritte: Im Herbst 1998 legte das CCDH Listen mit insgesamt 112 »Verschwundenen« vor. Mit diesem Schuldeingeständnis und der Aussicht auf Entschädigungen sollte nach dem Willen Hassans II. das Kapitel Aufarbeitung allerdings unwiderruflich geschlossen werden. Doch auf den Listen des CCDH war nicht ein einziger der über 500 immer noch vermißten Sahraouis verzeichnet, und auch viele »verschwundene« MarokkanerInnen fehlten. Außerdem lehnte die marokkanische Regierung es ausdrücklich ab, die Folterer und Mörder in den Reihen von Polizei und Geheimdienst zur Verantwortung zu ziehen. Die Angehörigen von Verschwundenen waren empört: »Wir wollen keine Entschädigung, solange die Regierung nicht für eine vollständige Aufklärung sorgt«, sagte die Schwester von Abdelhak Souissi im Juni 1999 der Wochenzeitung »Le Journal«.

Keine Reform für Sahraouis und Islamisten

► Von den Verbesserungen in punkto Menschen- und Bürgerrechte in den vergangenen Jahren hat vor allem die säkulare Opposition profitiert – jene Kraft, die der Makhzen (Staatsapparat) zur Modernisierung des Landes und als Gegengewicht zur erstarkenden islamischen Bewegung braucht. Für die IslamistInnen sieht es schlechter aus: Ihr geistlicher Führer, Abdessalam Yassine, steht seit 10 Jahren in Rabat-Salé unter polizeilich bewachtem Hausarrest. Die genaue Zahl der aus politischen Gründen inhaftierten Islamisten ist nicht bekannt, dürfte aber in die Hunderte gehen. Im Juni 1999 berichtete »Le Journal«, daß Unbekannte in Fès mehrere Islamisten von der Straße mit Autos verschleppt hätten. Die Entführten berichteten, sie seien verhört, gefoltert, einer Gehirnwäsche in bezug auf Islam und Staat unterzogen und dann wieder freigelassen worden.

Die Sahraouis bleiben auch von den kleinsten Fortschritten in Sachen Menschenrechte weitgehend ausgeschlossen. Das Schicksal von mindestens 500 Männern, Frauen und Kindern aus der Westsahara ist nach wie vor ungeklärt, und eine unbekannte Zahl Sahraouis werden immer noch in Marokko und der besetzten Westsahara festgehalten. Das Jahrestreffen von Amnesty International, das im Juni 1999 zum ersten Mal in Marokko stattfinden sollte und bereits genehmigt worden war, wurde von der Regierung in Rabat kurzfristig abgesagt – wenige Tage zuvor war ein umfangreicher Bericht von AI über die Menschenrechtssituation in Marokko und der Westsahara erschienen.

Nicht nur die Opfer der gezielten politischen Repression warten in Marokko auf Gerechtigkeit – auch viele »unpolitische« Menschen und ihre Angehörigen sind darunter. Zwar ist laut AI (Jahresbericht Juni 1999) die Zahl der »Verschwundenen« und der Todes-


40% der Bevölkerung Marokkos sind jünger als 15 Jahre Foto: Kyra Wolff

fälle in Polizeigewahrsam in Marokko generell gesunken, aber Raub, Mißhandlungen und Folter sind auf Marokkos Polizeiwachen immer noch Alltag. Die genaue Zahl der Toten und Verletzten läßt sich nicht ermitteln, denn wer Anzeige gegen die Polizei erstattet, wird allzu leicht selbst zum Opfer. Nur sehr langsam beginnen die Menschen, sich zu organisieren und im Schutz größerer Gruppen gegen einzelne Polizeibeamte vorzugehen.

Von den marokkanischen Medien erhalten die Betroffenen dabei wenig Hilfestellung. Radio und Fernsehen werden vom Innenminister Driss Basri kontrolliert, die Printmedien sind entweder Sprachrohr der Regierung oder der traditionellen politischen Opposition, die die direkte Konfrontation mit dem Regime scheut. Einzige Ausnahme ist die unabhängige Wochenzeitung »Le Journal« (Auflage: 25.000), die seit zwei Jahren in Casablanca erscheint und in kürzester Zeit zahlreiche Tabus gebrochen hat. Im März 1999 hielt Marokkos Öffentlichkeit den Atem an, als »Le Journal« ein Interview mit Malika Oufkir über ihre 20 Jahre in König Hassans Kerkern veröffentlichte (s. Anm.2). Kurze Zeit später erschien ein Gespräch mit Abraham Serfaty, einem Oppositionellen und Gegner der Westsahara-Besetzung, der 17 Jahre lang als politischer Gefangener in Kenitra einsaß und 1991 nach Frankreich abgeschoben worden war, und im Mai brachte »Le Journal« ein Interview mit dessen Ehefrau Christine Daure-Serfaty, über ihre Abschiebung vom Flughafen bei Casablanca. Damit war die rote Linie überschritten: Das Blatt wurde zwar nicht verboten, aber massiv drangsaliert. Die Druckerei in Casablanca weigert sich seither – wohl unter Zwang – »Le Journal« weiter aufzulegen. Inzwischen wird »Le Journal« in Südfrankreich gemacht und allwöchentlich per Flugzeug nach Marokko geschickt.

Die üblichen »Verdächtigen«

▶ Tabus bröckeln – aber haben die Opfer tatsächlich Aussicht auf Gerechtigkeit? Sion Assidon, ehemaliger politischer Gefangener, Unternehmer und Gründer der Anti-Korruptionsorganisation Transparency Maroc, will nicht von Demokratisierung sprechen, sondern von »neuen Handlungsräumen, die sich öffnen.« Aber: »Die marokkanische Gesellschaft ist derart traumatisiert, daß viele sich immer noch nicht trauen, ihre Menschenrechte einzufordern«, meint Assidon. »Wir können heute über die Folter sprechen, auch über Todesfälle durch Folter auf den Polizeiwachen. Vor einigen Jahren war das absolut undenkbar. Aber die Frage, ob und wie die Folterer von einst bestraft werden sollen, wird kaum gestellt; dabei wäre das durchaus möglich.« Außerdem hat sich für viele Opfer der Repression trotz öffentlicher Debatten konkret wenig geändert. Viele ehemalige Gefangene oder Verbannte werden immer noch als Verdächtige behandelt, verhört oder bei Ein- und Ausreise systematisch schikaniert. Vielen ehemaligen politischen Gefangenen wird der Paß verweigert.

Ob und vor allem wie der neue König die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen auf die Tagesordnung setzen wird, ist eine offene Frage. Wenn er die Demokratisierung des Landes ernsthaft vorantreiben will, müßte er nach Ansicht vieler Oppositioneller als erstes den Innenminister entmachten. Doch die politische Verantwortung für die Grausamkeiten der Vergangenheit trug Hassan II – zusammen mit seinen politischen »Freunden« am Quai d'Orsay, im Weißen Haus und anderswo.

Anmerkungen:

1 Die Internetseite www.maghreb-ddh.sgdg.org ist ein Forum für Oppositionelle aus dem Maghreb.

2 Vgl. Sonja Hegasy, Staat, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in Marokko, Hamburg 1997. Das Todesgefängnis von Tazmamart wurde nach der Freilassung der Überlebenden 1991 zerstört (s. Christine Daure-Serfaty, Tazmamart – une prison de la mort au Maroc, Editions Stock/Frankreich 1992; Christine Daure-Serfaty und Gilles Perault, Unser Freund der König von Marokko, Kiepenheuer, 1991; Malika Oufkir Die Gefangene, München 1999).

▶ **Kyra Wolff** arbeitet als freie Journalistin zu Nordafrika und dem Nahen Osten.

Platz 125

▶ *Die politische Öffnung Marokkos hat unter anderem wirtschaftliche Ursachen. Marokko steht im Weltentwicklungsbericht auf Platz 125, die Auslandsschulden betragen 22 Milliarden US-Dollar. Das Land hängt seit den sechziger Jahren am Tropf internationaler Geldgeber, die Hassan II. aus politischem Kalkül oder aus wirtschaftlichem Eigeninteresse immer wieder unter die Arme griffen. Gleichzeitig ist Marokko seit 1995 mit der Europäischen Union assoziiert und soll bis zum Jahr 2007 Teil der geplanten Mittelmeer-Freihandelszone werden. Zugeständnisse in bezug auf die Menschen- und Bürgerrechte waren vor diesem Hintergrund unumgänglich. Doch es wäre verkürzt, die innenpolitischen Veränderungen in Marokko allein mit den Beziehungen des Regimes zum IWF und zur EU zu erklären. Die soziale Uhr steht in Marokko auf fünf vor zwölf: Vor allem die vielen tausend arbeitslosen Jungakademiker lassen sich nicht mehr einschüchtern. Sie fordern mit Demonstrationen und teilweise wochenlangen Sit-Ins politische Reformen. Hassan II. hatte offenbar erkannt, daß er die neuen städtischen Eliten ins politische Spiel einbinden mußte, um Marokko weiter in den Weltmarkt zu integrieren und die scherifische Monarchie ins Zeitalter der Globalisierung hinüberzuretten. Dies fiel ihm um so leichter, als die Monarchie und die säkular-linksliberale Opposition in Marokko sich mit demselben Gegner konfrontiert sahen (und sehen): der vielfältigen, politisch erstarkenden islamischen Bewegung.*


Fotos: K. Görgen / version

Argentinien – Pumpen und Schweißen für den Export

Von Skalen- und anderen Effekten
Der Mercosur: Regionalisierung in Lateinamerika

Weltwirtschaft in Regionen

▶ *In einer (sehr) losen Reihe befassen wir uns seit geraumer Zeit mit der Regionalisierung von Wirtschaftsräumen. Die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse verschiedener Staaten einer Region stehen als neue Form räumlicher weltwirtschaftlicher Aufteilung scheinbar der Globalisierung und der mit ihr verbundenen Entgrenzung nationalstaatlicher Räume entgegen. Tatsächlich handelt es sich aber um komplementäre Entwicklungen (s. iz3w Nr. 219). Das zeigten u.a. die Beiträge zu Wachstumsdreiecken in Südostasien (219 u.220), zur Abkoppelung von Afrika (221), zum Europa der Regionen (222), den Bemühungen um wirtschaftliche Integration im südlichen Afrika (227), zur NAFTA (229) aber auch die Analyse der WTO-Politik (s. S.14-16 in diesem Heft). In dieser Folge beschäftigen wir uns mit dem MERCOSUR. Dabei stellen wir einer makro-ökonomischen, politik-wissenschaftlichen Perspektive den Blick auf die soziale Wirklichkeit in einigen Staaten dieses Wirtschaftsbündnisses gegenüber.*

die redaktion

von **Imme Scholz**

1991 wurde mit dem Mercosur ein Bündnis zur wirtschaftlichen Integration in Lateinamerika gegründet. Die Kooperation im Binnen- wie im Außenhandel kann Vorteile eines Landes auf Kosten eines anderen zur Folge haben. Dennoch sehen Politik und Wirtschaft der Mitgliedsstaaten im gemeinsamen Markt Entwicklungschancen. Kein Wunder: Bisher profitieren vor allem Industrie und Handel vom »Markt des Südens«.

▶ Auf dem europäisch-lateinamerikanischen Gipfel Ende Juni wurde vereinbart, ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur anzustreben (s. *iz3w Nr.239*). Die EU konkurriert in Lateinamerika mit den USA – nicht nur um Märkte und politischen Einfluß, sondern auch darum, wer das überzeugendere gesellschaftspolitische Leitbild für die Länder dieser Region stellt. Der Mercosur orientiert sich am Vorbild der EU. Mit ihm soll die Position der teilnehmenden Länder auf dem Weltmarkt gestärkt werden: der gemeinsame Markt sollte ein Experimentierfeld für die handelspolitische Öffnung bilden, den Absatzmarkt für die nationale Produktion erweitern, auf diese Weise ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und ausländische Investitionen anziehen (s. Kasten).

Tatsächlich ist dies in Brasilien gelungen, insbesondere seitdem dort die Kaufkraft durch die Stabilisierung der Währung und die Bekämpfung der Inflation (»Plano Real«) gestiegen ist. Argentinien hat seit 1994 einen Handelsbilanzüberschuß mit Brasilien, weil es dort auch Fertigwaren absetzen kann, die auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig sind. Auf diese Möglichkeit setzen auch die Chilenen, die in ihrem Land die Weiterverarbeitung der Rohstoffe fördern wollen. In allen Staaten soll eine Ausweitung des Handels mit der EU via Zollsenkung vor allem den Agrarausfuhren zugute kommen. Zudem gibt es eine Reihe von lateinamerikanischen Industriewaren wie Schuhe, Elektronik und Nahrungsmittel, die auf dem europäischen Markt bisher Zollsätzen von über 20% begegnen.

Die aktuellen handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen Argentinien und Brasilien schwächen allerdings die Verhandlungsposition des Mercosur gegenüber der EU und auch in der WTO.[1] Sie begannen infolge der Turbulenzen im vergangenen Herbst: In Brasilien hatten beunruhigte Anleger nach der Russlandkrise im Sommer 1998 in kaum mehr als einem Monat über 20 Mrd. US$ abgezogen. In São Paulo fiel der Börsenindex gegenüber dem Jahresbeginn um etwa 50%. Allgemein wurde eine Kettenreaktion erwartet: Sollte der brasilianische Real nicht standhalten, würde eine Abwertung zu wirtschaftlicher Instabilität führen und auch Argentinien und andere lateinamerikanische Länder mitreissen. Dies hätte unmittelbare Folgen für die USA und damit auch für die

Weltwirtschaft: Brasilien, die neuntgrößte Volkswirtschaft der Welt, ist nach Südkorea der zweitwichtigste Anlagemarkt für die US-amerikanischen Banken unter den sogenannten emerging countries: 27,2 Mrd. US$ haben sie dort angelegt. Über 2.000 US-amerikanische Unternehmen sind in Brasilien präsent; São Paulo gilt als größter Industriestandort deutscher Unternehmen. 405 der 500 größten transnationalen Konzerne der Welt haben Filialen im Land. In diesem Klima (Financial Times: die »schlimmste finanzielle Krise seit der Großen Depression«) finanzierten IWF, Weltbank und USA Ende Oktober ein Hilfspaket von etwa 30 Mrd. US$ für Brasilien, wo eine Rezession verhindert werden konnte. Kleinere Pakete wurden für Argentinien sowie Venezuela und Kolumbien angekündigt bzw. bereitgestellt. Bietet nun der regionale Wirtschaftsraum eine Chance, sich vor solchen internationalen spekulativen Krisen zu schützen?

Gemeinsam stärker ?

▶ Bis zur Mexikokrise Ende 1994 hatte sich die Frage in dieser Form gar nicht gestellt.[2] Seitdem haben mittlerweile drei zunächst regional begrenzte und dann internationales Ausmaß annehmende Krisen die Anfälligkeit einzelner Staaten in einer zunehmend verflochtenen Weltwirtschaft ohne institutionelle Kontrollen der Geldströme gezeigt. Ein Land, das hohe Verpflichtungen gegenüber dem Ausland hat und sich in einem stark extern finanzierten Prozeß des ökonomischen Strukturwandels befindet (und das ist die Situation der größeren lateinamerikanischen Länder), besitzt wenig Aussichten, sich allein mit nationalstaatlichen Politikinstrumenten vor spekulativen Krisen schützen zu können. In den Mercosur-Staaten haben Handel, Direktinvestitionen und ein gesicherter Zugang zu den natürlichen Ressourcen der Partnerländer bisher das Vertrauen zwischen den traditionellen Konkurrenten Argentinien und Brasilien sowie Argentinien und Chile erhöht. Der Ausbau der regionalen Verkehrswege trägt dem enorm angestiegenen intraregionalen Handel Rechnung, transnationale Strom-, Gas- und Telefonnetze erhöhen das ökonomische Interesse an einer reibungslosen politischen Kooperation. Die Demokratieklausel des Mercosur-Vertrages und die Definition dieses Raumes als »Friedenszone« sind Anzeichen dafür, dass die Kooperation auch dafür genutzt werden soll, politische Ambitionen der Militärs in Schach zu halten, wie zuletzt in Paraguay.

São Paulo gilt als größter Industriestandort deutscher Unternehmen

In den letzten Jahren sind zusätzliche dynamisierende Faktoren hinzugekommen: Neben den Gipfeltreffen der Regierungsvertreter treffen sich Wirtschaftsverbände, auch die Gewerkschaften haben eine Teilnahme durchsetzen können. Und nachdem zum letzten Gipfel zur Vorbereitung der all-amerikanischen Freihandelszone (ALCA – Area de Libre Comercio de las Américas) 1998 in Santiago de Chile erstmals auch ein breites Spektrum an Basisorganisationen, Umweltgruppen usw. eingeladen worden ist, gibt es einen Ansatzpunkt, um eine derartige Vertretung der Zivilgesellschaft auch für Gipfeltreffen des Mercosur durchzusetzen. Brasilien will den Mercosur nutzen, um die Zusammenarbeit in den Bereichen Verbraucher- und Umweltschutz, Bekämpfung von Kartellen und Schutz des intellektuellen Eigentums zu vertiefen.

Vorteile in Form von Handlungsspielräumen, die sie allein gegenüber dem Weltmarkt nicht absichern könnten, entstehen den Mitgliedsstaaten auch aus der starken Position Brasiliens, das aber seinerseits im Rahmen des Bündnisses immer wieder Kompromisse eingehen muß.

Zum Beispiel die Kfz-Industrie: Sie gehört in Brasilien und Argentinien zu den Schlüsselindustrien. Die beiden Länder bilden seit Mitte der neunziger Jahre einen der weltweit wichtigsten Produktionsstandorte der Automobilkonzerne. Der Handel mit Kraftfahrzeugen und Teilen beträgt mit 4,4 Mrd. US$ 1997 etwa ein Fünftel des intraregionalen Handels im Mercosur. Gleichzeitig absorbiert diese Branche etwa ein Drittel aller ausländischen Direktinvestitionen, die bisher in den Mercosur geflossen sind. Wichtigster Produzent und Abnehmer ist Brasilien, hier konzentrieren sich 68% aller Neuzulassungen Lateinamerikas. Argentiniens Kfz-Produktion geht zu 60% in den Export, und zwar fast ausschließlich nach Brasilien. Bis zum Jahr 2000 soll der Handel mit Pkw und Teilen neu geregelt werden. Brasilien geht es dabei v.a. um die Kontrolle der Importe, die mit dem starken Real förmlich explodiert waren und enorme Handelsbilanzdefizite hervorgerufen hatten. Argentinien geht es hingegen um die Sicherung seiner Position als Produktionsstandort für den Export, da sein Binnenmarkt allein zu klein ist. Im Bereich der gemeinsamen Aussenzölle hat nun Brasilien weder die Aufrechterhaltung seiner Importkontingente noch die Importzölle von über 50% aufrechterhalten können, dafür aber einen gemein-

Der MERCOSUR

▶ Nachdem sie sich auf eine Politik der Aussenöffnung verständigt hatten, gründeten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay nach einer sechsjährigen Vorbereitungsphase 1991 den Mercosur (Mercado Común de los Paises del Cono Sur). Davor hatte es im Rahmen der binnenmarktorientierten Entwicklungsstrategie der importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) keinen Anlaß für die wirtschaftliche Zusammenarbeit gegeben: Auf der politischen Ebene standen nationalistisch gesinnte Eliten, Militärdiktaturen und deren Konkurrenz- und Sicherheitsdenken einer Kooperation im Wege. (Eine Ausnahme bildete in den 80er Jahren die Kooperation der Geheimdienste bei der Verfolgung von RegimegegnerInnen.)

Die Mercosur-Staaten, zu denen seit 1996 auch Bolivien und Chile als assoziierte Mitglieder gehören (sollte der Sozialist Ricardo Lagos im Dezember die Präsidentschaftswahlen gewinnen, wird auch Chile Verhandlungen über eine Vollmitgliedschaft aufnehmen), sind mit insgesamt 200 Mill. Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1.100 Mrd. US$ (80% des südamerikanischen BIP) der viertgrößte Wirtschaftsblock der Welt. Brasilien ist mit einem BIP von 795 Mrd. US$ und einem Exportvolumen von über 47 Mrd. US$ das wichtigste Mitglied. Der möglichst ungehinderte Zugang zum brasilianischen Markt bildet das zentrale Interesse der anderen Mitgliedsländer. Zwischen 1990 und 1996 hat sich das Handelsvolumen im Mercosur von 6,4 auf 23 Mrd. US$ erhöht. Der Anteil der Ausfuhren in den Mercosur an den Gesamtausfuhren der einzelnen Mitgliedstaaten ist in dieser Zeit von durchschnittlich 12% auf 25% gestiegen (Argentinien: von 19% auf 42%; Paraguay: 43%-61%; Brasilien: 6%-19%; Chile: 9%-13%; Bolivien: 38%-20%).

Seit Januar 1995 bildet der Mercosur eine Zollunion mit einem gemeinsamen Aussenzoll. Der interne Handel soll bis 1999 zollfrei sein. In allen vier Kernstaaten gibt es zum Teil sehr hohe Abweichungen von den gemeinsamen externen und internen Zollsätzen – außerdem gibt es Kontingente für bestimmte, besonders sensible Produktgruppen (z.B. Autos und Zucker). Diese Abweichungen spiegeln die Interessenlagen von Unternehmen und Branchen sowie die Kräfteverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten wieder.

samen Pkw-Importzoll von 35% (10% über dem durchschnittlichen Maximalniveau des gemeinsamen Aussenzolls) durchgesetzt. Für die Partnerländer ohne Autoindustrie bedeutet das allerdings, dass sie in Brasilien und Argentinien gefertigte Modelle oder durch Zölle verteuerte Importmodelle kaufen müssen, womit sie gegenüber dem Freihandel erhöhte Kosten haben.[3]

Durch die regionale Integration gestärkt ist sicherlich die Position der Mercosur-Staaten in den Verhandlungen über eine Freihandelszone mit der EU. Insbesondere Brasilien versucht hier eine Position der Gleichberechtigung gegenüber den USA aufzubauen, von der aus die Bedingungen für eine Partnerschaft (und nicht eine simple Ausweitung des NAFTA mit Mexiko und Kanada zu den Bedingungen der USA) verhandelt werden sollen. Die EU will mit der Assoziation ihre Beziehungen zu den Entwicklungsländern diversifizieren (wovon mittelfristig die Lomé-Kooperation nicht unberührt bleiben wird). Bei den Verhandlungen mit der EU geht es um die Liberalisierung des Handels mit Agrarerzeugnissen, die zwei Drittel der Mercosur-Exporte in die EU ausmachen. Nach Berechnungen der Europäischen Kommission würde eine Liberalisierung des Agrarhandels mit dem Mercosur die EU bis zu 14,3 Mrd. ECU kosten. Der Mercosur importiert v.a. hochwertige Maschinen, Anlagen, Chemieprodukte etc. Und da die europäischen Exporte seit 1990 um 250% gewachsen sind, die Importe aus dem Mercosur jedoch nur um 25%, erzielt die EU seit Jahren erhebliche Überschüsse. Der Handel mit Agrarprodukten interessiert Argentinien und Brasilien, weil eine Öffnung des europäischen Marktes den Druck auf die Bauern Südbrasiliens, die auf dem einheimischen Markt unter der argentinischen und uruguayischen Konkurrenz leiden, verringern und damit die Zustimmung zum Mercosur vergrößern könnte.

Die Mercosur-Staaten zielen auf eine Öffnung des europäischen Agrarmarktes

Brasilien statt NAFTA

► Welchen entwicklungsorientierten Interessen eine Mercosur-Mitgliedschaft dienen kann, zeigt auch das Beispiel Chiles. Chile hatte sich dem Mercosur 1996 wegen seines niedrigeren durchschnittlichen Zollsatzes (11%) und weil es sich die damals scheinbar noch bestehende Option offenhalten wollte, zügig der NAFTA beizutreten, nur als assoziiertes Mitglied angeschlossen. Dem stimmten die Mercosur-Staaten zu, weil ihr Interesse an einem Zugang zum Pazifik und damit zu Asien über die chilenischen Häfen überwog. In Chile haben diejenigen Kräfte ein Interesse am Mercosur, die die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Export wenig verarbeiteter natürlicher Ressourcen senken wollen: Der Zugang zum brasilianischen Absatzmarkt würde die Chancen für den Ausbau der industriellen Fertigung und der industrienahen Dienstleistungen (z.B. im Kupferbergbau) erhöhen. Dabei würde Chile in der Aufbauphase von der Schutzwirkung der höheren Aussenzölle des Mercosur profitieren. Chilenische Unternehmen könnten Kooperationsbeziehungen mit Unternehmen aus dem brasilianischen Industrie- und Technologiedreieck São Paulo/Rio de Janeiro/Belo Horizonte knüpfen und damit verbundene Skalen- und Lerneffekte für die Ausweitung der eigenen industriellen Kapazitäten und die Verbesserung der technologischen Kompetenz nutzen.[4] Ein Anschluss an NAFTA würde diese Chancen aufgrund der höheren Qualitäts- und Mengenansprüche des nordamerikanischen Marktes wahrscheinlich nicht beinhalten.

Der kurze Sommer der Integration

Ökonomische Vernunft verbietet Sozialcharta und Umweltschutz

von **Barabara Happe**

► Erstmals seit seiner Gründung trüben seit Anfang diesen Jahres Negativschlagzeilen das ansonsten meist sehr rosige öffentliche Bild vom Mercosur: Ökonomische Rezessionen in allen vier Mitgliedsländern, rückläufige Zahlen im gemeinsamen Außenhandel und handfeste Handelskonflikte zwischen den beiden großen »Jaguaren« Argentinien und Brasilien. Getreu dem Motto »Der Markt wird´s schon richten« verzichteten die beteiligten vier Nationen aus Angst vor nationalen Souveränitätsverlusten bisher weitgehend auf die Abstimmung ihrer ökonomischen Makropolitiken. Sowohl Argentinien als auch Brasilien bemühen sich, die ökonomische Krise im eigenen Land auf Kosten des anderen zu überwinden (s. o.) Die Zeit der »Schönwetterintegration« ist vorbei. Jetzt zeigt sich, dass es v.a. der boomende gemeinsame Außenhandel war, der das positive internationale Image des Paktes nährte. Zudem verdecken die ökonomischen Bilanzen, dass Integrationsgewinne und -verluste sehr ungleich verteilt sind, sowohl zwischen den einzelnen Ländern als auch zwischen einzelnen industriellen Sektoren und sozialen Schichten.

Die beiden großen Länder gehören zu den bisherigen Siegern des Integrationsprozesses – insbesondere Brasilien konnte sich als zentraler Industrie- und Anlagestandort (für Direktinvestitionen) des Paktes profilieren. Seit 1991 hat sich wenig an der geographischen Ungleichverteilung der Integrationsgewinne und -verluste geändert, und Brasilien weigert sich konsequent, auch nur über die Einführung von Kompensationsmechanismen für die Verlierer nachzudenken, wie es sie in der EU im Rahmen von Strukturanpassungsmaßnahmen (Fonds) gibt.

Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit prägen den Alltag

Außerdem profitieren bis heute in jedem Land nur vereinzelte dynamische Branchen (z.B. Automobilbranche, Petrochemie, Nahrungsmittelsektor) vom Mercosur und es sind vornehmlich große und/oder transnationale Konzerne, die für den intra-regionalen Handel bzw. den Export produzieren. Weiterhin sind die Produkte der Mitgliedstaaten international nicht wettbewerbsfähig. In den meisten Branchen erhöhten sich lediglich die regionalen Absatzchancen für einheimische Produkte. Ökonomisches Wachstum fand hier v.a. durch Handelsumlenkung und nicht durch Handelsschaffung statt. Ein Großteil der Industrien der beiden kleineren Länder ist für weitere Handelsliberalisierungen mit anderen Regionalpakten noch nicht vorbereitet.

Vor allem hat sich an Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit im Zuge des Integra-

Die Mercosur-Integration birgt allerdings auch Risiken: Erstens besteht wie in der EU im Mercosur ein Demokratiedefizit. Dies liegt jedoch weniger an der Existenz einer starken Exekutive (um eine Bürokratisierung zu vermeiden, hat sich der Mercosur – noch – keine eigenständige Verwaltung gegeben), sondern an den grundsätzlichen Schwächen der repräsentativen Institutionen in den Mitgliedstaaten. Diese Schwäche wird im Falle einer transnationalen Kooperation noch verschärft. Zweitens geschieht in Politikfeldern, die bereits auf nationaler Ebene schwach sind, aufgrund des Konsensprinzips viel zu wenig. Dies betrifft v.a. die Umwelt- und Sozialpolitik sowie Fragen der Freizügigkeit. Dadurch sind drittens die Maßnahmen des Mercosur stark auf die Herstellung investitions- und handelsfreundlicher Rahmenbedingungen orientiert und vernachlässigen deren Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen (s. auch S. 45). Wenn hier nicht rechtzeitig gegengesteuert wird, dürfte es immer schwerer fallen, korrigierend einzuwirken.

Anmerkungen:

1 Argentinien wirft Brasilien vor, seit der Abwertung im Januar 1999 u.a. Stahlbleche, Textilien und Schuhe zu Dumpingpreisen zu exportieren. Gleichzeitig sei durch die stark gebliebene argentinische Währung der brasilianische Markt für argentinische Ausfuhren weggebrochen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Argentinien hat nach wie vor einen Handelsüberschuss mit Brasilien, während die brasilianischen Ausfuhren nach Argentinien im ersten Halbjahr 1999 gegenüber dem Vorjahr um 27% gefallen sind. Dies ist auf die krisenhafte Entwicklung in Argentinien zurückzuführen, von der der politisch stark angeschlagene Präsident Menem ablenken will. Seit Ende 1998 herrscht eine Rezession, die offizielle Arbeitslosigkeit ist auf über 15% gestiegen.

2 Nach dem Washington Consensus von 1992 war es vielmehr darum gegangen, die lateinamerikanischen Länder auf eine stabilitätsorientierte Geld- und Wechselkurspolitik, eine Sanierung der öffentlichen Haushalte, die Öffnung und Deregulierung ihrer Volkswirtschaften und die Privatisierung der Staatsunternehmen zu verpflichten. Damit sollten effizientere Unternehmen und Branchen entstehen, das Wirtschaftswachstum wieder in Gang gesetzt und die geregelte Leistung des Schuldendienstes gesichert werden. Wichtiges strategisches Element des Consensus war die Nutzung ausländischer Portfolio- und Direktinvestitionen für die Finanzierung dieses Modernisierungsprozesses.

3 Einen offenen Konflikt gibt es bei den Regelungen für den internen Handel: Während Brasilien in diesem Fall aus seiner Position der Stärke heraus den Freihandel wünscht, fordert Argentinien Local-Content-Auflagen, um seine Zuliefererindustrie und seine Montagewerke vor der übermächtigen brasilianischen Konkurrenz zu schützen: 50% der Teile eines Pkw sollen im Mercosur gefertigt worden sein, damit es als intern hergestellt gilt und in den Genuss des zollfreien Handels gerät. Mindestens die Hälfte dieser Teile sollen aus dem Land stammen, in dem die Endmontage stattfindet. Außerdem kritisiert Argentinien die Investitionszuschüsse und Steuernachlässe, mit denen die brasilianischen Bundesstaaten um Niederlassungen der Automobilkonzerne konkurrieren. Da in Argentinien die neoliberalen Reformen viel weiter gegangen sind als in Brasilien, in denen Rudimente der Industriepolitik (neben den genannten Instrumenten z.B. auch Kredite von der staatlichen Entwicklungsbank BNDES zu günstigen Konditionen) erhalten geblieben sind, steht es auf diesem Feld viel schwächer da und muß sich auf traditionelle handelspolitische Instrumente verlegen, die aus neoliberaler Sicht verpönt sind, um Arbeitsplätze zu sichern.

4 Als Skaleneffekte – ein Paradigma des Fordismus – werden geringere Stückkosten bezeichnet, die durch Massenproduktion erreicht werden. Das setzt u.a. Absatzmärkte voraus, weil sich ansonsten z.B. die für ein Produkt erforderlichen Forschungsaufwendungen nicht rentieren.

► **Imme Scholz** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) in Berlin und berät z.Zt. im Auftrag der GTZ das Umweltministerium von Pará (Brasilien).

tionsprozesses wenig geändert. Zwar konnten durch das Anwachsen des Intra-Handels neue Arbeitsplätze in den Boombranchen geschaffen bzw. abgesichert werden, gleichzeitig fielen aber zahlreiche Arbeitsplätze Rationalisierungsmaßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit zum Opfer. Hohe Arbeitslosenquoten und Armutsraten sowie die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse prägen den Alltag in den Mitgliedstaaten auch heute noch. Daran ist der Mercosur nicht schuld, aber seinem Ziel, »ökonomisches Wachstum mitsamt sozialer Gerechtigkeit« (Präambel des Vertrages) zu erreichen, trägt er keine Rechnung.

Über die gemeinsame soziale Dimension des Paktes hört man wenig. Die Gewerkschaften konnten sich im politischen Entscheidungsraum mit ihren sozialen Fragen und dem Wunsch nach regionalen Arbeitsmarktpolitiken (Arbeits- und Gewerkschaftsrecht etc.) sowie der Einrichtung supranationaler Gremien (z.B. regionaler Gerichtshof) bisher nicht durchsetzen. Die von ihnen 1994 vorgeschlagene »Sozialcharta« wurde nicht einmal ernsthaft diskutiert. Nur äußerst punktuell treiben die zuständigen regionalen Instanzen eine Harmonisierung der nationalen Arbeits- und Sozialpolitiken voran (z.B. Sozialversicherungsabkommen für Arbeitsmigranten). So bleibt das von den Gewerkschaften immer wieder thematisierte Risiko des Sozial-Dumpings bis auf weiteres bestehen. Die Sozialstandards in den vier Mitgliedsländern befinden sich auf sehr unterschiedlichem Niveau (z.B. unterschiedliche Lohnniveaus, divergierende Arbeitsschutzbestimmungen) und den Ländern mit vergleichsweise höheren Standards (Uruguay und Argentinien) droht nunmehr eine »Abwärtsspirale«, d.h. eine schleichende Anpassung auf ein niedrigeres gemeinsames Level.

Autobahnen als Rückgrat

► Ebenso unterscheiden sich die nationalen Umweltgesetzgebungen und faktischen Standards in den vier Ländern deutlich voneinander. Und auch hier bleiben die Harmonisierungsbemühungen weitgehend auf punktuelle und regionale Maßnahmen bei akut auftretenden Problemen beschränkt. Durch den Integrationsprozeß angestoßene gemeinsame Infrastrukturprojekte bringen überdies neue Umweltprobleme hervor: Dem intra-regionalen Handel fehlte es an ausreichenden Verkehrswegen, um den wachsenden Warenaustausch, insbesondere im Hinterland des Kontinentes, sicherzustellen. Im Falle der beiden größten und euphorisch als »Rückgrat des Mercosur« gefeierten Infrastrukturprojekte – die »Wasserautobahn« Hidrovia Paraná-Paraguay im Herzen des südamerikanischen Kontinentes und die Autobahn zwischen São Paulo und Buenos Aires – entzündete sich allerdings eine heftige Debatte über die ökonomische Notwendigkeit und ökologische Verträglichkeit derartiger Großprojekte. Zum Beispiel werden die Zerstörung des Naturschutzgebietes Pantanal sowie irreversible Schädigung von wichtigen Kulturstätten gefürchtet. In beiden Fällen steht der Förderung der regionalen Integration das Anliegen des Umweltschutzes gegenüber. Angesichts der Vorherrschaft der »ökonomischen Vernunft« werden jedoch ökologische und soziale Aspekte auch weiterhin zumeist das Nachsehen haben.

► **Barbara Happe** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft in Marburg und arbeitete über städtische Arme in Brasilien. Mit der sozialen und ökologischen Dimension des Mercosur beschäftigte sie sich im Rahmen eines halbjährigen Stipendiums des brasilianischen Außenministeriums.



Foto: R. Maro/version

Das Jahrtausend der Händler

Lomé-Vertrag und WTO-Regeln werden abgeglichen

von **Klaus Wardenbach**

Die Lomé-Verträge zwischen den Staaten der Europäischen Union und 71 afrikanischen, karibischen und pazifischen Nachfolgestaaten ihrer ehemaligen Kolonien hatten beiden Seiten Handelsvorteile beschert. Wie auch andere bi- und multilaterale Wirtschaftsabkommen muß das Werk nun nachgebessert werden, steht es doch in manchen Punkten in Widerspruch zu den wirtschaftsliberalen Regeln der Welthandelsorganisation (WTO), die im Herbst die »Millennium Round« startet.

► Wenn am 30. November in Seattle die nächste WTO-Ministerkonferenz zusammentritt, werden sich die Regierungsvertreter aus Afrika, Asien und Lateinamerika viele wohlmeinende Reden anhören können. WTO-Offizielle und die Regierungen der EU und der USA haben in den letzten Monaten eine wahre Salve an »Good-will«-Erklärungen auf die Entwicklungsländer losgelassen. Die EU-Kommission widmete dem Thema »Entwicklung« in ihrem am 8. Juli veröffentlichten Strategiepapier für die Ministerkonferenz »The EU Approach to the Millennium Round«[1] zwei volle Seiten und schlägt u.a. für Importe aus den ärmsten Ländern, den »Least Developed Countries« (LLDCs), eine völlige Zollbefreiung vor. Bereits die knapp drei Wochen zuvor verabschiedete Abschlußerklärung des G7-Gipfels in Köln hatte auf die Notwendigkeit eines verbesserten Marktzugangs für LLDCs hingewiesen und den gemeinsamen Willen der G7-Regierungen bekräftigt, durch eine neue Welthandelsrunde den Entwicklungsländern den Weg zu ihrer vollständigen Integration in die Weltwirtschaft zu ebnen. Der Grund für diese Freundlichkeiten ist weder eine plötzliche Einsicht, dass die WTO in ihrer nun fast fünfjährigen Geschichte den Interessen der Entwicklungsländer mehr geschadet als genutzt hat, noch ein neu erwachtes Interesse an Entwicklungspolitik. Aber da auf der 3. Ministerkonferenz der WTO große Entscheidungen über die Konturen einer neuen Welthandelsrunde anstehen und die Entwicklungsländer eine Mehrheit von rund 80% der z.Zt. 134 WTO-Mitgliedstaaten stellen, ist zumindest die verbale Einbindung der Regierungen des Südens notwendiger denn je. In der Anfang 1995 gegründeten Welthandelsorganisation wird nicht – wie bei Weltbank und IWF – nach Kapitalkraft entschieden, sondern es gilt das UN-Prinzip »Ein Land – eine Stimme«.

Diese formaldemokratische Voraussetzung bedeutet nicht, daß die WTO tatsächlich auch gleiche Partizipationschancen für reiche wie arme Länder bietet. Wichtige WTO-Entscheidungen werden meist auf internen Sitzungen im kleinen Kreis der Industriestaaten, zu denen als Vertreter des Südens nur einige asiatische Schwellenländer zugelassen sind, vorbereitet. Ein Süd-Vertreter, der ehemalige thailändische Vize-Premier Supachai Panitchpakdi, war es auch, der in diesem Jahr die bislang härteste Konfrontation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern anführte. Als Nachfolger für den ersten Generaldirektor der WTO, den Italiener Renato Ruggiero, waren noch Anfang 1999 verschiedene Kandidaten aus Neuseeland,

Kanada, Marokko und Thailand im Gespräch. Die Nachfolgefrage konzentrierte sich schließlich auf zwei Bewerber: den Neuseeländer Mike Moore, als v.a. von den USA unterstützten Kandidaten der Industrieländer, und den Thailänder Supachai Panitchpakdi als Kandidaten der Entwicklungsländer. Dabei stand Panitchpakdi keineswegs für einen weniger neoliberalen Kurs und wurde auch von Japan unterstützt. Ruggiero schied Ende April aus seinem Amt, aber erst Mitte Juli konnte nach erbittertem Tauziehen ein Kompromiß gefunden werden, der eine Teilung der Amtszeit zwischen den beiden Rivalen während der nächsten sechs Jahre vorsah.

Vermutlich werden aber weder die WTO-Ministerkonferenz in Seattle noch die anschließende neue Welthandelsrunde, die sog. »Millennium Round« von einer ähnlichen Frontstellung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beherrscht sein. Die Entwicklungsländer stellen keinen homogenen Block in der WTO dar. Die wirtschaftlichen Interessen zwischen den asiatischen Schwellenländern und afrikanischen LLDCs differieren beträchtlich. Die Industriestaaten werden versuchen, diese Interessendivergenzen nach der Methode »divide et impera« auszunutzen. Einen Vorgeschmack auf diese Strategie liefern zur Zeit die Verhandlungen zwischen der EU und 71 Staaten aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik (AKP-Staaten) über ein neues Lomé-Abkommen.

Lomé als waiver

► 1975 hatte die EU (damals noch als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft / EWG) in der togoischen Hauptstadt zum ersten Mal ein umfassendes Kooperationsabkommen mit 46 ihrer Ex-Kolonien in Afrika, der Karibik und dem Pazifik abgeschlossen, das noch den Geist der Debatten um eine Neue Weltwirtschaftsordnung atmete und fast unbeschränkten Zugang der AKP-Staaten zum europäischen Markt vorsah. Dieses Abkommen wurde seitdem dreimal erneuert und auf 25 weitere AKP-Staaten ausgedehnt. Da der gegenwärtige Lomé IV-Vertrag Ende Februar 2000 ausläuft, wird seit dem 30. September 1998 zwischen der EU und den AKP-Regierungen über eine Erneuerung des Abkommens verhandelt. Während die AKP-Staaten im wesentlichen eine Fortführung des bisherigen Kooperationsmodells wünschen, hat die EU die Aufsplitterung des Lomé-Abkommens in regionale Freihandelsverträge, sog. »Regional Economic Partnership Agreements (REPAs)« vorgeschlagen *(s. iz3w 226 und 236)*. Auf der nächsten AKP-EU-Ministerkonferenz im November 1999 soll die Option für ein solches Konzept von Freihandelszonen in einem Rahmenabkommen festgeschrieben werden, die konkrete Ausgestaltung der REPAs mit den einzelnen AKP-Regionen soll dann in den Jahren 2000-2005 verhandelt werden.

Die EU begründet ihre Abkehr von der Philosophie einseitiger Handelspräferenzen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den AKP-Staaten mit dem Zwang durch die seit 1995 geltenden WTO-Regeln. Der Beitritt zur WTO bedeutet normalerweise eine Verpflichtung auf das »Meistbegünstigungsprinzip« und auf »Reziprozität«. Dies bedeutet, daß jede Handelsvergünstigung, die der WTO-Mitgliedstaat einem anderen Vertragsstaat gewährt, nach dem Prinzip der Gleichbehandlung auch allen anderen Vertragsstaaten gewährt werden muß. Außerdem müssen Zugeständnisse der einen Seite durch solche der anderen ausgeglichen werden. Von diesen Regeln gibt es drei Ausnahmen:

1. Die »Enabling Clause« der Tokio-Runde des GATT von 1979 ermöglicht für Abkommen mit Entwicklungsländern ein »special and differential treatment« (SDT). Spezielle Zollpräferenzen von Industrieländern für Exporte aus Entwicklungsländern, wie sie z.B. die USA, die EU oder Australien durch jeweils unterschiedliche »Allgemeine Präferenzsysteme« (APS) gewähren, sind also durch eine generelle Klausel im GATT-Vertrag abgesichert.

2. Artikel XXIV des WTO-Vertrags räumt der regionalen Integration in Form von Freihandelsabkommen oder einer Zollunion auf Antrag eine Ausnahmeposition ein. Diesem Antrag muß von allen WTO-Mitgliedern zugestimmt werden. WTO-Bedingungen für die Anerkennung von Freihandelszonen sind, daß kein Sektor des Handels von der Vereinbarung ausgenommen sein darf, daß das Freihandelsprinzip für annähernd den gesamten Handel zwischen den beteiligten Staaten gelten und in einem Übergangszeitraum von normalerweise zehn Jahren die Zollunion hergestellt sein muß. Diese Ausnahmeregelung soll Zwischenschritte zum angestrebten weltweiten Freihandel fördern. Daher darf das Schutzniveau der begünstigten Zone nach außen nicht steigen.

Die Millennium Runde soll die Entwicklungsländer vollständig in die Weltwirtschaft integrieren

3. Artikel IX des WTO-Vertrags ermöglicht die Erteilung einer speziellen, zeitlich begrenzten Ausnahmegenehmigung (ein sog. »waiver«). Für das geltende Lomé IV-Abkommen wurde vom GATT, dem Vorläufer-Abkommen der WTO, ein »waiver« für 10 Jahre gewährt, dessen Laufzeit mit Ablauf des Abkommens im Februar 2000 erlischt. Die EG/EU war schon 1989 der Meinung, daß der Lomé-Vertrag durch die »Enabling Clause« abgedeckt sei. Da es sich bei den AKP-Staaten jedoch um Länder mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau handelt und da sich die Vergünstigungen für AKP-Staaten auch nur selektiv auf 41 der insgesamt 50 ärmsten Entwicklungsländern (LLDCs) bezogen, sahen die USA und das GATT-Sekretariat das Prinzip der Gleichbehandlung verletzt und verlangten einen »waiver«.

Der Vorschlag, das Lomé-Abkommen in seiner gegenwärtigen Form nicht fortzuführen, sondern in ein System regionaler Freihandelszonen zu überführen, wurde ursprünglich von der EU-Kommission damit begründet, daß es schwierig bis unmöglich sei, für eine unveränderte Fortsetzung des Lomé-Abkommens von der WTO erneut einen »waiver« gewährt zu bekommen. Ohne einen solchen »waiver« könnte ein neues Lomé-Abkommen (bzw. die EU) von den USA oder auch einem Entwicklungsland aus Lateinamerika oder Asien, das nicht zur AKP-Gruppe gehört, jederzeit vor dem Schiedsgericht der WTO auf Schadenersatz verklagt werden. Diese Schiedsgerichte oder »panels« haben die Macht, ihre Entscheidungen auch tatsächlich durchzusetzen.

Streitfall Bananen

► Am 19. April 1999 erteilte ein Schiedsgericht der WTO in einem letztinstanzlichen Spruch der USA die Erlaubnis, Strafzölle gegenüber Einfuhren aus der EU in Höhe von 191,4 Mio. US-Dollar zu erheben. Gegenstand des fast drei Jahre dauernden Verfahrens war die Bananenmarktordnung der EU, die auch einen wichtigen Teil des Lomé-Vertrags darstellt. Die 1993 eingeführte Bananenmarktordnung stellte den Versuch dar, die kleinbäuerlichen Produzenten in der Karibik und Afrika gegen die Konkurrenz der meist auf riesigen Plantagen angebauten Bananen aus Mittelamerika zu schützen. Die Eigentümer dieser Plantagen, v.a. der US-Konzern Chiquita, liefen seitdem Sturm gegen diese Entscheidung der EU. Unterstützung fand Chiquita nicht nur bei der eigenen Regierung, die in dieser Frage sogar eine Art Handelskrieg mit der EU riskierte, sondern auch bei neoliberalen Regierungen in der EU, z.B. der damaligen deutschen (Kohl-)Regierung *(s. iz3w 236)*.[2] Es soll an dieser Stelle kein idyllisches Bild der EU-Bananenmarktordnung als selbstlosem Instrument der EU zur Unterstützung der Entwicklungsländer gezeichnet werden. Im Verlauf des Lobbyings in Brüssel Anfang der 90er Jahre waren natürlich auch beträchtliche Eigeninteressen in die Formulierung der Bananenmarktordnung eingeflossen. Durch das System der Lizenzvergabe, das besonders stark von der WTO kritisiert wurde, unterstützte die EU z.B. massiv die Interessen europäischer Fruchthandelskonzerne. Trotzdem darf der Signalcharakter des WTO-Urteils nicht unterschätzt werden: Die WTO hat unmißverständlich klar gemacht, daß sie eine Fortführung des Lomé-Vertrags in seiner gegenwärtigen Form nicht akzeptieren wird. Die Position der AKP-Staaten, die bislang v.a.

am Status Quo orientiert waren und erst Mitte Juni 1999 einen ersten Bericht mit Alternativ-Vorschlägen für neue Handelsregeln vorlegen konnten [3], wurde so zusätzlich geschwächt, die Position der EU, die die Umwandlung der Lomé-Präferenzen in Freihandelsverträge favorisiert, wurde untermauert.

Die von der EU vorgeschlagenen REPAs sollen durch weitgehende Abschaffung aller Zölle und nicht-tarifären Handelshemmnisse nicht nur einen regionalen Handel innerhalb der noch nicht klar definierten 3-4 Regionen in Afrika sowie der Karibik- und der Pazifik-Region fördern. Sie sollen auch der EU freien Zugang zu den Märkten der AKP-Staaten garantieren. Zwar sieht die EU noch einige Schutzmechanismen, wie längere Anpassungsfristen u.ä. für ihre weniger entwickelteren Partner vor, aber im wesentlichen zielt der Vorschlag auf eine – von den WTO-Regeln über Freihandelsverträge geforderte – wechselseitige Marktöffnung ab. Es gibt bisher kaum Erfahrungen über die Auswirkung von Freihandelszonen zwischen industriell hoch entwickelten Staaten und Entwicklungsländern, aber die formale Gleichbehandlung ungleicher Partner wird mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Vertiefung von Entwicklungsunterschieden und sozialen Spaltungen führen. [4] Ein freier Wettbewerb zwischen Industrien in Mozambique oder Ghana, die noch in den Kinderschuhen stecken, und hochentwickelten (und oft auch hoch subventionierten) europäischen Industrieunternehmen wird immer desaströs für die noch in Entwicklung befindlichen Industrien enden. Das gerne und oft proklamierte grundlegende Ziel der EU-Entwicklungspolitik, die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit, wird durch diese handelspolitische Strategie also konterkariert.

In Bezug auf die »Konkurrenzfähigkeit« gibt es erste alarmierende Erfahrungen in Südafrika. Am 25. März 1999 wurde, nach fast vierjähriger Verhandlungsdauer, auf dem Europäischen Rat in Berlin von der EU das Freihandelsabkommen mit Südafrika mit emphatischen Worten abgesegnet. Das Abkommen mit Südafrika, das 1997 als 71. Staat der Lomé-Konvention beitrat, stellt vermutlich den Prototyp für ein von der EU gefordertes REPA dar. Die schon in Vorbereitung dieses Abkommens von Südafrika verlangten Liberalisierungsschritte haben aber dazu geführt, daß aufgrund der Konkurrenz von EU-Produzenten beim größten südafrikanischen Fruchtkonserven-Produzenten, Langeberg, seit 1997 über 3.000 Arbeitsplätze verloren gingen. [5]

Die erwähnte Studie der AKP-Experten vom Juni 1999 liefert erste Zahlen in Hinsicht auf das Problem der »sinkenden Staatseinnahmen«. Danach wird mit einem Rückgang der Staatseinnahmen aufgrund von Zollausfällen nach Einführung der REPAs z.B. für Uganda von 16%, für Tanzania von 20% und für die Seychellen sogar von 37% gerechnet. [6] Insgesamt werden die AKP-Staaten nach einer Studie der Universität Sussex Zolleinnahmen in Höhe eines Gesamtvolumens von 7,5 Milliarden Dollar verlieren. Sinkende Staatshaushalte bedeuten auch weniger Geld für Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung. Es ist paradox, dass die EU in den laufenden Lomé-Verhandlungen immer stärker auf größere Eigenanstrengungen der AKP-Staaten insistiert, während sie ihnen mit der anderen Hand, im Handelsbereich, die notwendigen Finanzmittel für diese eigenen Entwicklungsanstrengungen zu entziehen trachtet.

Ungleiche Freiheit

► Angesichts dieser drohenden Nachteile für die AKP-Staaten ist es nicht weiter verwunderlich, daß die künftigen Handelsregeln zu den am stärksten umstrittenen Bereichen bei den gegenwärtigen Lomé-Verhandlungen zählen. Auch wenn alle AKP-Regionen grundsätzlich eine Verstärkung der intraregionalen Zusammenarbeit begrüßen, befürchten sie doch bei einer Zersplitterung des Lomé-Abkommens an Verhandlungsmacht gegenüber der EU und internationalen Instanzen zu verlieren. Auch ist der Grad an Einbindung in Regionalzusammenschlüsse innerhalb der AKP-Gruppe sehr unterschiedlich. Während die SADC im südlichen Afrika vergleichsweise hoch integriert ist, sind 17 der 71 AKP-Mitglieder bislang noch in keine der bestehenden regionalen Wirtschaftsgemeinschaften eingebunden. Aber auch für die bestehenden regionalen Zusammenschlüsse ist es aufgrund von fehlenden Kapazitäten schlechterdings unmöglich, innerhalb der nächsten fünf Jahre vorteilhafte Freihandelsverträge sowohl untereinander als auch mit der EU auszuhandeln.

Die bislang letzte Ministerkonferenz zwischen EU und AKP-Staaten am 29. und 30. Juli 1999 in Brüssel brachte keine Annäherung der Standpunkte. Die deutsche Entwicklungsministerin Heidi Wieczorek-Zeul äußerte zum Abschluß der Konferenz die Sorge, daß – falls es auf der nächsten AKP-EU-Konferenz im November zu keiner Einigung komme – ab März 2000 die WTO-rechtlichen Grundlagen für die AKP-Handelsvorteile wegfallen und den AKP-Staaten dann erhebliche wirtschaftliche Nachteile entstehen würden. [7] Enge Fristsetzungen sind bei allen Verhandlungen das klassische Mittel, um seine Verhandlungspartner unter Druck zu setzen. Insofern kann man mutmaßen, daß der AKP-Seite in den nächsten Monaten nicht viel anderes übrig bleiben wird, als dem Drängen der EU nachzugeben. Jüngste Erklärungen des Direktors für Entwicklungspolitik in der EU-Kommission, Philip Lowe, lassen aber darauf schliessen, daß die EU keinen Wert darauf legt, die AKP-Staaten nur unter Zwang in ihr Konzept von regionalen Freihandelsverträgen zu pressen. Neben der »Peitsche« WTO wird nun auch eifrig mit den »Zuckerbroten« Anreize für Handelsliberalisierung und mehr Finanzmittel für regionale Integration gewunken.

Die AKP-Staaten wehren sich dagegen, unter dem Damoklesschwert der WTO-Kompatibilität zu verhandeln und fordern zuallererst mehr Zeit (d.h. einen WTO-waiver mit einer Laufzeit von 10 Jahren), um sich auf die geforderten Freihandelsbedingungen einstellen zu können. Ein solcher waiver böte auch die Möglichkeit, um grundsätzlich über die Regeln der WTO nachzudenken und um zumindest einige, relativ leicht umsetzbare Reformen im Interesse der Entwicklungsländer einzuleiten. Möglich wäre es z. B. das Prinzip des »special and differential treatment« in Form von obligatorischen Präferenzen für Entwicklungsländer im WTO-Regelsystem zu verankern. Die von der EU vorgeschlagene Zollfreiheit für alle Exporte von LLDCs böte hierzu einen Ausgangspunkt. Auch müßte der Artikel XXIV des WTO-Vertrags so umformuliert werden, daß bei Freihandelszonen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern grundsätzlich asymmetrische Marktöffnungsbedingungen gelten. Solche Änderungen in den WTO-Regeln würden auch der Option »REPA« für die AKP-Staaten ihren Schrecken nehmen. Vorschläge dieser Art fehlen aber im Strategiepapier der EU für die 3. WTO-Ministerkonferenz und die »Millennium Round«.

Anmerkungen:

1 European Commission DG I, The EU Approach to the Millennium Round, Note for the Attention of the 133 Committee, Brussels, 8 July 1999

2 Der Ministerialrat im Bundesfinanzministerium, Hans-Dieter Kuschel, der unter der früheren Bundesregierung als Referatsleiter im Wirtschaftsministerium zuständig für die Lomé-Kooperation war, wurde für seinen Kampf gegen die Bananenmarktordnung Anfang April 1999 sogar mit dem Verdienstorden Ecuadors ausgezeichnet.

3 Post Lomé IV Alternative Trade Arrangements, First report of the working group of ACP experts to the ACP Council of Ministers, 19 June 1999

4 vgl. dazu meinen Beitrag in: VENRO-Arbeitspapier Nr. 4, Handel statt Hilfe? – Das Lomé-Abkommen vor dem Umbruch, Dokumentation des Studientags am 4. November 1998, Bonn

5 vgl. Judith Head, »Ek het niks« – The Impact of EU Policies on Women Canning Workers in South Africa, Terre des Hommes/One World Action/ IBIS, Oktober 1998

6 Post Lomé IV Alternative Trade Arrangements, a.a.O., die Autoren stützen sich auf Zahlenmaterial aus sechs regionalen »impact studies«, die 1998 im Auftrag der EU-Kommission erstellt wurden.

7 Pressemitteilung Nr. 120/99 des BMZ vom 31. Juli 1999

► **Klaus Wardenbach** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei VENRO mit dem Schwerpunkt EU-Entwicklungspolitik.



Demonstration für Entschuldung in Köln '99 Foto: G. Lutz

► Am Anfang unserer Reihe »50 Jahre BRD« stand eine Analyse des Londoner Abkommens von 1953, durch das der Bundesrepublik ein Großteil ihrer Schulden gestrichen wurde (siehe iz3w 235). Dieses Vertragswerk normalisierte nicht nur die Beziehungen zu den westlichen Staaten, es ermöglichte auch den schnellen Wiederaufstieg zur Wirtschaftsmacht. In nur wenigen Jahren wurde das verschuldete Deutschland zum Gläubigerstaat – und dies nicht nur auf moralischer Ebene. Heute verhandelt es in den Gremien der mächtigsten Staaten über Umschuldungen, Bedingungen und Erlasse für die ärmsten Länder.

Case by Case

Zur Geschichte deutscher Gläubigerpolitik

von **Walter Eberlei**

Der Kölner Weltwirtschaftsgipfel rückte die Verschuldung der ärmsten Länder wieder einmal in das Zentrum der Diskussion. Doch deutsche Gläubigerpolitik ist kein neues Politikfeld. Die Geschichte der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Entwicklungsländern ist auch eine Geschichte von Krediten und Rückzahlungen, Schulden, Umschuldungen und Schuldenerlassen. Die Gruppe der ärmsten Länder hat dabei stets eine besondere Rolle gespielt.

► Deutsche Gläubigerpolitik gegenüber ärmsten Ländern[1] vollzieht sich in zwei Bereichen: in der Politik der Bundesregierung als bilateraler Gläubiger und in der Rolle als einflußreicher Akteur im Rahmen multilateraler Gläubiger (vor allem Weltbank und IWF).[2]

Deutschland gehört – neben den USA, Japan, Frankreich und Großbritannien – zu den großen und mächtigen bilateralen Gläubigern der ärmsten Länder. Die Forderungen sind auf drei Wegen entstanden: durch Kredite im Rahmen der Entwicklungshilfe (Finanzielle Zusammenarbeit, FZ, heute 5 Mrd. DM), durch die Übernahme von Forderungen aus Handelsgeschäften (über den Mechanismus der Hermes-Bürgschaften 4,5 Mrd. DM) sowie durch Forderungen der ehemaligen DDR, die mit der Vereinigung in den Bestand der Bundesrepublik übergingen (1,7 Mrd. DM). Darüber hinaus sind die ärmsten Länder vor allem bei der Weltbank und dem IWF verschuldet. Die Bundesregierung zählt auch hier zu den einflußreichen Größen, denn die Stimmenanteile in den Gremien dieser Institutionen bemessen sich nach Kapitalanteilen. Deutschland hat mehr Stimmrechte als 40 afrikanische Länder zusammengenommen.

Verschuldung durch Entwicklungshilfe

► Südpolitik ist seit jeher von außen- und wirtschaftspolitischen Motiven geprägt und nur in geringerem Maße von entwicklungspolitischen Überzeugungen. In einer ersten Phase deutscher Südpolitik, die bis in die 70er Jahre hineinreichte, galt es vor allem, die weltpolitischen Positionen des Westens zu stärken und den Einfluß der DDR zu verhindern. Kredite im Rahmen der Entwicklungshilfe wurden nur an solche Länder vergeben, die die DDR nicht völkerrechtlich anerkannt hatten. Wirtschafts- und entwicklungspolitisch dominierte die Überzeugung von der kapitalgetriebenen, weitgehend über Verschuldung finanzierten nachholenden Entwicklung des Südens (»growth-cum-debt-Strategie«).

Mit dem erfolgreichen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und der einsetzenden Ost-West-Entspannung, befördert durch weltwirtschaftliche Umbrüche zu Beginn der 70er Jahre (u.a.: Ende des Bretton-Woods-Währungssystems, drastische Ölpreissteigerungen und in der Folge Rezession in den Industrieländern), rückten außenwirtschaftliche Interessen stärker in den Vordergrund. In der damit einsetzenden zweiten Phase deutscher Südpolitik spielten Kredite im Rahmen der Entwicklungshilfe eine wachsende Rolle, nicht zuletzt auch, um damit die Importkapazitäten der Entwicklungsländer für den Kauf deutscher Waren und Leistungen zu befördern. Die Handelsgeschäfte zwischen deutschen Exporteuren und Abnehmern im Süden wurden durch Bürgschaften abgesichert: Konnte ein Kunde nicht zahlen, entschädigte die Hermes Kreditversicherungs-AG den deutschen Exporteur. Die Forderung an den Kunden ging über an den Auftraggeber von Hermes, die Bundesregierung. Schon in den 70er Jah-

ren, massiv dann ab Anfang der 80er Jahre, wurden Entwicklungsländer zahlungsunfähig. Die Bundesregierung reagierte mit einer verstärkten multilateralen Abstimmung ihrer Politik, vor allem im Rahmen der G-7-Prozesse und des Pariser Clubs. Bilaterale Forderungen werden im Pariser Club umgeschuldet, wenn das Schuldnerland nicht mehr zahlungsfähig ist. Dieser informelle Club vor allem westlicher Regierungen existiert seit 1956 und hat seither hunderte von Umschuldungen durchgeführt, zumeist mit ärmsten Ländern. Ziel des Clubs ist es, die Zahlungsfähigkeit der Schuldner zu sichern, das heißt: maximale Rückzahlungen der Schuldner zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund wurden in den 70er Jahren die wesentlichen Weichenstellungen für deutsche Gläubigerpolitik vorgenommen, die bis heute gelten: Erstens ist die deutsche Gläubigerpolitik in ein enges Geflecht multilateraler Absprachen eingebunden, das auch als »Schuldenregime« definiert wird. Zweitens werden Verhandlungen mit Schuldnern nur »case by case«, also Land für Land, geführt. Ziel ist die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit, weshalb drittens Schuldenerleichterungen stets an Strukturanpassungsprogramme gekoppelt sind.

Eine dritte Phase deutscher Südpolitik setzte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ein. Das nun vereinigte Deutschland sucht seither nach einer »neuen deutschen Außenpolitik«. Der »Handelsstaat« Deutschland betreibt seine Politik gegenüber dem Süden noch stärker als Wirtschaftsdiplomatie, wie Konzeptpapiere der Bundesregierung zur Asien- und Lateinamerikapolitik belegen.[3] In der Gläubigerpolitik zeigte sich aber eine zunehmende Bereitschaft, die offensichtliche Überschuldung dieser Ländergruppe auch durch Schuldenerleichterungen zu entschärfen (Schuldenerlasse in den vergangenen 20 Jahren: ca. 12 bis 13 Mrd. DM).

Ziel des Pariser Clubs ist es, die Zahlungsfähigkeit der Schuldner zu sichern

Bereits in den 70er Jahren hatten sich die Stimmen gemehrt, die feststellten, dass die Verschuldung des Südens Ausmaße erreicht habe, die »den Entwicklungsprozeß bereits gefährden« (so die Entwicklungsdenkschrift der Evangelischen Kirche 1973). Doch die SPD-geführte Bundesregierung antwortete noch 1977 auf eine Kleine Anfrage im Bundestag, daß sie »die Verschuldungslage der Entwicklungsländer insgesamt nicht für bedrohlich« halte und »generelle Umschuldungen, Moratorien oder Schuldenerlasse« ablehne. Dennoch erreichte das Volumen der notwendig werdenden Umschuldungen mit 1,9 Mrd. DM (1970-1976) eine bis dahin nicht gekannte Dimension. Vor dem Hintergrund der Debatte um eine Neue Weltwirtschaftsordnung drängte vor allem die UNCTAD (UN-Organisation für Handel und Entwicklung) auf Schuldenerleichterungen und konnte den Gläubigern 1978 ein Zugeständnis abringen: die Empfehlung, Kredite aus der Entwicklungshilfe an ärmste Länder rückwirkend in Zuschüsse umzuwandeln. Ab 1979 erließ die Bundesregierung nach Einzelfallprüfung Forderungen aus früheren FZ-Krediten, lehnte aber auch noch Anfang der 80er Jahre eine Ausweitung des Erlasses auf andere arme Länder ab. Eine Ausweitung von Schuldenerlassen lehnte die ab 1982 konservativ-liberal geführte Bundesregierung aber auch noch ab, als mit der Mexiko-Krise 1982 die Dimension der Internationalen Schuldenkrise deutlich wurde. Die Verantwortung für die Krise wurde vornehmlich den Schuldnern zugewiesen. Ein harter Sanierungskurs sollte die Zahlungsfähigkeit wiederherstellen.

»Tragfähige« Schulden?

► Mitte der 80er Jahre setzte eine internationale Diskussion über die bisherige Schuldenstrategie ein. Kirchen und kirchliche Gruppen, NRO und Aktionsgruppen forderten Schuldenerlasse, denn der hohe Schuldendienst führte zu einem bis in die 90er Jahre anhaltenden negativen Kapital-Transfer von Süd nach Nord. Zunehmend wurde über die sozialen Konsequenzen der hohen Verschuldung sowie der Strukturanpassungsprogramme berichtet. 1986 formulierte die Weltbank, dass der Versuch der Länder, »sich durch fortgesetzte Strukturanpassungsmaßnahmen selbst helfen (zu) wollen, ohne zusätzliche Mittel in Form von neuer Entwicklungshilfe und Schuldenerleichterungen fehlschlagen muß«. Nicht eine vorübergehende Illiquidität war also Kern des Problems, sondern eine strukturelle Insolvenz.

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel Ende Juni 1988 in Toronto wurde auf Initiative der Briten und Franzosen vereinbart, einer Gruppe von ärmsten Ländern bei Umschuldungen von Handelskrediten im Pariser Club Schulden zu erlassen. Das Bundesfinanzministerium weigerte sich im Vorfeld heftig gegen Schuldenerlasse, konnte jedoch die – auch vom BMZ beförderten – Pläne nicht abwehren. Anläßlich der Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992 verknüpfte die Bundesregierung Schuldenerlasse mit der Forderung an die Schuldnerstaaten, Umwelt-, insbesondere Regenwaldschutz zu fördern, und führte eine »Schuldenumwandlungsfazilität« ein. Das deutsche Programm, das die Umwandlung von FZ-Forderungen vorsieht, hat allerdings nur einen bislang bescheidenen Beitrag zur Schuldenerleichterung geleistet. Dieses Umwandlungsprogramm war in den 90er Jahren der einzige Beitrag in der deutschen Gläubigerpolitik, der sich nicht unmittelbar aus multilateralen Beschlüssen ergab. Selbst die intensive Debatte über den Umgang mit Ex-DDR-Forderungen (vor allem im Blick auf Mosambik und Nicaragua diskutiert), führte nur zu vergleichsweise bescheidenen Vergünstigungen für Nicaragua. Ansonsten hielt die Bundesregierung sich strikt an die Absprachen der G-7 und des Pariser Clubs.

Auch die Ausweitung der Erlasse im Pariser Club schaffte das Problem der Schuldenkrise ärmster Länder nicht aus der Welt. Mitte der 90er Jahre nahm erneut eine internationale Debatte ihren Lauf und mündete 1996 in die Verabschiedung der »HIPC-Initiative«, die nun von einem länderbezogenen Konzept von »Schuldentragfähigkeit« ausging und erstmals auch Erlasse multilateraler Gläubiger vorsah. Die Bundesregierung zeigte insbesondere mit dem Verkauf von Gold zur Finanzierung von IWF-Erlassen nicht einverstanden. Schließlich konnte die Initiative nur auf den Weg gebracht werden, indem der strittige Punkt (Finanzierung der IWF-Schuldenerleichterungen) auf einen späteren Zeitpunkt vertagt wurde.

Gegen die Deutschen war an dieser Stelle keine Entscheidung zu fällen. Die HIPC-Initiative blieb bald in den zahlreichen Auflagen und Detailregelungen stecken. Von Herbst 1996 bis Sommer 1999 gelangten lediglich vier Länder in den Genuß von Erleichterungen unter der HIPC-Initiative. Die neue rotgrüne Bundesregierung, Gastgeber des Weltwirtschaftsgipfels 1999, lancierte ihre »Kölner Schuldeninitiative«, die weitere Erlasse für ärmste Länder forderte. Die G-7 einigten sich tatsächlich auf eine Ausweitung der bisherigen Initiative auf mehr Länder. Trotz dieses Fortschritts lassen erste Analysen vermuten, dass auch die Kölner Beschlüsse – sofern sie überhaupt umgesetzt werden, die Finanzierung ist noch unklar! – nicht das Ende der Debatte markieren, sondern lediglich eine neue Runde in der Verwaltung der Schulden-, Finanz- und Entwicklungskrise ärmster Länder darstellen.

Anmerkungen:

1 Der Beitrag konzentriert sich auf die ärmsten Länder. Diese werden unterschiedlich bezeichnet. Gebräulich sind die Kategorien Least Developed Countries (LDCs), Low-Income Countries (LICs) oder Severely Indebted – schwer verschuldete – Low-Income Countries (SILICs) oder in jüngster Zeit Highly Indebted Poor Countries (Hoch verschuldete arme Länder, HIPCs). Zur HIPC-Gruppe zählen 41 Länder, vor allem in Sub-Sahara Afrika.

2 Die Politik gegenüber kommerziellen Gläubigern ärmster Länder hat dagegen nur geringe Bedeutung, da Banken sich nur marginal in diesen Ländern engagieren.

3 Gegenüber ärmsten Ländern in Afrika gilt dies mit Einschränkung, denn Afrika spielt für die deutsche Wirtschaft eine nur sehr untergeordnete Rolle.

► **Walter Eberlei** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg.

Wenn es dieses Jahr in einer Moselgemeinde keine Weinkönigin, sondern erstmals einen Weinkönig gibt und der gute Mann, seines Zeichens Fencheltee trinkender Monarch, zudem aus Ghana stammt, muß dies nicht unbedingt ein Ausdruck von Völkerverständigung sein. Das begrüßenswert Andere, wie der Multikulturalismus Kultur versteht, ist nicht notwendig die Folge des Anerkennens der Unterschiede. Denn zugleich werden kriegerische Auseinandersetzungen – sei es in Ruanda, sei es im Kosovo – neuerdings wieder durch das standardisierte Argument der kulturellen Differenz erklärt. Kulturelle Deutungsmuster von sozialer Wirklichkeit rücken mehr und mehr an die Stelle politischer oder ökonomischer Erklärungsversuche. Diese meist als Kulturalisierung bezeichnete Entwicklung scheint unumkehrbar. Es gibt also gute Gründe, sich mit Kultur zu befassen. Auch Teile der Linken, der die Utopien einer Gesellschaft jenseits von Markt und Staat abhanden gekommen sind, beschäftigen sich seit geraumer Zeit verstärkt mit Kultur. Sie suchen nach dem subversiven Potential in Alltags-, Sub- und Populärkultur. Dabei hat sich gezeigt, daß popkulturelle Ausdrucksformen, wie zum Beispiel Punk oder HipHop, sich als Seismographen gesellschaftlicher Veränderungen eignen. Dieser die Cultural Studies kennzeichnende »cultural turn« gelingt jedoch nicht bruchlos. Das wäre ein zweiter Grund sich mit Kulturalisierung zu beschäftigen.

Vor lauter kultureller Praxis sieht man die Kulturindustrie nicht. Man fällt damit gerne hinter die Einsichten der Kritischen Theorie bezüglich der industriellen Kultur zurück. Selbst Teil des Kulturbetriebs, kommen weder kulturelle Praxis noch Kulturtheorie daran vorbei, sich beständig zu versichern, daß der Markt es ist, der ihnen vorgibt, was in welcher Form kommunizierbar und repräsentierbar ist: Polit-ökonomische Themen oder soziale Fragen aus den Ländern des Südens stoßen heute kaum noch auf Interesse. Dafür wird ihre Literatur in den globalen Kulturbetrieb, werden ihre Rhythmen in die Welt der Popmusik eingespeist. Auch und gerade Kulturproduktion, die sich nicht affirmativ begreift und soziale Widersprüche zu ihrem Thema macht, muß die Produktionssituation und die Rezeptionsgewohnheiten, die von der Kulturindustrie vorgegeben werden, in den Blick nehmen.

Wenn kritische Kulturschaffende in ihrer Arbeit sozialen oder ethnischen Minderheiten eine Stimme verleihen wollen, kann ihnen durchaus die Darstellung gesellschaftlicher Widersprüche gelingen. So stellt zum Beispiel Ursula Biemann mit ihrem Projekt Kültür (siehe das entsprechende Interview) die Situation immigrierter Textilarbeiterinnen rund um Istanbul auf eine sehr gelungene Art und Weise dar. Sie hebt sich dabei vom kulturindustriellen mainstream ab und schafft neue Formen der Kommunikation und Vermittlung. Gleichwohl fordert sie theoretischen Widerspruch zum Beispiel hinsichtlich der von ihr zugrunde gelegten Identitätskonzeption heraus. Mit diesem Beispiel ist die Wechselwirkung von ernst zu nehmender Kulturtheorie und kultureller Praxis umrissen, die berücksichtigt werden muß, wenn Theorie nicht auf eine Anleitung für »richtige« Praxis reduziert werden soll.

die redaktion

The global 500

Die Fotografien von Oliver Ressler sind Teil des Projekts »The global 500«, das im Frühjahr 1999 in der Galerie Stadtpark in Krems (Österreich) erstmals vorgestellt wurde. Das Ausstellungsprojekt will die Strategien der 500 weltweit größten Konzerne analysieren. Es besteht aus drei Elementen: Zitaten aus den Jahresberichten der größten transnationalen Konzerne, einem Video, in dem MitarbeiterInnen von Gewerkschaften und NGO interviewt werden, und einer Fotoserie.
Für die Fotoserie wurden Seiten aus den Jahresberichten der Konzerne (u.a. des Flubzeugherstellers Boeing) zerknüllt und in Schwarz/Weiß fotografiert. Die Motive visualieren wichtige Parameter von ökonomischer Globalisierung und bringen die Verschränkung von engagierter Kunst und globaler Firmenkultur auf pointierte Weise zum Ausdruck. In diesem Sinne bebildern sie die Artikel nicht bloß, sondern wollen als eigenständige Werke gelesen werden.
Im Oktober 1999 erscheint das Buch: Oliver Ressler (Hg.), »The global 500«, Edition Selene, Reihe Art Exit, 112 S., dt./engl., DM 20. Weitere Informationen: http://thing.at/the_global_500

Die Macht des schönen Scheins

Vom Reklamieren der Herrschaft zur Herrschaft der Reklame

von **Thomas Cernay**

Nach wie vor werden Kunst und Kultur Attribute von Schönheit, Wahrhaftigkeit, Freiheit und Reinheit zugeschrieben. Sie bilden so den Gegensatz zur bisweilen grausamen Wirklichkeit. Diese sprichwörtlich »künstliche« Trennung, die den Widerspruch der gespaltenen Gesellschaft ausdrückt, hat eine lange Entstehungsgeschichte – von der Steinzeit über die Antike bis in die Moderne.

▶ Vom Reklamewerden der Kultur handelt der furiose und düstere Schlussakkord des Kapitels »Kulturindustrie« in Horkheimer/Adornos »Dialektik der Aufklärung«. In diesem siebten Abschnitt geht es um mehr als um die Warenförmigkeit der Kultur, es geht um das zunächst schwer begreifliche Paradox, dass hier die Waren nicht beworben werden, sondern selbst Reklame sind. Reklame muss hier mehr sein als die in ihrer Absicht leicht zu durchschauende Anpreisung. Die enttäuschende Erfahrung des Konsums, die uns zugebilligt wird, belehrt uns beständig, dass der Genuss, den die Ware verheißt, auf die bloße Verheißung reduziert bleibt. So bedarf die Ware der Reklame, als Verheißung aber fallen sie beide zusammen. Dieses Motiv des andauernden Trostes soll im weiteren ebenso verfolgt werden wie das der Repräsentation, der zweiten Figur, in der in der »Kulturindustrie« Kultur und Reklame verschmelzen. Gemeint sind damit die Selbstdarstellungen der ökonomischen Macht, wie etwa die Entwicklung einer weltraumtauglichen Cola-Dose durch einen Limonadengiganten. Das könnte man schon fast für eine kulturelle Leistung halten: reine Werbung, die so nutzlos und ansprechend ist wie reine Kunst.

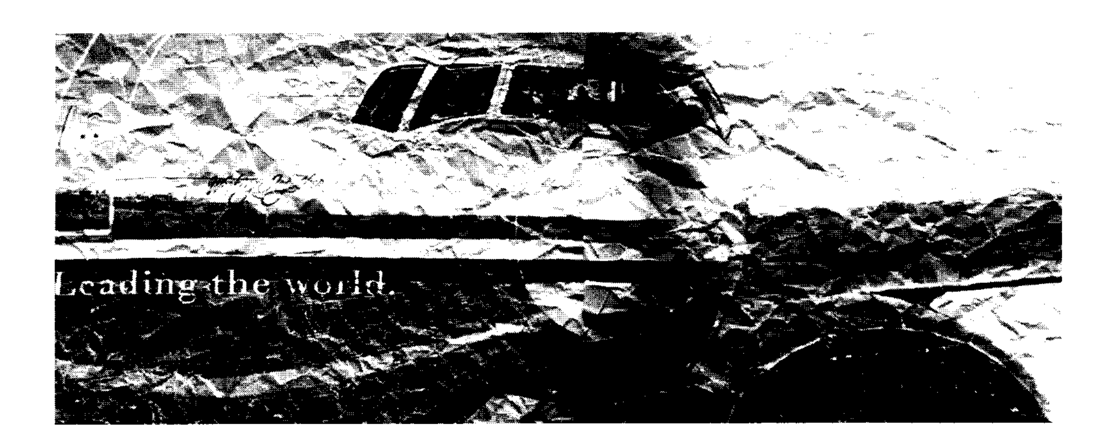
Trost und Transzendenz

▶ Man muss weit ausholen, um sich einer Antwort auf die Frage zu nähern, warum Kultur so umstandslos mit dem Positiven gleichgesetzt wird und gerade die Kunst das Gute, Wahre und Schöne repräsentiert. Die Geburt der Kunst ist ein Ereignis der Vorgeschichte, wie zum Beispiel die Malereien in der Höhle von Lascaux nahelegen. Bataille[1] hat auf die Verschränkung der wesentlichen Themen der frühen Kunst aufmerksam gemacht: Die Darstellungen kreisen um die schamanistische und erotische Extase und um den Tod. Wenn, wie Bataille annimmt, der Mensch durch Arbeit zum vorausschauenden Bewußtsein gelangt, so geschieht dies unweigerlich um den Preis der Erkenntnis des Todes. Gräber sind denn auch die ersten Zeugen kultureller Tätigkeit. Aber die Möglichkeit zum Kalkül entfernt ihn zugleich von der animalischen Sexualität. Und zwar »in dem Maß, in dem die Erotik ein selbstgewähltes Spiel, (...) den Kalkül der Lust, an die Stelle des blinden Instinkts der Organe setzt«. Die Spannung von Eros und Thanatos treibt den Menschen zum Kunstwerk und zur religiösen Deutung, in der sich das Positive absolut setzt. Dabei gibt die Lust, die durch erotische Extase zum Selbstbewußtsein wird, das Dispositiv der später folgenden Überhöhungen, des Schönen und Guten ab. Die Antwort auf die Tragik des menschlichen Lebens ist der gute Wille zum schönen Schein, der vom Blick auf das Grauen erlöst.

An der Schwelle zwischen Vorgeschichte und Geschichte blickt Herodot (480 v.u.Z.) bereits auf ein Grauen, das durch menschliche Gewalt entfacht wird. Die frühgriechische Welt der Dionysos-Kulte, die durch periodisch wiederkehrende Feste rhythmisierte Ausschweifung, ist erloschen. Längst hat sich das Priester- aus dem Schamanentum entwickelt, ist die Gemeinschaft in Mittler und Gemeine gespalten, sind Krieg und Sklaverei erfunden, Könige und Fürsten an der Macht. Da macht sich Herodot, das Interesse an der Überlieferung im Sinn, auf seinen Weg. Er bereist weite Teile Kleinasiens; die guten Straßen und Postverhältnisse der Perser sind ihm bei der Erkundung Mittelasiens zu Diensten; er kennt das schwarze Meer, kommt über Sizilien nach Afrika. In Athen trägt er vor bedeutenden Kreisen seine Niederschriften vor und soll von staatswegen einen hohen Geldpreis erhalten haben. Das Ausmaß seiner Kommunikation und kulturellen Tätigkeit prägt das bürgerliche Bildungsideal. Mehr noch: Die Grundkategorien des Geschichtlichen, die er in seinem Schreiben entwickelt, wirken gar bis in die moderne Geschichtsschreibung fort.

Goethe wird später (16.12.1797) an Schiller schreiben: »Ich lese den Herodot und Thucydides, an denen ich zum erstenmal eine ganz reine Freude habe, weil ich sie nur ihrer Form und nicht ihres Inhalts wegen lese.« Noch etwas später merkt der Herodot-Fan und Altphilologe Professor Schadewaldt (1995) in seinen Tübinger Vorlesungen verwundert an: »Goethe hat ihn nicht sehr gelesen, hat überhaupt eine merkwürdige Furcht gehabt vor der Geschichte. Mit seinen offenen Sinnen hat er sie eben nicht nur gelesen, sondern sich auch lebendig vorgestellt, und da es die Geschichte meist mit Kriegen und Schrecklichkeiten zu tun hat, erlebt er sehr stark das Schreckliche an ihr mit und lehnt sie daher als etwas Unheimliches ab.«[2] Was Schadewaldt nicht bemerkt – oder nicht im Geringsten irritiert – sind die Abgründe der griechischen Hochkultur, die radikale und gewaltsame Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit, aus der sich der kulturelle Schub nährt, der bis heute als Wiege der abendländischen Kultur begriffen wird. Das Deckbild der Kultur schiebt eine eingebildete reine vor die reale und blutige Überlegenheit und schließt den Gegensatz von Freiheit und Zwang an die ursprüngliche Polarität von erotischem Spiel und Tod an. Die Folge ist ein fast bewußtloser Reflex, beim privilegierten Griechen wie beim Bildungsbürger, der mit den kulturellen Werten, der Philosophie und Geschichtsschreibung Gewalt und Herrschaft legitimiert. »Die athenische Antibanausie war beides: der dreiste Hochmut dessen, der sich die Hände nicht schmutzig macht, gegen den, von dessen Arbeit er lebt, und die Bewahrung des Bildes einer Existenz, die hinausweist über den Zwang, der hinter aller Arbeit steht«[3]. Das schlechte Gewissen, das darin zum Ausdruck kommt, lebt als Vorstellung »reiner« Kultur im bürgerlichen Kunstbegriff, als Reich von Zwecklosigkeit und völliger Freiheit fort.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Aufklärung und Antike liegt in der Selbstreflexion der Rationalität, die mit einer neuen Dynamik und Dialektik auch den Kunstbegriff in Bewegung bringt. Die materialistische Kritik zeigt dessen ideologischen Charakter auf. Wenn das Ideal der Freiheit nur in der Kunst aufgehoben ist, bezieht diese ihren Sinn gerade durch ihr Gegenteil, den allgemeinen Zwang. In ihrem Kern drückt die bürgerliche Kunst nur den Widerspruch der gespaltenen Gesellschaft aus. Und zugleich wird vom Standpunkt ihres Ausnahmecharakters die Herrschaft erst normal. Als integraler Be-



standteil des schlechten Ganzen legitimiert sie so den Widerspruch, auf den sie weist. Erst die Kritik bringt den Widerspruch zum Bewußtsein.

Ein fataler Irrtum des historischen Materialismus ergibt sich aus der totalen Verallgemeinerung, mit der Kultur als reine Ideologie und ihre Produkte als bloße Waren gefasst werden. Kultur wurde nicht etwa verworfen, sondern zum reinen Instrument der Propaganda. Während die konservative bürgerliche Kulturkritik der Kultur ihren Niedergang in Form eines Verrats der eigenen Ideale vorhielt, – und damit das ehemals »Reine« der Kultur erneut affirmierte – entwickelte sich die realsozialistische Abfertigung der Kultur als Ideologie zu einem fiktiven Standort, der die kulturelle Befangenheit des eigenen Geistes unkenntlich werden ließ. Obwohl die Ausgangspunkte der Kritik nicht hätten verschiedener sein können, bewegten sich beide Ansätze zielstrebig in Richtung Geistfeindschaft und Barbarei. Die Verwertung der Kultur in der Propaganda nutzt die eingeschliffenen Wirkungen der Affirmation und des schönen Scheins nicht nur in einer radikalisierten, sondern auch in hochgradig organisierter Weise und formt schon die Strukturen der Kulturindustrie.

Kultur wird »negativ« und »anders«

► Erst nach dem 2. Weltkrieg erreicht die Kulturkritik ein Reflexionsniveau, das der Verblendung eingedenk ist, die die Kritik mit ihrem Gegenstand, der Kultur, teilt. In »Kulturkritik und Gesellschaft« fasst Adorno Kultur als den »Inbegriff des Selbstbewußtseins einer antagonistischen Gesellschaft« zusammen. »Die Alternative, Kultur insgesamt von außen, unter dem Oberbegriff der Ideologie in Frage zu stellen, oder sie mit den Normen zu konfrontieren, die sie selbst auskristallisierte, kann kritische Theorie nicht anerkennen.«[4] Adorno ergreift Partei für den bürgerlichen Kulturbegriff insoweit man ihn zu seinem immanenten Widerspruch treiben kann, der den affirmativen Reflex durch Dissonanz zerstört.

In völligem Gegensatz zum Widerspruchscharakter liegt der Ansatz der Cultural Studies, die vor allem durch das Schlagwort von der »culture as a whole way of life« ihren Platz in der Geschichte der Kulturalisierung verdient haben. Die Defizite klassischer linker Theoriebildung, die im kruden Ökonomismus und der Beschränkung auf den Klassengegensatz wurzeln, sollten mit der empirischen Untersuchung der Lebensweisen und Reproduktionsgewohnheiten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen vervollständigt werden. Man begleitete die keynesianische Umwandlung des Proletariats in den nivellierten Mittelstand, das Entstehen jugendlicher Subkulturen oder den Vormarsch der Frauenbewegung und erweiterte das Bewußtsein der Unterdrückung von »class« auf das von »ethnicity and/or gender«. Darüber hinaus erfolgte eine Verschiebung der Analyse von den Produktionsverhältnissen zu den Rezeptionsgewohnheiten, eine Notwendigkeit, die der Existenz der Massenmedien Rechnung trug.

Die Kehrseite der Medaille war, dass die klare und umfassende politische Vision in der Vielzahl der lose verbundenen sozialen Bewegungen und der mit ihnen verknüpften verschiedenen Interessen verloren ging. Dass sich alle mit irgendeiner Form der Identitätspolitik herumschlagen, ist der Rest von Einheit, den die Postmoderne zu stiften weiss. Auch wenn der Kritik am Partikularismus stets mit dem Verweis begegnet wird, man müsse die Formen der Unterdrückung stets zusammen denken, liegt als Schwerezentrum jeder Identitätspolitik stets das Motiv eines berechtigten Kampfes für das jeweils eigene Anliegen zugrunde. Und damit ist nicht mehr und nicht weniger gesagt, als dass das allgemeine Konkurrenzprinzip des herrschenden Unwesens verinnerlicht ist. Die gegenwärtig verbreitete Praxis, beliebigen populärkulturellen Phänomenen subversiven oder emanzipatorischen Gehalt zu unterstellen, ist Anbiede-

Kulturindustrie

► *Der 1944 von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer geprägte Begriff bezeichnet die Gesamtheit der industriell erzeugten und distribuierten Kulturgüter sowie die dazugehörigen Rezeptionsformen. Er ist dabei umfassender als der Begriff der Unterhaltungsindustrie, weil er auch die Kultur miteinbezieht, die sich selbst nicht als unterhaltend versteht. Adorno und Horkheimer sehen Kulturindustrie als jenes Verfahren, das v.a. die ästhetischen und philosophischen Werke und Errungenschaften der bürgerlichen Kultur durch technische Reproduktion und massenhafte Vermarktung zwar allgemein zugänglich macht, gleichzeitig dadurch aber entwerte, Kulturindustrie sei »Aufklärung als Massenbetrug«, denn: »Immerwährend betrügt die Kulturindustrie ihre Konsumenten um das, was sie immerwährend verspricht.« Durch diese Vereinheitlichung verliert die Kultur insgesamt ihre kritische Potenz, wird unter dem Monopol der Kulturindustrie zu einem Element, das Herrschaft nicht unterläuft, sondern stabilisiert. Der seit dem Zusammenbruch des Sozialismus einsetzende Prozeß der Globalisierung scheint allerdings eine Renaissance des Begriffs der Kulturindustrie mit sich zu bringen. Im Zentrum steht dabei aber nicht mehr die Frage nach dem Verhältnis von authentischer Kunst und Kulturindustrie, sondern die nach dem Verhältnis einer westlich dominierten, weltweit vereinheitlichten und mit modernsten Medien vermittelten globalen Kulturindustrie zu den damit konfrontierten traditionellen Regionalkulturen.*

nach: Ansgar Nünning (Hg.): Metzler Lexikon Literatur- und Kulturtheorie. Metzler Verlag, Weimar 1998.

rung der Intellektuellen an scheinbar nonkonforme Bewegungen und vermutlich das Erfolgsgeheimnis ihrer eigenen Popularität. Das Betonen der Andersheit, mit dem die postmodernen Identitätspolitiken operieren, besitzt mehr als zufällige Ähnlichkeit mit der politischen Ökonomie der Reklame, deren Differenzkalkül das »etwas Andere« ist. Angesichts ihrer Bedeutung für die Kreation und Produktion der Populärkultur und der Tatsache, dass Cultural Studies der Rezeption, einer Form des Konsums, hohen Stellenwert einräumen, stimmt es wunderlich, dass der Konnex zwischen Reklame und Rezeption kein Gegenstand der Untersuchung wurde.

Der Verführung durch die Kulturalisierung ist das denkbar breiteste politische Spektrum von neurechts bis neulinks erlegen, denn die Verteidigung des »überfremdeten« Eigenen speist sich aus den gleichen Quellen wie das Selbstbestimmungsrecht des »Anderen«. Die Attraktivität der Kultur beim Stiften von Identität lebt vom Phantasma isolier- und abgrenzbarer Kulturen. Das Fundament eines monolithischen und mit sich selbst identischen Kulturgebildes ist das Modell, an das sich andere Diskurse anschließen lassen[5]. Kollektive Identitäten von Volk, Rasse, Klasse, Zivilisation und Nation, oder persönliche Identität werden durch Kultur erst schön. Das Recht auf Repräsentation und Reklame ist allen Minoritäten zuzugestehen, wieso sollte man ihnen eine Waffe aus der Hand schlagen, die man der Macht nicht nehmen kann? Die Kritik aber muss die Einsicht in die Widersprüchlichkeit dieser Operationen permanent einfordern. Wer mit kultureller Differenz oder Identität operiert, operiert unvermeidlich in der Logik des Systems. Er ermöglicht nicht nur, dass ein standardisiertes hermeneutisches Prinzip die sozialen Konflikte und ökonomischen Widersprüche auf immer gleiche Weise mit kultureller Differenz nur scheinbar erklärt, sondern fördert den Verblendungszusammenhang auch durch die beständige Erneuerung von schönem Schein.

Anmerkungen:

1 Georges Bataille, Die Tränen des Eros. S.46, Matthes & Seitz, München 1993.

2 Wolfgang Schadewaldt, Die Anfänge der Geschichtsschreibung bei den Griechen, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1982.

3 Th. W. Adorno, »Kulturkritik und Gesellschaft«, GS 10.1, S.20, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1997.

4 siehe Anmerkung 3, S. 25

5 Th. Höhne, Kulturalismus. Neue Hermeneutik oder ideologischer Diskurs?, links 11/12, 95, S.43.

▶ **Thomas Cernay** ist Mitarbeiter des **iz3w.**

Herder, Humboldt, Huntington

▶ Was die Griechen selbst nicht auf den Begriff brachten, taucht zunächst im lateinischen »cultura«, das sich aus »colere« (bebauen, pflegen) entwickelte, auf. Das Wort erzeugt die soziale Einheit der gespaltenen Gesellschaft, indem gleichermaßen der Landbau, die Pflege des Viehs wie auch die des Körpers und des Geistes bezeichnet werden. Die Privilegien werden zumindest in einem metaphorischen Sinn mit der Arbeit der Unterdrückten gleichgesetzt.

Die Geschichte wiederholt sich beim Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Als »culture« im 15. Jh. vom Französischen ins Englische übernommen wird, ist die Hege und Pflege von Feldfrüchten und Tieren gemeint. Mit der Aufklärung kommt es erneut zur metaphorischen Erweiterung auf die Pflege des Geistes, aber erst im 18. Jh. hat sich die Bezeichnung spezieller Prozesse, der Kultivierung von etwas, zum Begriff des allgemeinen Prozesses menschlicher Entwicklung erweitert. Zivilisation dagegen bildete sich aus dem mittelalterlichen Rechtsbegriff »civilizare« (eine kriminelle in eine zivile Angelegenheit wandeln). Als es im 17. Jh. als »civilize« ins Englische gewandert ist, hat sich seine Bedeutung ins Allgemeinere, das »Überführen in eine Form sozialer Organisation«, gewandelt. Parallel hatte sich das seit dem 14. Jh. gebräuchliche »civil« vom ursprünglichen Sinn (zum Bürger, Einwohner gehörend) zu »geordnet, erzogen« erweitert. »Civilization« beschreibt mehr den status quo als den Prozess der Verfeinerung der Sitten, als kulturellen Kontrast zum Barbarischen und Wilden.

Mit der Aufklärung, die die Idee von Fortschritt und Entwicklung durchsetzt, bewegt sich der Sinn beider Vokabeln in komplizierten Bewegungen aufeinander zu. Nur kurzfristig wird im Zuge der Romantik Kultur als Gegenbegriff zur Zivilisation mobilisiert: Die mit den sozialen Prozessen einhergehende Monotonie, die Schaffung künstlicher Bedürfnisse sowie die entstehende Ungleichheit führen zum Unbehagen in der Zivilisation, die mit »Kultur« als Gegensatz der mechanischen Rationalitat und der »inhumanen« industriellen Entwicklung kritisiert werden. »Humane« soll von »materieller« Entwicklung geschieden werden. Diese Differenz wird aber rasch wieder zunichte gemacht, als an der Wende zum 19. Jh. »culture« aus dem Französischen ins Deutsche entlehnt und vor allem von Humboldt materielle bzw. geistige Entwicklung als«Kultur« und »Zivilisation« bezeichnet werden.

Herder hat als erster sowohl die Unbestimmtheit des Kulturbegriffs sowie seine Unanwendbarkeit auf andere Nationen und Zeitalter kritisiert. »Der bloße Gedanke einer überlegenen europäischen Kultur ist eine anmaßende Beleidigung der Majestät der Natur«. Als Konsequenz verlangt er von »Kulturen« im Plural zu sprechen. Durch die Romantik wird dieser ethnisierende Gebrauch zum Allgemeingut, ändert aber nichts an der unbestimmten Verwendung der Vokabel. Nach kurzfristiger Scheidung werden materielle und symbolische Produktion je nach gusto als Kultur bzw. Zivilisation bezeichnet.

Heute gilt »Kultur« als »Gesamtheit der geistigen und künstlerischen Lebensäußerungen (einer Gemeinschaft, eines Volkes)«, die »Zivilisation« als »Gesamtheit der durch den Fortschritt von Wissenschaft und Technik geschaffenen (verbesserten) Lebensbedingungen«. Der feine Unterschied liegt nur im ideologischen Ballast, mit dem die Definitionen ringen und der an den (verschämt) angebrachten Klammern deutlich abzulesen ist. Die Verbesserung durch »Zivilisation« scheint nur eingeschränkt zu gelten (wir vermuten: nicht für alle). Im Fall der »Kultur« die geistigen und künstlerischen Äußerungen gerade dem Volk zuzuschreiben, klingt beinahe komisch. Der Anschluß von Kultur an Volk begründet immer noch den Plural der Kulturen, der von Zivilisation an Wissenschaft und Technik schließt – dank deren universellem Geltungsanspruch – die Möglichkeit einer anderen Zivilisation mit Bestimmtheit aus. Obwohl im modernen Englisch Zivilisation meist mit erklärendem Adjektiv (western, modern, industrial, scientific and technological zivilization) verwendet wird, ist immer die gleiche gemeint. Demnach hat man den populären Titel »Clash of civilization« falsch in »Kampf der Kulturen« übersetzt. Oder wird der Titel erst durch falsche Übersetzung richtig? Die Vielfalt der Kulturen macht ihren Kampf ja erst plausibel. Wahrscheinlich ist die begriffliche Differenzierung so leicht zum Opfer eines Stabreims geworden, weil der Unterschied zwischen Kultur und Zivilisation ohnehin kaum Bedeutung besitzt. Für die Betroffenen ist der Titel dann eher als Warnung zu verstehen, dass ihre Kultur die Einverleibung in die Zivilisation zu erwarten hat. *thc*

Die Daten zur Begriffsgeschichte wurden aus Raymond Williams, Keywords. A vocabulary of culture and society (Oxford University Press, New York 1983) sowie dem Duden (Bd.7, Etymologie, Mannheim 1997) entnommen.



Foto: aus »The global 500« von Oliver Ressler

Generalnenner Kultur

Warum die Kulturlinke auf Kapitalismuskritik verzichtet

von **Martin Janz**

Viele Linke haben sich von der materialistischen Gesellschaftskritik abgewandt und entdecken in der Populärkultur Ausdrucksformen von Widerstand. In der Repräsentation von Minderheiten, in der Aneignung von Popmusik, Mode oder Fernsehen entdecken sie subversive Potentiale. Damit gibt die Kulturlinke nicht nur die Unterscheidung von Kultur und Ökonomie auf. Sie verliert zudem den kritischen Bezug zum Gehalt von Kultur und Kunst, der über die bestehenden Verhältnisse hinaus weist.

▸ Ohne den Bezug auf Kultur scheint heute im akademischen Betrieb nichts mehr zu gehen. Der *cultural turn* innerhalb der Sozialwissenschaften, mittlerweile selbst Gegenstand wissenschaftlicher Forschung, soll den alten Begriff, der Kultur als von der Ökonomie getrennte Sphäre auffaßt, durch einen »neuen, anthropologischen Kulturbegriff, der die gesamten menschlichen Arbeits- und Lebensformen umfaßt« ersetzen. (FR, 8.6.99).

Auch die Linke hat ihren *cultural turn* vollzogen. Er besteht in der Überwindung des alten Basis-Überbau-Modells. Dieses Theorem war in seiner mechanistischen Variante, d.h. als starre Entgegensetzung und der aus ihr resultierenden Logik, Phänomene des kulturellen Überbaus aus der Ökonomie abzuleiten, immer schon Ausdruck einer verkürzten Theorie und deshalb zurecht Gegenstand linker Theoriedebatten. Heute jedoch wird unter Rückgriff auf Gramscis Hegemonie- und Foucaults Machttheorie der Gegensatz von ökonomischer Basis und kulturellem Überbau komplett über Bord geworfen zugunsten eines Begriffs von Kultur, der alle Lebensbereiche umfassen möchte. Theoretische Heimat der Kulturlinken sind die *cultural studies.*[1] Raymond Williams, mittlerweile einer ihrer Klassiker, prägte den richtungsweisenden Kulturbegriff – *culture as a whole way of life.*

In dieser Vorstellung wird Kultur zu jenem »Generalnenner«, wie er im Kulturbetrieb der industrialisierten Massenkultur aufgeht. Selbsternannte Experten, die Kulturkritiker, klassifizieren, verwalteten und bestimmen den Preis der zum »Kulturgut« versachlichten Werke. Dieser administrative Umgang der modernen Kulturmanager vermag selbst das seichteste Musical oder andere populärkulturelle Ereignisse zum hochkulturellen Erlebnis zu erheben. Ihren theoretischen Ausdruck finden diese Formen von Kulturalisierung im Konzept von »Kultur als Lebensweise« und in der Aufwertung von Populärkultur innerhalb der *cultural studies.* Kultur als Kunst weicht - einem Konzept von Kultur als Prozeß »bedeutungshervorbringender Formen und Praktiken«. Die Verfaßtheit der Gesellschaft als



Ganze jenseits einer »demokratisch-partizipativen Kommunikationsgemeinschaft«, wie sie die *cultural studies* begreifen, gerät so aus dem Blickfeld. Während ein materialistischer Kulturbegriff die gesellschaftlichen Sphären Ökonomie, Politik, Kultur als Erscheinungsformen einer in sich widersprüchlichen Einheit betrachtet, zerfällt – wie in jeder postmodernen Theorie – Gesellschaft auch in den *cultural studies* in die bloße Summe ihrer Einzelteile. Weil aber die Einzelteile kein für sich isoliertes Dasein führen, kommt auch postmoderne Theorie nicht umhin, Namen für das gesellschaftlich Ganze und die Vermittlungen der Einzelteile auszuweisen: Sprache, Macht oder aber Kultur.

Reich der Freiheit

► Mit dem akademischen und linken *cultural turn* soll die mit der neuzeitlichen Veränderung der Produktionsverhältnisse sich herausbildende Vorstellung überwunden werden, die Gesellschaft sei geteilt in einen Bereich des Notwendigen und Zweckmäßigen und in eine Sphäre, die den schönen Dingen des Lebens vorbehalten ist. Kultur ist in diesem Verständnis dem letztgenannten Bereich jenseits der materiellen Produktion und Reproduktion vorbehalten – der Sphäre des Schönen, Wahren und Guten, dem Reich der Freiheit.

Diese neuzeitliche Vorstellung von Kultur ist keine Erfindung des Bürgertums. Bereits Aristoteles denkt »das ganze Leben geteilt in Muße und Arbeit und Krieg und Frieden, und die Tätigkeiten (...) geteilt in notwendige und nützliche und in schöne« (zit. nach Marcuse, S. 56). Von der Sphäre der materiellen Reproduktion (Arbeit) getrennt, führen Ästhetik als Ort des Schönen und Guten und Philosophie als Ort des Wahren ein Eigenleben.

Obwohl das Wort »Kultur« ursprünglich sowohl Bodenbearbeitung als auch »Pflege der geistigen Güter meint« und damit die Sphäre der Handarbeit nicht eindeutig von geistiger Tätigkeit trennt, entspringt der bürgerliche Begriff der Kultur aus der »radikalen Trennung geistiger und körperlicher Arbeit« (Adorno), der Trennung von Handarbeit und Kopfarbeit. Dabei handelt es sich jedoch nicht um soziologische Kategorien, mit denen soziale Wirklichkeit beschrieben, d.h. geordnet und klassifiziert wird. Denn natürlich erfordert handwerkliche Arbeit (wie jede Arbeit) geistige Anstrengung, wie ja auch künstlerische Tätigkeit Arbeit ist. Durch »reines« Denken entsteht weder ein Kunstwerk noch ein philosophisches System. Sowohl künstlerisches als auch philosophisches Produzieren bedarf – um mit Karl Marx zu sprechen – der Verausgabung von Hirn, Muskel, Nerv. Mit der Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit ist jene fundamentale Spaltung innerhalb der Gesellschaft gemeint, die es ermöglicht, daß eine privilegierte Gruppe – sei's machtpolitisch durchgesetzt, sei's ökonomisch bedingt – von der unmittelbaren Produktions- und Reproduktionsarbeit freigesetzt ist und sich in der Lage sieht, sich Tätigkeiten zu widmen, die nicht primär dem materiellen Überleben ihrer selbst und der Gesellschaft dienen. Reines, abstraktes Denken ebenso wie reine Kunst sind Resultat einer solchen Klassenspaltung.

Im einheitlichen Kulturbegriff der *cultural studies* wird diese Trennung geleugnet, unmittelbare Einheit gemimt. Anstatt die Trennung von Ökonomie/Notwendigkeit und Kultur/Freiheit kritisch zu reflektieren, wird Kultur, wie dies in Ethnologie, Anthropologie und Soziologie üblich ist, als Summe aller Institutionen, Bräuche, Werkzeuge, Normen, Wertordnungssysteme, Präferenzen, Bedürfnisse usw. in einer konkreten Gesellschaft verstanden. »Kultur als Lebensweise« soll im Konzept der *cultural studies* den als elitär kritisierten Begriff von »Kultur als Kunst« ersetzen. Damit wird aber darauf verzichtet, die ihrem Selbstverständnis nach »zweckfreie Kunst« in ihrem negativen Bezug zur bestehenden Gesellschaft und ihrer Reproduktionsform zu untersuchen. »Denn kein authentisches Kunstwerk und keine wahre Philosophie hat ihrem Sinn nach je sich in sich selbst, ihrem Ansichsein erschöpft. Stets standen sie in Relation zu dem realen Lebensprozeß der Gesellschaft, von dem sie sich schieden.« (Adorno/a, S. 12) Gleichzeitig affirmiert Kultur diese Form der gesellschaftlichen Reproduktion. Die entrückte geistig-seelische Welt der Kultur verspricht den Menschen jenes Glück und jene Emanzipation, die ihnen im alltäglichen Lebenskampf versagt bleiben. Not, Leiden und Ungerechtigkeit dauern unterhalb der zum Akt der Feierstunde erhobenen kulturellen Sphäre fort (s. Marcuse).

Doch die im bürgerlichen Kulturbegriff formulierten Glücksversprechungen werden von Adorno und Marcuse nicht einfach als bloße Idee zurückgewiesen. Aus der Einsicht, daß die Trübsal des materiellen Lebens nicht alles gewesen sein kann, halten sie an den Ideen des Bürgertums in emanzipatorischer Absicht fest. Zwar wird im bürgerlichen Bewußtsein die Idee einer menschlichen Gestaltung der Gesellschaft von der Sphäre der materiellen Praxis abgespalten und ins transzendente Reich der Kultur verbannt, doch die Idee ist dadurch nicht desavouiert: Der bürgerliche Kulturbegriff bewahrt das Bild »einer Existenz, die hinausweist über den Zwang, der hinter aller Arbeit steckt« (Adorno/a, S.16). Materialistische Philosophie nimmt »die Sorge um das Glück ernst und kämpft um seine Realisierung« (Marcuse, S. 68). Das praktische Scheitern dieser Realisierungsversuche ist jedoch kein Argument dafür, das zum theoretischen Programm zu erheben, was sich mit der bürgerlich-affirmativen Kultur historisch ereignet: die Zurücknahme der Kultur in den materiellen Lebensprozeß. Diese Selbstaufhebung der Kultur vollzieht sich zum einen in der Indienstnahme der Kultur zum Zwecke der Propaganda im autoritären Staat, zum anderen in die Entwicklung zur vollständig kommerzialiserten Massenkultur – das Reich der Freiheit als Reich der Freizeit.

Reich der Freizeit

► Die zunehmende Verflechtung von Kultur und Ökonomie durch das Zur-Ware-Werden der Kultur im sich entwickelnden Kapitalismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – am weitesten fortgeschritten in den USA – wird 1944 im dortigen Exil von Adorno und Horkheimer als Kulturindustrie charakterisiert. Der Ausdruck Industrie bezieht sich dabei weniger auf den Produktionsvorgang selbst, als vielmehr auf die Standardisierung der kulturellen Waren und auf die Rationalisierung der Verbreitungstechniken. Kulturwaren richten sich – wie alle anderen Waren – primär nach dem Prinzip ihrer Verwertung und nicht nach ihrem Gehalt. Dadurch ebnet sich der Unterschied zwischen der Verwertungslogik des gesellschaftlichen Systems und der Logik des Werks (der Sache selbst) ein. Zwar existierte auch bürgerliche Kultur nicht außerhalb und unabhängig vom Markt, sondern war an dessen Voraussetzungen von jeher gebunden. Doch innerhalb der Kulturindustrie ändert sich der Warencharakter der Kunst derart, daß Kunst und Kultur als auto-



nome Bereiche aufhören zu existieren. »Kultur ist eine paradoxe Ware. Sie steht so völlig unterm Tauschgesetz, daß sie nicht mehr getauscht wird; sie geht so blind im Gebrauch auf, daß man sie nicht mehr gebrauchen kann. Daher verschmilzt sie mit der Reklame. .... Reklame wird zur Kunst schlechthin, mit der Goebbels ahnungsvoll sie in eins setzte, l'art pour l'art, Reklame für sich selber, reine Darstellung gesellschaftlicher Macht« (H/A, S.145f).[2] Kulturwaren werben für sich selbst – wie etwa Musik, die qua Rundfunk verbreitet wesentlich der Reklame von Tonträgern dient, die man kaufen muß, um Musik hören zu können. Sie werben gleichzeitig für die verwaltete Welt: »Der kategorische Imperativ der Kulturindustrie hat, zum Unterschied vom Kantischen, mit der Freiheit nichts mehr gemein. Er lautet: du sollst dich fügen, ohne Angabe worein; fügen in das, was ohnehin ist, und in das, was, als Reflex auf dessen Macht und Allgegenwart, alle ohnehin denken.« (Adorno/b, S.67)

Der emanzipatorische Gehalt von Kunst und Kultur könnte hingegen darin bestehen, daß im Kunstwerk Subjektivität nicht einfach bloß in der Form reproduziert wird, wie sie in der kapitalistischen Gesellschaft vorliegt – als Subjektivität, die die anderen Individuen nur als Objekt wahrnehmen kann –, sondern daß im Kunstwerk die Form einer gesellschaftlichen Beziehung der Individuen vorscheint, die sich von der verdinglichten fundamental unterscheidet. Eine Kritik von Kultur als Ware reflektiert die gesellschaftlichen Kräfte, die einer solchen nichtverdinglichten Subjektivität entgegenstehen. Zugleich wird kulturindustriell verordnetes Amüsement radikal angegriffen: »Amusement ist die Verlängerung der Arbeit unterm Spätkapitalismus... Fun ist ein Stahlbad. Die Vergnügungsindustrie verordnet es unablässig.« (H/A, 123/126) In diesen Auffassungen sehen Vertreter der *cultural studies*, denenzufolge »der lustvolle Umgang mit Populärkultur eine produktive Form des Widerstandes sein kann« (Winter, S.38), das ressentimentgeladene Werk von ewiggestrigen verspießerten bildungsbürgerlichen Spaßverderbern. Hatte die Kritische Theorie noch ein Bewußtsein von der Dialektik der Kultur – »Von Kultur reden war immer schon wider die Kultur« – und ein Bewußtsein davon, daß in der industriellen Kultur alle Bereiche der geistigen Produktion dem Zweck unterliegen, eine Subjektivität herzustellen, die sich nahtlos in die Waren- und Reklamewelt einfügt, affirmiert die kulturalistische Wende diesen Prozeß der Vereinheitlichung. Im Basis-Überbau-Modell klang noch der Unterschied von Ökonomie und Kultur an, der es ermöglichte, die Warenform zu reflektieren, die sowohl Ökonomie als auch Kultur beherrscht. Da die Kulturtheorie diesen Unterschied aus dem Denken verbannt und Kultur als »diskursive Formation« begreift, steht ihr nunmehr ein Begriff von Kultur zur Verfügung, der den Prozeß der Vereinheitlichung und Standardisierung der Kultur ins Denken verlängert. Kultur wird so zur Universalkategorie einer Theorie, die ihrem Selbstverständnis nach Universalkategorien zugunsten von Partikularität und Singularität zu überwinden meint.

Gesellschaft zerfällt den cultural studies in die Summe ihrer Einzelteile

Reich des Pop

▶ Die Selbstaufhebung der bürgerlichen Kultur in Kulturindustrie »zwingt auch die jahrtausendelang getrennten Bereiche hoher und niederer Kunst zusammen.« (Adorno/b, S.60) Als voneinander nicht immer klar abgegrenzte Marktsegmente lebt die Differenz zwischen hoher und niederer Kultur fort, zum Beispiel als Unterschied zwischen U- und E-Musik. Doch sie ist mehr »als die Grenze zwischen zwei Marktsegmenten – sie hat in der Produktion ihren Sitz, und bis dorthin reicht die beschwingte Adorno-Kritik (...) meist nicht«.[3] Die postmoderne Kulturlinke und die *cultural studies* analysieren die Differenz zwischen Hoch- und Populärkultur, deren Grenzen immer fließend sind, nicht mehr als realen Schein des gesellschaftlich Ganzen. Sie erklärt die Trennung zur bloßen Illusion und Hochkultur zur überholten bildungsbürgerlichen Idee und löst so das widersprüchliche Verhältnis von Hoch- und Popkultur in der Populärkultur auf. Sie engt damit – doch das sei nur am Rande erwähnt – das eigentlich allgemein gedachte Konzept der *cultural studies* – »Kultur als Lebensweise« – auf popkulturelle Praktiken ein.

Populärkultur erheischt so im kulturalistischen Denken der neuen Linken jenen exklusiven Stellenwert, den hohe Kultur als Ort der aus der materiellen Praxis verlagerten Glücksversprechungen und menschlicher Werte im bürgerlichen Bewußtsein inne hatte. Die in der Aneignung von Populärkultur alltäglich auftretenden »Widerständigkeiten« werden zum zentralen Forschungsfeld der *cultural studies*, das sie auf der Suche nach subversiven Potentialen durchpflügt. Tatsächlich subversiv jedoch wäre der Genuß, »der vom Tauschwert sich emanzipiert« (Adorno/c, S.20). Doch die Kulturlinke hat sich davon verabschiedet, Kultur und Gesellschaft im Kontext der marxschen Wertkritik zu reflektieren. Begriffe wie Tauschwert und Gebrauchswert sind dem kulturalistischen Paradigmenwechsel zum Opfer gefallen. Es fehlen damit jegliche Kriterien zur Beurteilung des subversiven Gehalts popkultureller Artefakte. So füllt dann etwa das »Nichtmitmachen« diese Leerstelle und avanciert zum Synonym für Widerständigkeit, wie das Beispiel der Rezeption von HipHop zeigt: »HipHop ist eine nur noch antiintegrationistische Musik, das ist ihr Nenner, das ist das, was alle ihre Anhänger auf der ganzen Welt eint: nicht mitmachen« (Diederichsen, S.54). Im Anschluß räumt Diederichsen selbst ein: »Aber jede Negation führt zu Positionen, und die reichen dann von neoutopischen Linken Ideen, über Separatismus, religiösen Wahn und Nationalismus bis zum individualistischen (Gangster) Karrierismus« (ebd.). Weshalb HipHop zunächst »nur noch antiintegrationistisch« sein soll und erst in der Folge rassistisch oder nationalistisch rezipiert wird, mag nicht so richtig einleuchten, zumal der Autor ein paar Seiten zuvor einräumt: »HipHop ist von Anfang an verstrickt« (S. 11). Trotz dialektischer Versatzstücke, die durch die Texte des Kulturlinken geistern (jede Negation führt zu Positionen), scheint er es mit Widersprüchen nicht so genau zu nehmen.

Reich der Politik

▶ Mit HipHop geht ein neues Verständnis von Politik einher. War die »idealistische Musik« des Rock'n'Roll verknüpft »mit Utopien, mit Kommunismus«, »steht im Mittelpunkt von HipHop die Rettung des Bestandes, im Zweifelsfall des eigenen Lebens« (ebd.). Während Politik zur Zeit des Rock'n'Roll die falschen Verhältnisse überwinden und die Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft verwirklichen wollte, geht es heute in Politik und Musik in erster Linie darum, Formen zu (er)finden, in denen gesellschaftliche oder

ethnische Gruppen bzw. Minderheiten sich darstellen können. Postmoderne Identitätspolitik (Politik der Lebensstile) geht davon aus, daß Politik und Kultur nicht zu trennen sind. Innerhalb der kulturalistischen Wende übernimmt Diederichsen zufolge Pop die Funktion einer neue Darstellungsform linker Politik. Pop, so Diederichsen in einem sechs Jahre nach seinen Texten zu HipHop veröffentlichten programmatischen Text, habe »Bilder, Stimmungen und Metaphern von Verhältnissen« und mache sie »diskutierbar, bevor sie abstrakt erfaßt sind.« Denjenigen, die diese poppige Darstellung liefern, gelinge eine »prägnante Darstellung von Zusammenhängen, die noch nicht gesehen wurden und werden konnten.«

Hat die Linke erst die »Unmöglichkeit, Politik zu machen, ohne Kultur zu betreiben« eingesehen, dann, so Diederichsen, besteht die Möglichkeit zu einem »Programm für eine nichtidentitäre Politik der Kultur und der Lebensformen.« Zudem sei es falsch, den Pop- bzw. Kulturlinken vorzuwerfen, sie würden Politik durch Kultur ersetzen, weil noch jede politische Bewegung ihren eigenen Lebensstil pflege und ohnehin eine bestimmte »Kultur« (Sprache, Kleidungscode, Verhaltensnormen etc.) mit sich brächte. Hier ist Diederichsen in gewisser Weise zuzustimmen, denn tatsächlich kommt in der Popkultur die herkömmliche linke Politik erst zu sich selbst. Im Prinzip entsprach der Großteil der linken Politik nach 68 bereits einer Politik der Lebensformen. Autonomes Scene-Outfit und Punk-Musik, Internationale Solidaritätsbewegung mit ihrer Begeisterung für Latino-Musik, Anti-Atomkraft- und Friedensbewegung mit ihrer Vorliebe für folkloristische Klänge heimischer Liedermacher – die Liste der linken »Kulturpolitik« ließe sich beliebig fortsetzen. Doch sollte daraus nicht gefolgert werden, die Traditionslinke sollte endlich einsehen, »daß der blinden und uneingestandenen oder unterkomplexen Kulturpolitik der Linken endlich ein der Höhe ihres Anspruchs an sich selbst und an gesellschaftliche Entwürfe entsprechendes Aufmerksamkeitsniveau sich zugesellen müßte. So daß man endlich mit einer Politik anfangen kann, die sich keine Gedanken mehr zu machen braucht um ihr unwissentlich mitgeschlepptes ideologisches Gepäck in Gestalt von 'linker Kultur'« (S.54).

Eine so vom ideologischen Ballast befreite, zu sich selbst gekommene Politik braucht sich keine Gedanken mehr darüber zu machen, wie es sich mit dem Verhältnis von warenförmiger Gesellschaft und reklameförmiger Kultur verhält. Beide lassen sich im Konzept der Kulturlinken nicht voneinander unterscheiden. Alles ist Ware. Alles Kultur. Hatte die Kritische Theorie noch ein Bewußtsein davon, daß mit der Reklameform der Kultur nicht das Ende der Geschichte erreicht ist, daß es mit anderen Worten zwar kein richtiges Leben im falschen, dafür aber innerhalb der Kultur, sosehr sie auch Ware ist, den Vorschein einer diese falsche Form der Vergesellschaftung transzendierenden Individualität geben kann, hat sich die Kulturlinke mit ihren begrifflichen Instrumentarium der bestehenden Gesellschaft ganz und gar verschrieben. Voll auf der Höhe der Zeit, ergänzt sie die an allen Orten zu beobachtende Kulturalisierung und verklärt Populärkultur »als Ort von Befreiungskämpfen« (Diederichsen). Und eben darin besteht der affirmative Charakter der Popkultur. Wie jedes Unternehmen, das etwas auf sich hält, sich als Kunstmäzen inszeniert, jede Nation sich als Kulturnation (einschließlich Staatsminister für Kultur) präsentiert, jede regionale oder nationale Kultur in ein multikulturelles Gewand schlüpft, genauso sieht sich eine Linke, die »Politik machen« will , in der postmodernen Politik der Lebensformen dargestellt oder verwirklicht.

Populärkultur wird als »Ort von Befreiungskämpfen« verklärt

Anders als materialistische Kritik, die die kapitalistische Gesellschaft als falsche Allgemeinheit kritisiert und alle Verhältnisse abschaffen will, in denen der Mensch ein geknechtetes und erniedrigtes Wesen ist – Formulierungen, die der Popdiskurs nur noch mit einem höhnischen Lächeln quittiert –, bestreitet die Kritik der Kulturlinken die Existenz jeglicher Allgemeinheit und erklärt sie zur Projektion einer falschen Theorie. Außerhalb gesellschaftserklärender »Großtheorien«, womit insbesondere der Marxismus gemeint ist, komme der Allgemeinheit keine Realität zu. Postmoderne Politik hat so auch das Verhältnis von Besonderem und Allgemeinem, zwischen denen Politik traditionellerweise vermitteln möchte, ins Museum verbannt. In seiner sozial-demokratischen Variante drückte sich dieses Verhältnis im Anspruch einer benachteiligten Gruppe oder Klasse aus, ihre besonderen Interessen und Bedürfnisse zum Allgemeinen zu erheben; in der radikal-demokratischen Fassung als die Utopie allgemeiner Freiheit, derzufolge individuelle Freiheit nur möglich ist, wenn die Freiheit aller realisiert ist.[4] Postmoderne Politik der Lebensstile hat demgegenüber die Dialektik von Besonderem und Allgemeinem insofern stillgestellt, als ihr Ziel allein darin besteht, jeder besonderen Gruppe gleichberechtigt ihren Platz im gesellschaftlich Ganzen zuzubilligen. Das Spiel der Differenzen innerhalb der Pluralität der Kämpfe führt aber zur stillschweigenden Preisgabe der Kritik des Kapitalismus als ein globales gesellschaftliches System. Das falsche Ganze wird so als unüberwindbar hingenommen.

Beim lustvollen Umgang der kulturalisierten Linken mit den »kleinen Unterschieden« werden die großen begrifflich eingeebnet. Ökonomie und Kultur existieren zwar nicht unabhängig voneinander, sind aber gleichwohl mit relativer Autonomie ausgestattete Momente der kapitalistischen Gesellschaft. Als solche sind sie voneinander zu unterscheiden. Mit dem Generalnenner Kultur, einer im postmodernen Denken eigentlich verpönten Universalkategorie, kann diese Differenz jedoch nicht reflektiert werden. Kultur, nicht mehr als in Form und Inhalt die kapitalistische Vergesellschaftung reproduzierend, d.h. als Ideologie begriffen, sondern als diskursive Formation verstanden, entzieht sich einer Kritik, die sich nicht damit zufrieden gibt, das postmoderne Spiel der Differenzen und die Vergnügungen populärkultureller Praktiken zum Maß des Erreichbaren zu erheben.

Anmerkungen:

1 Zur Enstehungsgeschichte der *cultural studies* siehe Dominik Bloedner, Cultural studies – *Ein einführender Überblick*, in: *iz3w 225*. Desweiteren das Kapitel *Von »Kultur als Lebensweise« zu populären Künsten und ihrem Publikum: Die britischen Cultural Studies, ihre Wanderung in die USA und ihre gegenwärtige Rezeption in Deutschland*, in: Christine Resch, Die Schönen Guten Waren, Westfälisches Dampfboot, Münster 1999

2 Die Verschmelzung von Kunst und Reklame bestätigt sich heute in jeder Werbepause und wird sinnfällig, wenn im neuen VW-Werk in Dresden eine riesige Glaswand den Verkaufsbereich von der direkt angeschlossenen, betriebseigenen Oper trennt.

3 Gerhart Scheit, *Roll over Adorno? Kleine Musikgeschicht des Fordismus*, in: Mülltrennung. Beiträge zu Politik, Literatur und Musik (eine gekürzte Fassung erschien unter dem Titel Der Rhythmus des Fordismus in *iz3w 231/32*). Scheit zeigt, wie man mit Adorno die Entstehung des Jazz als musikalischen Ausdruck der Entwicklung des fordistischen Arbeitsregimes begreifen kann: im Zusammenhang mit der Durchsetzung der abstrakten Arbeit als Universalkategorie der Gesellschaft.

4 Es geht mir nicht darum, traditionelle Politik gegen postmoderne Postpolitik stark zu machen. Hier ist nicht der Ort, traditionelle Politik einer materialistischen Kritik zu unterziehen.

Zitierte Literatur:

- Max Horkheimer/Th.W. Adorno: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. 1971
- Herbert Marcuse, Über den affirmativen Charakter der Kultur, in: Kultur und Gesellschaft I, S. 56-100
- Th.W.Adorno (a), Kulturkritik und Gesellschaft, in: Prismen, Frankfurt/M. 1987, S. 7-26
- ders. (b), Résumé über Kulturindustrie, in: Ohne Leitbild. Parva Aesthetica, Frankfurt/M., 1967, S. 60-70
- ders. (c), Über den Fetischcharakter in der Musik und die Regression des Hörens, in: Dissonanzen. Musik in der verwalteten Welt, Göttingen 1991, S. 9-45
- Rainer Winter, Spielräume des Vergnügens und der Interpretation, in: J. Engelmann (Hg.), Die kleinen Unterschiede, S. 35-48
- Dietrich Diederichsen, Schwarze Musik und weiße Hörer, in: Freiheit macht arm, S. 53-96

▶ **Martin Janz** ist Mitarbeiter im **iz3w.**

Von Spaßverderbern und Hedonisten

Die deutsche Linke und die Populärkultur

von **Dominik Bloedner**

Die einen suchen das Widerständige in der Populärkultur, ohne deren Marktförmigkeit zu kritisieren. Die anderen verurteilen Populärkultur als angepaßt, ohne ihr subversives Potential zu berücksichtigen. Einen Ausweg aus den falschen Alternativen – Kulturpessimismus einerseits, Affirmation des Status Quo andererseits – könnte die Vermittlung von Kritischer Theorie und Cultural Studies aufzeigen.

► Die deutsche Linke tat sich schon immer schwer mit populärer Kultur. Lange Zeit war Adornos und Horkheimers Theorie von der Kulturindustrie ihr einziger Zugang. Populärkultur im allgemeinen und Massenmedien im besonderen werden lediglich bezüglich ihrer Funktion als soziale Kontrollinstrumente kritisiert. Sie führen zur vollständigen Integration der Konsumenten, die ihr Vergnügen mit der totalen Manipulation des Bewußtseins teuer bezahlen müssen. Individualität geht wegen der standardisierten und warenförmigen Produktion kultureller Artefakte vor die Hunde, genauso wie die letzte Ahnung von Widerstand in Resignation sich verflüchtigt. Aufklärung also als Massenbetrug, wie der Untertitel der Kulturindustriethesen zu verstehen gibt.

Dem heute noch virulenten kritischen Geist aus Frankfurt haben sich mittlerweile andere Annäherungen an die Popkultur hinzugesellt. Die aus dem englischsprachigen Raum importierten und von Teilen der Linken und Ex-Linken begeistert aufgenommenen Cultural Studies füllen auch hier mittlerweile Bücherregale und befinden sich in den Anfängen einer akademischen Institutionalisierung. Was in den sechziger Jahren als explizit marxistisches Projekt auf den Plan trat, hat mittlerweile viel von diesem Erbe als 'ideologischen Ballast' entsorgt (vgl. *iz3w 225*). Zwar sind die Cultural Studies nach wie vor ein sehr heterogenes Gebilde mit politischem Anspruch – in ihrer extremsten und banalsten Ausprägung predigen sie jedoch das genaue Gegenteil der Kritischen Theorie. Sie befinden sich damit in ungewollter Komplizenschaft mit dem kapitalistischen mainstream: Statt von Ideologie, Manipulation und Vergesellschaftung wird nun emphatisch von totaler Konsumentensouveränität gesprochen, statt vom Wachhalten einer transzendentalen Utopie durch eine elitäre Kultur von unsichtbaren, individuellen Ermächtigungsstrategien innerhalb der Massenkultur. Alle Konsumenten bewegen sich demzufolge lustvoll und widerständig in der kapitalistischen Warenwelt, um durch subversive Identitätskonstruktionen, shopping oder Umcodierungen von Medienbotschaften den Herrschenden ein Schnippchen zu schlagen. An die Stelle einer möglichen Überwindung des Bestehenden tritt eine Politik der kleinen Schritte innerhalb desselben. John Fiske, einer der Hauptvertreter dieses Subversionsmodells, glaubt nicht mehr, »daß sich der Kapitalismus umstürzen lassen wird. Er ist zu flexibel, und er tut das, was er tut – seine eigene Macht zu erhalten – zu gut. Daher denke ich, daß er eher für Veränderungen auf der Mikroebene offen ist, Veränderungen von innen, Evolution von innen, für langsame Verschiebungen und nicht Revolution« (Fiske in Engelmann, S.188). Cultural Studies also als zeitgemäßer und wirkungsmächtiger Widerstand, oder doch nur das »Beratungsbüro der Kulturindustrie«, wie es die Zeitschrift Spex einmal befürchtet hat?

Kulturkritik versus Mikropolitik

► Diese oft nur polemisch geführten Debatten erinnern an einen Glaubenskampf. Unversöhnliche Positionen, unterschiedliche Menschenbilder (hier der passive Empfänger von Medienbotschaften, dort die aktive und wohlüberlegt subversive Konsumentin) und gänzlich unvereinbare Politikvorstellungen (elitäre Kritik versus Populismus) prallen aufeinander. Es kreist immer um die Frage, ob es ein richtiges Leben im falschen gibt und welche Rolle der Popkultur dabei zukommen könnte. Die Antworten darauf wiederholen im Einklang mit den entsprechenden Vorannahmen die altbekannten Argumente, egal um welche konkreten Phänomene es auch gehen mag. Auch scheint es fast so, als würden die bis heute mitgeschleppten Grundfragen der Linken hier aufs neue verhandelt. Früher stritt man sich, ob Radikalismus oder Reformismus der Königsweg linker Politik sei. Heute heißt das eben: Kulturkritik versus Mikropolitik.

Egal wie man sich nun innerhalb oder gegenüber der Popkultur verhält, ständig könnte einen ein Schuldgefühl beschleichen. Wenn die Begriffe »Ideologiekritik« oder »Kulturindustrie« fallen, dann ist man für die einen eine ewiggestrige Spaßbremse mit elitärem Kulturbegriff. Wenn man aber von »genußvollen Praktiken« und »Subversion auf der Ebene der Zeichen« spricht, dann werden von der anderen Seite sogleich Vorwürfe des Hedonismus laut. Statt sich für die eine oder andere Position zu entscheiden, sollte man sich dann vielleicht besser auf die Suche nach einem Ausweg aus den falschen Alternativen Kulturpessimismus und esoterische Kritik einerseits, Status Quo-Affirmation und politische Selbstüberschätzung andererseits machen, wie Diedrich Diederichsen es gefordert hat.

Es bringt natürlich nichts, dem Ermächtigungsargument unreflektiert anzuhängen. Auch Popkultur um ihrer selbst Willen abzufeiern »trägt bestenfalls zur dekorativen Verdichtung der Welt bei, nicht zu ihrem Verständnis« (Diederichsen, 1999, S.66). Die Kritik an dieser Art von Cultural Studies ist mehr als berechtigt, denn »wenn das Anhören einer Platte umstandslos für etwas widerständlerisches gehalten wird, dann bedeutet Widerstand rein gar nichts« (Frith in Engelmann, S.171). Ähnlich kann man dem verwandten Postkolonialismus begegnen, der viel zu laut und viel zu oft Entwurzelung und Hybridität mit Oppositionalität gleichsetzt (vgl. *iz3w 223, 224 und 228*). Paul Gilroy sagte einmal zurecht in diesem Zusammenhang:



»Ein Leben im Exil ist oftmals ein bitterer, sehr ambivalenter Prozeß. Deshalb darf Diaspora auch nicht einfach zu einem Synonym für Reisen werden.« (Gilroy in Engelmann, S.146) Ebenso muß man dem gegenwärtigen Hype um kulturelle Differenzen und der Blauäugigkeit von Identitätspolitik entgegentreten. Denn zu einer Zeit, »wo ein Gedanke an ein mögliches Ende des Kapitalismus den Horizont der sozialen Phantasie überschreitet«, lassen diese Scheingefechte »die grundlegende Homogenität des kapitalistischen Weltsystems intakt.« Man bleibt auf der Ebene der kulturellen Repräsentation festgenagelt, wenn man sich damit zufrieden gibt, nur die »politisch korrekten Kämpfe für das Recht der ethnischen Minderheiten, der Schwulen und Lesben oder abweichender Lebensstile (zu führen), während der Kapitalismus seinen Triumphzug fortsetzt« (Zizek, S.53).

Waren....

► Kultur und Repräsentationstechniken sind eben auch nur Waren, und an diesem Diktum der Kritischen Theorie können sich selbst die Cultural Studies nicht vorbeischleichen. Temporäre subkulturelle Eruptionen – Punk, HipHop, riots jeder Art – oder andere 'Erfolge' in der Auseinandersetzung um Diskursverschiebungen können darüber nicht hinwegtäuschen. Fast schon zwangsläufig mußte die sexuelle Befreiung von 1968 in die Porno-Industrie der siebziger Jahre münden, genauso wie sich die linke Diskussionskultur der Wohngemeinschaften und politischen Gruppen bestens in das postfordistische corporate management einfügt. Der Kapitalismus braucht Abwechslung und weiß mittlerweile alles Differente zu schätzen und zu kapitalisieren. Wer sich einer identitätspolitischen Andersheit versichern will, findet sich oft – und manchmal auch glücklich – inmitten derselben Gesellschaft wieder, gegen die man früher lautstark angetreten ist. Die schwule Identitätspolitik in den USA ist ein Beispiel dafür: Was einst eine wichtige Artikulation von Stigmatisierten und Ausgegrenzten war, ist heute zu einem gern gesehenen und unverzichtbaren Wirtschaftsfaktor in San Francisco verkommen, das zwar noch wacker die Regenbogenfahne in den Immobilienbüros und Computerläden an der Castro Street hochhält, die Kritik an der Gesellschaft aber bei dieser symbolischen Geste beläßt. Man braucht sich also keine übertriebenen Illusionen über das emanzipatorische Potential von Sub- und Gegenkulturen zu machen, denn all diese Entwicklungen sind bereits zu ihrer »Geburtsstunde von einer gnadenlosen und häßlich-banalen Käuflichkeit geküßt« (Diederichsen, 1999, S.11). Punktsieg also für die Kritische Theorie? Nicht unbedingt.

... und doch mehr als Waren

► Denn Kultur ist trotz des Warencharakters immer zugleich mehr als nur eine Ware und damit nicht von vorne herein kompromittiert. Erinnert sei hier auch an die Hoffnungen, die Adorno in die Kompositionen von Alban Berg setzte. Nur avantgardistischer Kunst erkannte er das Potential zu, sich der fordistischen Standardisierung zu entziehen und damit letzte Reste einer Utopie zu bewahren. Vielleicht ist Popkultur im Anfangsstadium ja auch noch unschuldig, denn sie ist der Theorie und der Vereinnahmung immer einen Schritt voraus: »Pop hat Bilder, Stimmungen und Metaphern von Verhältnissen und macht sie so diskutierbar, bevor sie abstrakt erfaßt sind« (Diederichsen, 1998, S.41). Die Cultural Studies können mehr sein als der Kampf einer gut ausgebildeten akademischen Mittelschicht um kulturelle Distinktionsgewinne. Ungeachtet des gegenwärtigen Booms, der fortschreitenden Institutionalisierung und der Tendenz zur De-Politisierung ist in ihnen ein Potential vorhanden, auf das die Linke sich einlassen sollte, anstatt es dem herrschenden Wissenschaftsbetrieb oder der Politikberatung zu überlassen. »Kultur«, »Macht« und

»Politik« zusammenzudenken – das kann man auch tun, ohne gleich ein frustrierter Linker zu sein, der sich auf das Reich des Pop zurückzieht und dort größenwahnsinnig die Schlüssel für die Emanzipation der Menschheit bereithält.

Cultural Studies müssen nicht zwangsläufig »eine Obsession mit der Populärkultur an die Stelle kohärenten ökonomisch-politischen Denkens oder eine Verbindung mit mobilisierbaren Bevölkerungsteilen außerhalb der akademischen Welt (setzen)« (Gittlin, S. 351). Unzählige Arbeiten, wie beispielsweise die von Douglass Kellner in den USA zu Hollywood-Filmen oder die von Angela McRobbie in Großbritannien zur Modeindustrie, stehen für einen Strang der Cultural Studies, bei dem sich Ideologiekritik und die Beschäftigung mit (Re-)Produktionsbedingungen mit einem Interesse für Populärkultur durchaus vereinbaren lassen. Kellner thematisiert die Ambivalenzen zwischen dominanten ideologischen Diskursen und subjektiver, kritischer Lesart sowie die Rückkopplung des Subjektiven an soziale Bewegungen. McRobbie geht es um eine ökonomische und feministische Analyse weiblichen Konsums, die die Wunschvorstellung von ästhetisch-subversiver Identitätskonstruktion auf den Boden der Tatsachen zurückholt (vgl. McRobbie in Engelmann, S. 202-227). Der Macht der Konsumenten wird hier also ebenso wenig das Primat eingeräumt wie von Seiten der Kritischen Theorie.

Kritik um ihrer selbst willen....

▶ Deren Nachfolger machen es sich diesbezüglich viel zu einfach. Kritik wird oft nur um der Kritik willen geübt. Das verhindert eine Beschäftigung mit der Kultur selbst, sei es mit der Massenkultur oder mit der von ihnen hochgehaltenen bürgerlichen Kultur. Denn »nur wer aufgrund fertiger philosophischer Systeme schon weiß, wo es langgeht, ist nicht gezwungen, den letzten verbliebenen Spuren einer Artikulation der ... Popkultur seine Aufmerksamkeit zu schenken« (Diederichsen, 1999, S.66). Und wer sich in elitären, feinsinnigen und für die wenigsten nachvollziehbaren Abstraktionen verliert und sich theoretisch nahezu unangreifbar in seinen Elfenbeinturm zurückzieht, der kann natürlich auch nicht neue, unbekannte Phänomene einer differenzierteren Betrachtungsweise unterwerfen, eine vielleicht streitbare Position beziehen oder gar den Anspruch auf eine politische Außenwirkung erheben. Die Argumentationsmuster werden die gleichen bleiben wie zu Zeiten Adornos, und ungeachtet seines »tragischen Bewußtseins« drängt sich der Eindruck auf, daß man sich immer wieder gern bestätigen läßt, zu einer von der Kulturindustrie betrogenen Spezies zu gehören. Ein Einlassen auf Popkultur macht in dieser hermetischen Logik auch gar keinen Sinn, denn Kulturindustrie schlägt ja bekanntlich alles mit Ähnlichkeit. Unterschiede in der Popkultur – sei es jetzt Nazirock, HipHop oder Techno – können so nicht wahrgenommen werden. Punktsieg also für den Kapitalismus und den populistisch-affirmativen Strang der Cultural Studies? Oder doch ein Unentschieden?

.... oder als Werkzeugkasten

▶ Was aber wäre, wenn es die Kritische Theorie nicht gäbe? Kulturkritik sorgt zumindest dafür, daß wir immer wieder daran erinnert werden, in einer Gesellschaft zu leben, in der es Kultur und allen anderen sozialen Beziehungen droht, erbarmungslos den Gesetzen der Warenförmigkeit unterworfen zu werden. Bei »Kulturindustrie« geht es eben nicht nur, und das wird von ihren Kritikern nur allzu oft vergessen, um den »Verblendungszusammenhang«, sondern stets auch um eine Form der Vergesellschaftung, an der wir viel erkennen können (vgl. hierzu Steinert). Kulturkritik in diesem Sinne also als 'Werkzeugkasten' für die Cultural Studies? Warum nicht, auch wenn das der Logik der Kritischen Theorie zuwider läuft. Wenn ihre gegenwärtigen Vertreter schon selber wenig mit ihr anfangen, dann sollten sich zumindest Außenstehende ihrer bedienen.

Das würde den Kritikern mehr Weltzugewandheit ermöglichen und bei denjenigen, deren Denken mit Begriffen wie »symbolischer Widerstand«, »aktiver Konsum« und »Ermächtigung« endet, Selbstreflektion und Bescheidenheit anmahnen. Eine Reduktion der Konsumenten auf den Status von Lemmingen muß dies genauso wenig beinhalten wie Spaß an der Popkultur ausschließen. Denn vielleicht gibt es ja so etwas wie ein »allegorisches Vergnügen« von dem Rainer Winter schreibt, es sei »nicht nur für sich selbst ... sinnvoll und wünschenswert, sondern steht ... (gleichzeitig) auch für die Gestalt der Utopie und damit für eine Transformation gegebener kultureller und gesellschaftlicher Verhältnisse« – ein kritisch-selbstreflexiver und auch produktiver statt eines rein affirmativen Umgangs mit Populärkultur (Winter in Engelmann, S.38f.). Statt sich scheinbar zynisch mit dem Ist-Zustand abzufinden oder sich in der Kulturindustrie wohl zu fühlen wie ein Fisch im Wasser, ist eher Analyse und Kritik derselben gefordert. Gründe hierfür gibt es zu Genüge, seien es die gegenwärtigen Monopolisierungstendenzen, sei es das Nord-Süd-Gefälle oder sei es die unbestreitbare Wirkungsmächtigkeit der herrschenden ideologischen Diskurse.

Popkultur ist heutzutage viel zu wichtig, als daß man sie entweder ignorieren oder kritiklos abfeiern könnte. Nicht nur, daß Symbol- und Stimulanzproduktion gegenwärtig wirtschaftliche Wachstumssektoren darstellen, der Kampf um kulturelle Repräsentationen ist eine durchweg politische Angelegenheit. Auch die herrschende Politik hat dies schon lange erkannt: Rassistische Ausgrenzungen werden mit kultureller Unvereinbarkeit begründet, Wahlkämpfe als Pop-Events und Politiker als Pop-Stars einer neuen deutschen Spaßkultur gefeiert, und Kultur selbst wird immer mehr als Selbstdarstellung von Macht mißbraucht. Identitätspolitik marginalisierter Gruppen, die in enger Verbindung mit Popkultur steht, ist vor diesem Hintergrund eine schlichte Notwendigkeit. Auch Adorno war ja jedem Aufflackern von Humanität gegenüber durchaus aufgeschlossen, auch wenn sein kritisches Bewußtsein eine aktive Teilnahme an Bewegungen wie der von 1968 verbot. Die Cultural Studies und soziale Bewegungen hingegen bewegen sich innerhalb dieses altbekannten Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis und machen sich deshalb angreifbar, wie die Fallstricke postmoderner Identitätspolitik zeigen. Diese Artikulationen aber von vorne herein in Grund und Boden zu verdammen, wird der Sache nicht gerecht. Es sei denn, die Cultural Studies verkommen immer mehr zu einer etablierten Wissenschaft, für die der Markt ein neutrales Feld ist, auf dem man unbeschwert symbolische und semantische Auseinandersetzungen führt, für die Klassengegensätze natürlich sind und für die der Kapitalismus ein ahistorisches und deshalb nicht mehr zu kritisierendes Phänomen ist. Die Kritische Theorie kann hier einen wichtigen Beitrag leisten, denn ihr geht es nicht in erster Linie darum, anderen Leuten den Spaß zu verderben, sondern sie vielmehr trotz ihres optimistischen Glaubens an mögliche Veränderungen wieder an kritische Einschätzungen der Konsum- und Medienwelt heranzuführen.

Literatur:

- Diedrich Diederichsen: Der Boden der Freundlichkeit. Von der Unmöglichkeit Politik zu machen, ohne Kultur zu betreiben, in: Die Beute, Neue Folge Nr.1, Berlin, 1998, S.37-54
- Diedrich Diederichsen: Der lange Weg nach Mitte. Der Sound und die Stadt, Köln 1999
- Jan Engelmann (Hg.): Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies Reader, Frankurt a.M. / New York, 1999
- Todd Gittlin: Opium fürs Akademikervolk? Der antipolitische Populismus der Cultural Studies, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/99, Bonn, S.344-353
- Douglass Kellner: Media Culture. Cultural Studies, Identity and Politics between the Modern and the Postmodern, London / New York, 1995
- Heinz Steinert: Kulturindustrie, Münster, 1998
- Slavoj Zizek: Das Unbehagen im Multikulturalismus, in: Das Argument, Nr. 224, Hamburg 1998, S.51-63

▶ **Dominik Bloedner** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Im Reich des Ungewissen
Aneignungen von Populärkultur im Süden

von **Rainer Winter**

Lange Zeit war Kulturimperialismus einer der Schlüsselbegriffe in den Debatten um die Nord-Süd-Beziehungen. Dabei – so die Position der Cultural Studies – wurde jedoch übersehen, daß Kultur keinesfalls in Form einer Einbahnstraße über die Welt kommt. Die Menschen im Süden und anderswo sind keine passiven Empfänger von eindeutigen Botschaften. Ihre aktive Auseinandersetzung mit den Medieninhalten in den Blick zu nehmen, eröffnet vielmehr das Verständnis für einen dynamischen, prozessualen Kulturbegriff.

► Als der Globetrotter und Schriftsteller Paul Theroux die Solomoninseln besuchte, stellte er fest, daß Rambo dort ein Volksheld ist und daß auch abgelegen wohnende Dorfbewohner mittels eines Generators einen Videorecorder betrieben, um seine Filme abspielen zu können. Auch anderswo in Süd- und Ostasien ist Rambo eine populäre Figur. Auf den ersten Blick könnte dies eine Bestätigung dafür sein, daß die globale Kulturindustrie homogenisierende Effekte im ‚Süden' hervorbringt: Rambo und andere imperialistische Texte des »american way of life« sorgen dafür, daß die Werte und Ideologien des amerikanischen Kapitalismus auf der ganzen Welt zum Standard werden. Die Zirkulation und Verfügbarkeit medialer Texte und Konsumwaren führt zur Nivellierung lokaler Kulturen und zur totalen Manipulation der Rezipienten. In dieser Lesart ist der Globalisierungsprozeß gleichbedeutend mit einer vereinheitlichten und für alle verbindlichen Weltkultur.

Gegen diese Theorie des kulturellen Imperialismus wurden in den letzten Jahren vor allem seitens der Cultural Studies gewichtige Einwände formuliert. Die Hauptkritik war, daß zu schnell und quasi automatisch von einer Analyse der Produkte auf deren Rezeption geschlossen wurde. So wurde selten untersucht, wie Konsumgüter und Medien in lokalen alltäglichen Kontexten tatsächlich angeeignet werden (s. Winter). Der 'Held' Rambo, der sich gegen unzählige Feinde durchsetzt und alle Arten von Gefahren meistert, ist zunächst natürlich eine Figur, die überall eine große und vielfältige Anziehungskraft besitzt. Sind die Lesarten in Illinois, Hessen, Burma und auf den Solomoninseln aber wirklich alle gleich?

»Moments of Freedom«

► Der amerikanische Anthropologe Eric Michaels spürte in seinen Untersuchungen bei den Aborigines in den Wüsten Zentralaustraliens der Popularität von Rambo nach. Dort wird er als Held der Dritten Welt gesehen, da er sich in dem Film gegen eine weiße Offiziersklasse durchsetzt. Diese Lesart spiegelt die negativen Erfahrung mit den »Weißen« in Australien, insbesondere mit der Obrigkeit wider. Während Rambo in den USA, so z. B. von dem früheren Präsidenten Ronald Reagan, vor dem Hintergrund des West-Ost-Konfliktes als individualistischer, nationalistisch gesinnter Einzelkämpfer für die richtige Sache betrachtet wurde, produzieren die Aborigines in der Auseinandersetzung mit dem medialen Text Interpretationen, die für ihre Erfahrung als subordinierte Bevölkerungsgruppe relevant sind. Ungeachtet der Frage, ob und inwieweit nun andere Werte der westlichen Dominanzkultur lediglich reproduziert werden, ist Rambo hier in diesem spezifischen Kontext eine Identifikationsfigur geworden, die sich stellvertretend für die Aborigines in ethnischen Auseinandersetzungen behauptet.

John Fiske, der wohl bekannteste und am meisten kritisierte Vertreter dieses Zweiges der Cultural Studies, sieht Widerstand dort, wo die Lesarten der Marginalisierten den hegemonialen, vom Text nahegelegten Interpretationen widersprechen. Die soziale Positionierung in der australischen Gesellschaft ermögliche den Aborigines eine produktive Umdeutung des Hollywood-Textes. Die lustvolle und gemeinschaftliche Rezeption von Rambo sei ein wichtiger Bestandteil ihrer oppositionellen Kultur. Was Michaels und Fiske hier beschreiben, darf nun aber nicht als typische Rezeptionsweise mißverstanden werden. Nicht jede Aneignung eines westlichen Produkts im Süden zeichnet sich durch Widerspenstigkeit oder Oppositionalität aus. Mit diesen Analysen werden eher Optionen benannt, »moments of freedom«, wie der Anthropologe Johannes Fabian in seinen Untersuchungen zur Populärkultur in Afrika schreibt. Marginalisierte und subordinierte Gruppen können kulturelle Ressourcen zur Sinnschöpfung, zur Identitätsbildung und zur Ausbildung von Eigensinn nutzen, müssen dies aber nicht zwangsläufig. Ohne den einfachen Umkehrschluß zur Imperialismusthese zu vollziehen und einem kulturellen Partikularismus das Wort reden zu wollen, und ohne in jeder differenten Lesart gleich den Schlüssel oder die Vorbedingung für eine Emanzipation der Menschen im Süden zu sehen, lassen sich jedoch unterschiedliche, kulturell geprägte Interpretationsweisen feststellen. Die Cultural Studies können vor dem Hintergrund der globalen Postmoderne zu einem besseren Verständnis dieser Prozesse, in denen sich Populärkultur als Differenz und Widerstand artikuliert, beitragen.

Das Populäre als Differenz

► Auch David Miller hat in einer spannenden Studie am Beispiel der US-Soap *The Young and the Restless* in Trinidad herausgearbeitet, daß die Rezeption mehr als nur der einseitige Export und Konsum nordamerikanischer Kultur ist. Soap Operas sind vielmehr einer ‚Lokalisierung' unterworfen, da sie in lokale Praktiken und Bedeutungszuschreibungen eingebunden wird. Die Rezeption von *The Young and the Restless* ist wie die von Telenovelas in Südamerika eine gemeinschaftliche Aktivität (vgl. *iz3w 228*), in der die Zuschauer z. B. durch das Sprechen über die Serie einen Bezug zu ihrem Alltag herstellen. Das gilt insbesondere für den Klatsch über die oft anstößigen sexuellen Beziehungen und Verwicklungen in der Serie, denn in Trinidad gibt es die weitverbreitete Vorstellung, ‚Wahrheit' würde durch skandalöse Enthüllungen ans Tageslicht gebracht. Darüber hinaus bietet vor allem die Mode in der Serie viel Gesprächsstoff für die Zuschauer und auch Anleitungen für eigene Selbstinszenierungen, die sich durchaus von den westlichen unterscheiden. Eine Analyse der rein formal-inhaltlichen Merkmale von medialen Texten ist in Millers Verständnis ungenügend. Ebenso ist es wichtig, die lokalen Prozesse der Rezeption zu untersuchen, die nicht vorab bestimmbar, die kontingent (zufällig; möglich – aber nicht notwendig; d.Red.) und kontextuell spezifisch sind. Ähnliches gilt für Dallas.

Die weltweit erfolgreiche und populäre texanische Soap Dallas war für viele Kulturkritiker in den 80er Jahren ein Synonym für kulturellen Imperialismus. Die ostentative Darstellung von Reichtum und Luxus wurde ideologiekritisch hinterfragt. Wie die Sendung wirklich rezipiert wurde, untersuchten



die Kritiker nicht. Tamar Liebes und Elihu Katz hingegen wiesen in ihrer umfassenden empirischen Studie über die Rezeption von Dallas nach, daß es zwischen und innerhalb von verschiedenen nationalen und ethnischen Kontexten stets einen Spielraum für Interpretationen gibt, den die Zuschauer auch aktiv nutzen. Auch ihr Ausgangspunkt war eine Skepsis gegenüber der Imperialismusthese, die basierend auf einer Produktanalyse die Wirkungen von Fernsehprogrammen ableiten möchte. Aus der Perspektive der Rezipienten wiesen Liebes und Katz nach, daß Fernsehen keine isolierte Aktivität ist, sondern daß soziale Interaktionen, so die Gespräche mit anderen, ein wesentlicher Teil des Interpretations- und Bewertungsprozesses sind, vor allem, wenn der TV-Text aus einer anderen Kultur stammt. Die Studie basierte neben einem Fragebogen auf offen strukturierten Gruppendiskussionen, die durchgeführt wurden, nachdem die Teilnehmer unterschiedlicher Herkunft – Marokkaner, Russen, Araber, Japaner, Amerikaner und Juden, die im Kibbutz lebten – jeweils eine Episode von Dallas gesehen hatten.

Die komplexen Ergebnisse der Studie können an dieser Stelle nicht umfassend dargestellt werden. Festzuhalten bleibt aber, daß es schon bei der Diskussion des Inhalts der geschauten Episode innerhalb und zwischen diesen Gruppen divergente Lesarten gab. So kam es in einer arabischen Gruppe zu folgender ‚Fehllektüre': In einer Episode hat Sue Ellen ihren Mann JR mit ihrem Baby verlassen und ist in das Haus ihres früheren Liebhabers und dessen Vater geflüchtet. Diese Gruppe bestärkte sich in der Diskussion gegenseitig in der Interpretation, daß sie ihren Mann verlassen hätte, um im Haus ihres eigenen Vaters zu leben. Darüber hinaus konnten Katz und Liebes zeigen, daß die verschiedenen Gruppen die im Programm enthaltenen Werte vor dem Hintergrund ihrer kulturellen Erfahrungen kritisierten. Insbesondere die arabischen Gruppen lehnten die westliche Dekadenz ab, die sich in der Serie ihrer Ansicht nach in zerrütteten Familienstrukturen, in sexueller Immoralität und in der Zurschaustellung von Reichtum und Luxus äußerten. Einige der russischen Gruppen entwickelten Verschwörungstheorien und waren der Auffassung, die Produzenten würden mit Absicht die Wirk-

Im Lokalen wird die Kultur immer wieder neu konstruiert

lichkeit verzerrt darstellen, um die Zuschauer zu beeinflussen. Große Teile der Amerikaner, Kibbutzniks und Japaner waren zum Teil auch kritisch, aber eher in bezug auf die Ästhetik des Programms und die Kompetenz der Produzenten.

Die Ergebnisse der Studie von Liebes und Katz zeigen, daß die Rezeption und Aneignung globaler Medienprodukte ein aktiver sozialer Prozeß ist. Jeder und jede verfügt über eine kritische Kompetenz, die sich aus bestimmten kulturellen und persönlichen Erfahrungen speist. Medienrezeption im Süden ist kein autoritärer und manipulierender 'top-down'-Mechanismus, wie viele Kritiker annehmen. Innerhalb des vorgefundenen Materials gibt es genug Spielräume, die es den aktiv Zuschauenden ermöglichen, ihre eigene kulturelle Identität mitzugestalten und ihren ‚Widerstand' gegen den Einfluß der ‚imperialistischen US-Programme' zu artikulieren. In einer allzu einseitigen Ausrichtung stellt somit die Theorie des kulturellen Imperialismus in vielem eine polemische Zuspitzung dar.

Popkultur in der globalen Postmoderne

▶ Um Populärkultur im Rahmen der Globalisierung angemessen verstehen zu können, ist also die Erforschung der lokalen Kontexte der Rezeption wichtig. Ien Ang hat in diesem Zusammenhang für einen radikalen, auf ethnographische Untersuchungen gestützten Kontextualismus in der Medienforschung plädiert. Denn nur so läßt sich erfassen, wie im Alltag das Fernsehen und andere Medien genutzt werden. »Das Verständnis, das sich aus dieser Form von Untersuchung ergibt, bevorzugt interpretative Spezifizierung gegenüber erklärender Verallgemeinerung, historische und lokale Konkretheit gegenüber formaler Abstraktion, ‚dichte' Beschreibung von Details gegenüber extensiven, aber ‚dünnen' Erhebungen« (Ang 1997, S.90).
Die Macht des Globalen darf nicht überschätzt werden, denn die globalen Medienprodukte werden lokal neu artikuliert. Es kommt zu Prozessen der Deterritorialisierung und Hybridisierung. Symbole, Zeichen und Ideologien sind ständigen Veränderungen unterworfen, denn sie werden aus ihren ursprünglichen Kontexten herausgelöst und gewinnen in Vermischung mit anderen kulturellen Elementen eine neue Bedeutung. So wird z. B. der in den amerikanischen 'Ghettos' entstandene Rap in Lateinamerika von Künstlern mit Salsa, Reggae und Pop verbunden. Überall auf der Welt werden eigene Versionen räumlich entfernter Kulturen geschaffen. Deshalb impliziert Globalisierung immer auch Prozesse der Reterritorialisierung. Durch den produktiven und kreativen Gebrauch globaler Ressourcen konstituieren sich Kulturen ständig neu.

Mit Recht beschreibt Stuart Hall die gegenwärtige Globalisierung als eine Struktur, die gleichzeitig global und lokal ist. Die globalen Ströme von Zeichen und Bildern bringen keine einheitliche Kultur hervor. Die neue Kultur der »globalen Postmoderne« spricht nicht eine einzige Sprache oder wird von einer Ideologie geprägt, vielmehr wird sie durch Differenz und Pluralität bestimmt. Dies darf nun nicht dazu verleiten, die Macht des Lokalen zu überschätzen und zu denken, der ‚Süden' könne den Kampf gegen diese vom ‚Norden' ausgehende globale Postmoderne gewinnen. Hall spricht auch von einer neuen Form der Homogenisierung durch das Kapital, das die Differenzen nun nicht mehr überwinden möchte, sondern ihre Inkorporation versucht. So ist Skepsis gegenüber allzu optimistischen Bewertungen angebracht. Aber auch Hall denkt hier – wie die Imperialismus-Theoretiker – von der Seite des Globalen aus. Wenn wir uns jedoch der Seite des Lokalen zuwenden, ergibt sich eine etwas andere Einschätzung.

Da die globale Postmoderne, die auch durch die Erosion und abnehmende Bedeutung des Nationalstaates geprägt ist, nicht durch kulturelle Kohärenz bestimmt ist, läßt sich das ‚globale Dorf' als ein »realm of uncertainty« (dt. etwa: Reich der Unbestimmtheit, Ang 1994) charakterisieren. Dabei sind ‚abweichende', kritische oder subversive Lesarten, die in kulturellen Kontexten entwickelt werden, weniger ein Ausdruck der Freiheit der Konsumenten – eine Position, die Kritiker wie McGuigan fälschlicherweise den Cultural Studies unterstellen. Vielmehr sind sie als kontingente Sinnschöpfungen in einem dynamischen, konfliktreichen und widersprüchlichen Alltag zu begreifen. Die globalen Ströme von Zeichen und Bildern treffen auf ein heterogenes, widerspenstiges und unkontrollierbares Spiel von Differenzen in den sozialen Praktiken. Welche Bedeutung sie gewinnen, wie das Globale mit dem Lokalen artikuliert wird, läßt sich vorab nicht bestimmen. Polyseme (mehrdeutige) Botschaften haben keine feststehende Struktur. In alltäglichen, lokal unterschiedlichen Kommunikationsprozessen wird Kultur immer wieder neu konstruiert. Eine kritische Theorie, die die Logik der Machtverhältnisse in der globalen Postmoderne verstehen möchte, muß sich dieser radikalen Unbestimmtheit der Kommunikation stellen, ihre Möglichkeiten insbesondere für den ‚Süden' ausloten, ohne jedoch aus dem Blick zu verlieren, daß differente Lesarten nicht automatisch in politischem Widerstand gegen Macht münden und daß es sehr wohl dominante Kräfte gibt, die auf Profit, Inkorporation und (vielleicht) eine neue Ordnung im ‚Weltsystem' aus sind.

Literatur:

- Ien Ang, In the Realm of Uncertainty: The Global Village and Capitalist Postmodernity, in: David Crowley, David Mitchell (Hg.), Communication Theory Today, Oxford, 1994, S. 193-213.
- Ien Ang, Radikaler Kontextualismus und Ethnographie in der Rezeptionsforschung, in: Andreas Hepp, Rainer Winter (Hg.), Kultur-Medien-Macht. Cultural Studies und Medienanalyse, Opladen, 1997, S. 47-64.
- Johannes Fabian, Moments of Freedom. Anthropology and Popular Culture, Charlottesville, 1998.
- John Fiske, Understanding Popular Culture, London, 1989.
- Stuart Hall, Das Lokale und das Globale: Globalisierung und Ethnizität, in: ders., Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg/Berlin, 1994, S. 44-65.
- Karl H. Hörning, Rainer Winter (Hg.), Widerspenstige Kulturen. Cultural Studies als Herausforderung, Frankfurt a. M., 1999.
- Tamar Liebes, Elihu Katz, The Export of Meaning. Cross-Cultural Readings of Dallas, Oxford, 1993.
- Jim McGuigan, Cultural Populism, London/New York, 1992.
- Daniel Miller, The Consumption of Soap Opera: The Young and the Restless in Trinidad, in: Robert C. Allen (Hg.), To Be Continued...Soap Opera around the World, London/New York, 1995.
- Paul Theroux, The Happy Isles of Oceania: Paddling the Pacific, New York, 1992.
- Rainer Winter, Der produktive Zuschauer. Medienaneignung als kultureller und ästhetischer Prozeß, München, 1995.

▶ **Rainer Winter** arbeitet am Institut für Soziologie der RWTH Aachen vor allem zu Fragen der Kultur- und Mediensoziologie und soziologischer Theorie.

Medien in den Cultural Studies

▶ Seit den Anfängen nimmt die Analyse von Medienproduktion und -rezeption einen großen Stellenwert innerhalb der Cultural Studies ein. War bis Mitte der siebziger Jahre inspiriert von Louis Althusser einer eher deterministische Sichtweise vorherrschend, wonach sich die Ideologie der herrschenden Klasse über die Medien in den Köpfen der Marginalisierten verfestigt, so setzte alsbald ein Perspektivenwechsel ein. Verstärkt wurde nun das aktive Moment bei der Medienkonsumption und die sich daraus ergebenden Widersprüche mit den dominanten Lesarten hervorgehoben. Im Vergnügen der Rezipienten dabei wurde nun widerständiges Potential entdeckt. Diese Kehrtwendung, so die Kritiker, habe jedoch in ihrer extremsten Form zu einer Inflation der Begriffe 'Subversion' und 'Oppositionalität' geführt – eine Tendenz also, die dem Kapitalismus nicht mehr kritisch gegenüber stehe, sondern es sich bequem innerhalb der herrschenden Ordnung eingerichtet habe. *D.B.*

»Politik ist eine kulturelle Domäne«

Ein Gespräch mit der Kuratorin und Künstlerin Ursula Biemann

▶ **iz3w:** *Deine Arbeit als Kuratorin in der Züricher Shedhalle, aber auch deine eigene künstlerische Arbeit haben einen starken Bezug zum Süden. Wie bist du dazu gekommen?*

▶ **Ursula Biemann:** Die meisten Projekte, die ich initiiert habe bzw. in die ich involviert war, haben etwas mit den Dingen und Leuten zu tun, die mitten unter uns sind. D.h., das Verhältnis des »Eigenen« zum »Anderen« war eigentlich nie mein Hauptthema, sondern vielmehr die Beziehungen zwischen uns, dem Westen, zum Nicht-Westen. Dieses Interesse reicht allerdings ziemlich weit zurück. Im Zusammenhang mit den Recherchen zu einem Projekt, das sich mit der Grenze USA – Mexiko auseinandersetzt, bin ich dann mit dem postkolonialen Diskurs in Berührung gekommen, der meine Arbeit sehr beeinflußt hat.

Wie definierst du diesen postkolonialen Diskurs?

▶ Er konstituiert Positionen von TheoretikerInnen und wie in unserem Fall KünstlerInnen, die ihre Identität bestimmen als eine nach dem Kolonialismus, aber gleichzeitig aufgrund ihrer Herkunft und Geschichte auf die »Dritte Welt« Bezug nehmen. Bei diesen Positionen geht es um eine Neuformulierung des Verhältnisses von kulturellem Zentrum und Peripherie sowie um eine Überarbeitung des Begriffs der Marginalität. Gegen Ende der achtziger Jahre wurde der postkoloniale Diskurs in den USA, wo ich zu dieser Zeit studiert habe, zu einem Faktor in der Kunst, den man mitbedenken mußte.

Inwiefern?

▶ Die postkolonialen TheoretikerInnen selbst hatten meist einen postkolonialen Background und waren mittlerweile an den Universitäten in entsprechenden Positionen auch vertreten: Edward Said, der vor allem über Orientalismen schrieb, die ganze Birmingham School, die Cultural Studies-Leute mit Stuart Hall. Insofern waren Themen, z.B. die Art und Weise, wie der Westen die kolonisierten Gesellschaften auch kulturell unter Kontrolle hat, einfach präsent und wurden auch in der Kunst-Diskussion immer populärer. Gleichzeitig hatten die KünstlerInnen mit einem hispanischen oder schwarzen Hintergrund ihre Marginalisierung auf dem Kunstmarkt satt und wehrten sich. So gab es dann zumindest in New York gegen Ende der achtziger Jahre immer mehr Ausstellungen auch von schwarzen und hispanischen KünstlerInnen. Und all die neuen Themen wie Dekolonisierung, Hybridität, Bikulturalität wurden von KünstlerInnen bearbeitet – auch mit Texten.

Wie hat dann die Auseinandersetzung mit postkolonialer Theorie deine eigene Arbeit beeinflußt?

▶ Dadurch erwarb ich mir zunächst ein Instrumentarium, die Machtverhältnisse innerhalb der Nord-Süd-Beziehungen auf eine intensivere, interessantere und dekonstruktive Weise auseinanderzunehmen. Vor meinem Studium in New York hatte ich bereits in Mexiko gelebt, und das Nord-Süd-Gefälle hat mich vor allem in bezug auf die Position der Frau immer sehr beschäftigt. Damals hatte ich einen marxistischen Ansatz und konzentrierte mich auf die Analyse der ökonomischen Verhältnisse. Die postkolonialen Theorien öffneten jedoch den Blick dafür, wie man mit dieser Situation umgehen, wie man ökonomische und politische Inhalte vielleicht auch auf kulturelle Art verarbeiten kann.

»Hispanische und schwarze KünstlerInnen hatten ihre Marginalisierung satt«

Warum ist für dich die Kultur zum wichtigsten Bezugspunkt deiner politischen Analyse geworden?

▶ Ich beziehe mich hierbei auf die Cultural Studies, die den Bereich der kulturellen Konsumtion neben dem der Produktion als eine gleichberechtigte, wichtige Sozialbeziehung ansehen. Kultur ist für unsere politischen Anliegen deshalb so zentral, weil sie das Feld ist, auf dem Identität produziert wird, auf dem die sozialen Subjekte konstituiert werden. Zudem werden die Subjekte in einen geschichtlichen Bezugsrahmen gestellt, sie werden positioniert. Diese Politik ist für Minderheiten deshalb so wichtig, weil sie sich durch die kulturelle Artikulation selber positionieren, sich neu definieren können. Und darin liegt eine große Macht.

Diese Themen beschäftigten mich auch noch intensiv, als ich nach mehreren Jahren in die Schweiz zurückkam und feststellte, daß der postkoloniale Diskurs noch in keiner Weise präsent war.

Welche Gründe gibt es dafür?

▶ Die Repräsentation von Frauen aus dem Süden und von MigrantInnen war von Hilfswerken und von der Tourismusbranche dominiert und insofern auch immer interessengeleitet. Daß das so ist, hängt natürlich auch damit zusammen, daß die Schweiz im Gegensatz zu Großbritannien oder den USA keine eigentlichen Kolonien besaß. Dort entwickelte sich durch den Prozeß der Dekolonisierung eine schwarze widerständische Geschichte, aus der sich eine Kultur der Selbstpräsentation herausbildete und als solche auch in den politischen Diskurs einfloß.

Auf welche Weise hast du den postkolonialen Diskurs dann in deine kuratorische Praxis integriert?

▶ Meine erste Arbeit in dieser Richtung war es, ein Projekt mit Frauen aus Lateinamerika zu initiieren, die seit einiger Zeit hier lebten, und mit ihnen zusammen eine Art Foto-Text-Arbeit zu machen. Die Frauen hatten keinen künstlerischen oder schriftstellerischen Background, es ging vielmehr darum, einen Raum anzubieten, in dem sie ihre eigene Situation, ihr Leben zwischen der vorherigen und der neuen Kultur thematisieren, ihre Migrationssituation visuell und mit Texten reflektieren konnten. Diese Art der Selbstrepräsentation ist für mich sehr wichtig und darin sehe ich auch eines der wesentlichsten Momente, die Veränderung bewirken können.

Im Rahmen meiner Arbeit als Kuratorin der Shedhalle hatte ich natürlich andere Mittel und auch einen institutionellen Rahmen. Aber auch da wollte ich den postkolonialen Diskurs einführen, und zwar nicht als Diskussion des Anderen, sondern eher in dem Sinne, daß das Anderssein immer auch ein Teil von uns selbst ist. Realisiert habe ich das im Projekt »Außendienst«. Ich lud Künstlerinnen und Künstler mit einem bikulturellen Hintergrund ein, die sich also nicht einfach in die Oppostition westlich-nichtwestlich fassen lassen: eine Iranerin, die zum Teil auch in Deutschland aufgewachsen ist, einen Libanesen, der in Kanada lebt, Menschen eben, die einen ambivalenten Bezug zum Begriff von einer einzigen Identität, einer einzigen identitären Zugehörigkeit haben. Diese KünstlerInnen begriffen sich als Kulturschaffende, die sich spezifisch kulturell positionieren müssen, weil sie eben nicht zum weißen Mainstream gehören. Das ist das, was die Filmtheoretikerin Trinh T. Minh-ha mit der Überarbeitung der Positionen der Minorität meint, die vom Rand auf das Zentrum zurückschaut und es dabei aus der Mitte verschiebt. Diese Strategie geht davon aus, daß wir alle von einer bestimmten gesellschaftlichen Po-



sition aus sprechen, aus einer bestimmten Geschichte, Erfahrung und Kultur, ohne dadurch auf die Bezeichnung »ethnische(r) KünstlerIn« reduziert werden zu müssen.

Womit haben sich die KünstlerInnen thematisch beschäftigt?

► Simin Farkhondeh installierte in der Shedhalle in einem fünf mal fünf Meter großen Kubus ihr Arbeitszimmer im Iran als ethnologische Kulisse. Darüberhinaus stellte sie eine Sammlung von Fotos zusammen, die eine eigene Chronologie der iranischen Frau von der Jahrhundertwende bis heute entwirft. In der äußeren Erscheinung der Frauen sind die soziale und politische Wirklichkeit und die Einflüsse des Imperialismus im Iran zu erkennen. Während der ersten Ausstellungswoche war Simin Farkondeh da und hat jeden Abend Gespräche geführt, ziemlich informelle Gespräche mit Frauen, die mit Film zu tun haben, muslimischen Frauen, Ethnologen – jeden Abend ergab sich eine andere Konstellation, so daß das Projekt auch einen sehr interaktiven Charakter bekam.

Trinh T. Minh-Ha sieht das Abbilden und Klassifizieren des Anderen als eine Praxis, die noch heute eine wesentliche Rolle in den kolonialen und postkolonialen Machtverhältnissen spielt. In ihren Texten und Filmen forderte sie die objektivistischen Ansprüche einer wissenschaftlich vergleichenden Ethnologie heraus, die mit Metaphern des Sammelns, Bestimmens und Aufzeichnens beladen ist.

Es ging also auch um die künstlerische Dekonstruktion hegemonialer wissenschaftlicher Diskurse?

► Ja, es ging sehr viel um die Wissenschaften, die andere Kulturen klassifizieren, abbilden, und es wurde versucht zu zeigen, wie über diese wissenschaftlichen und damit auch kulturellen Mittel Macht ausgeübt wurde, wie diese wissenschaftlichen Diskurse funktionieren, wie sie in unserer Gesellschaft am Werk sind und welches kulturelle Imaginäre sie unterstützen. Und gerade das interessiert uns als Kulturschaffende ja besonders. Wie können wir diese Diskurse auch wieder umformulieren oder wie kann man auf diese symbolische Produktion Einfluß nehmen? Wie kann man intervenieren? Politik findet heute ja zu einem immer größeren Teil über Repräsentation statt und ist damit auch eine kulturelle Domäne geworden. Spätestens seit den sechziger Jahren spielen dabei die Medien eine ganz wesentliche Rolle.

»Selbstpräsentation ist eines der wesentlichsten Momente, die Veränderung bewirken können«

Welches Konzept steht hinter dieser Repräsentationspolitik?

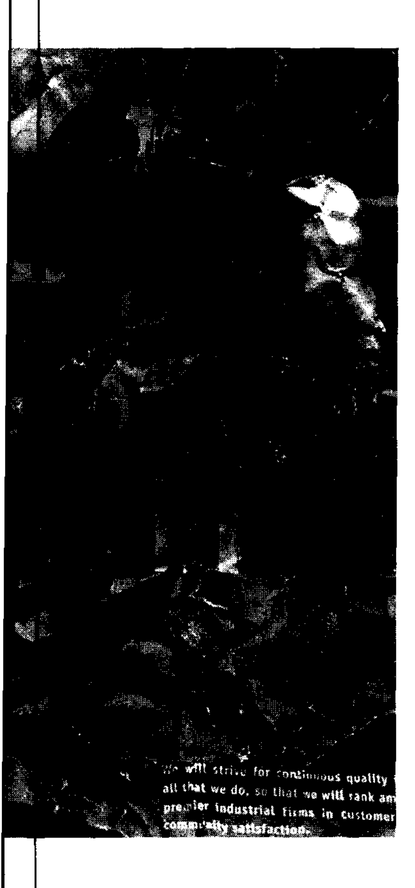
► Wenn wir die Begriffe von Identität zur Grundlage nehmen, wie sie heute von Stuart Hall oder Bell Hooks formuliert werden, geht es nicht mehr darum, etwas ursprünglich Wesenseigenes hervorzuheben oder wiederzuentdecken, das im Prozeß einer Akkulturierung verschütt gegangen wäre. Mit kultureller Identität ist vielmehr eine Positionierung gemeint, eine geschichtliche, geografische, kulturelle Verortung. Sie wird nicht länger als nachträgliche Abbildung von bestehenden Verhältnsissen begriffen, sondern als produktive Kraft in der Bildung von sozialem und politischem Leben. Anders gesagt: Über Repräsentation bilden sich kulturelle Identitäten. Mit dieser neuen Formulierung von Identität wird auch eine Selbstpositionierung möglich. Damit eröffnen sich neue Handlungsräume, insbesondere im Feld der Repräsentation, in dem es nach wie vor gilt, differenziertere und inhaltsvollere Darstellungen von Minderheiten zu schaffen, denen bisher jegliche Subjektivität abgesprochen wurde. Gleichzeitig ist dies auch ein Feld, wo fixierte Identitätsbegriffe aufgelöst werden können.

Damit ziehst du eine Verbindungslinie zwischen Kultur und Politik?

► Ja, für mich ist Kunstproduktion extrem politisch und siedelt sich eigentlich im Politischen an, schon allein deshalb, weil man diese tradierten Bilder vom »Anderen« dekonstruiert und sich damit auseinandersetzt. Ich glaube, daß es auch ein sehr aufregender Moment gewesen ist, als man als Kunstschaffende begriffen hat, daß man eigentlich sehr viel Macht hat, weil man über die Mittel verfügt, in diese Repräsentationen einzugreifen. Deshalb ist es eben auch sehr wichtig, daß marginalisierte Gruppen diesen Zugang, diese Möglichkeiten der Repräsentation innerhalb und auch außerhalb von Institutionen haben.

Welche Rolle spielte in diesem Zusammenhang das Projekt »Kültür«, das du mit Künstlerinnen und Soziologinnen aus Istanbul gemacht hast?

► Mit dem Kültür-Projekt habe ich mich ein wenig weiter rausgewagt. Ich habe den kunstdefinierten Raum der Shedhalle verlassen, kein klassisches Ausstellungsprojekt mehr gemacht, sondern mich auf eine Kooperation mit Künstlerinnen und Soziologinnen aus Istanbul eingelassen. Wie diese Beziehung, diese Zusammenarbeit aussehen sollte, war unter uns noch zu definieren. Klar war eigentlich nur, daß kein klassisches Verhältnis von westlicher Institution und nichtwestlichen Künstlerinnen reproduziert werden sollte. Der Grund für diese Herangehensweise war, daß ich gemerkt habe, daß man an den Beziehungen etwas ändern muß, wenn man wirklich etwas bewirken will. Das



heißt nicht zuletzt, daß ich als westliche Kuratorin auch Privilegien abtreten und mich auf einen Dialog einlassen muß. So etwas ist natürlich auch eine Nervensache, weil man nie genau weiß, wird das was, was wird es, kann ich das in der Shedhalle vertreten und wird das etwas sein, das wie eine Ausstellung aufgeht. Und das war also bis zum Schluß nicht klar. Aber es hat sich gelohnt.

Worum ging es in dem Kültür-Projekt?

► Wir beschäftigten uns mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen von zugewanderten Frauen an der sozialen und urbanen Peripherie Istanbuls, mit ihrer Stellung in der informellen, illegalisierten Ökonomie der Textilindustrie und ihren Migrationsgeschichten. Grundlage für die künstlerische Auseinandersetzung darüber war die im postkolonialen Diskurs als Zentrum-Peripherie charakterisierte Beziehung. Sie ermöglichte es uns, dieses Machtverhältnis auf den verschiedenen Ebenen ihrer Wirkung zu beschreiben und bestimmte auch unsere Vorgehensweise.

Warum ist deine Wahl gerade auf Istanbul gefallen?

► Istanbul interessierte mich deshalb, weil sich diese Stadt kulturell sehr komplex zusammensetzt. Seit 91 stellt Istanbul eine Art Tor für die muslimische Welt war. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind viele aus den südlichen muslimischen Staaten der UdSSR in die Türkei emigriert und sahen Istanbul als eine Art Sprungbrett zum Westen. In den letzten zehn Jahren haben sich mehrere Millionen MigrantInnen aus den kaukasischen Republiken, aber auch aus östlichen Landesteilen am Rand der Metropole angesiedelt. Von sieben Millionen Einwohnern ist die Stadt in wenigen Jahren auf fünfzehn Millionen angewachsen.

Auch die Medienlandschaft hat sich seit '91 sehr verändert. Von einem Staatskanal ausgehend waren plötzlich zwanzig Privatkanäle da. Istanbul hat also alle Kennzeichen einer 'Global City'- einschließlich ihrer Ausgrenzungsmechanismen. Die MigrantInnen haben sich am Rand der Metropole angesiedelt, wo sie sich durch Illegalität und fehlende soziale Infrastrukturen größtenteils außerhalb des staatlichen Systems bewegen. Uns interessierte ihr Begehren und ihr Widerstand in bezug auf das Zentrum, d.h. das städtische Angebot, Konsum, Mobilität und Komfort. Wir verfolgten auch ihre Einbindung in die vorwiegend weiblich besetzte informelle Ökonomie der Textilindustrie und ihre Migrationsgeschichten. Dies sind alles Orte, wo Marginalisierung konkrete Formen annimmt. Die riesigen Außenquartiere von Istanbul haben keine andere Geschichte als jene, welche die AnsiedlerInnen mitgebracht haben. Das haben wir dann also zum Inhalt für unser Projekt genommen: Migration, Stadtpolitik, die Frauen in der Textilindustrie, ein informeller Arbeitsbereich für Frauen.

»In der Kunst können tradierte Bilder vom 'Anderen' dekonstruiert werden«

Wie hat sich die Kooperation konkret umgesetzt und was haben die Frauen in der Shedhalle schlußendlich ausgestellt?

► Wir unternahmen also Feldreisen an die Peripherie Istanbuls, besuchten dort Textil-Werkstätten und unterhielten uns mit den Textilarbeiterinnen. Diese Gespräche, die Erfahrungen auf unseren Ausflügen und die Plätze der Distribution und des Verbrauchs von Textilprodukten dokumentierten wir auf Video, Fotos und Tonband. Darin werden die Arbeitsbedingungen der Textilarbeiterinnen, ihre Migrationsgeschichten, die Art und Weise, wie die Stadt zur persönlichen Lebenserfahrung wird. All dies wurde in der Shedhalle ausgestellt.

Dann haben die Künstlerinnen und Soziologinnen elaborierte Landkarten mitgebracht, die an die ökonomische, soziale und kulturelle Spaltung erinnern, die mit der räumlichen Trennung in Istanbul zusammenfällt. Es gibt mindestens zwei Istanbuls. Das eine ist das historisch vielschichtige Zentrum, das andere sind die alten und neuen Gecekondus, wo sich die MigrantInnen niederlassen, die Räume der illegalen Ökonomie und Bebauung, wo sich eben auch die nichtregistrierte Textilproduktion der Frauen konzentriert. Die Karte hatte auch zum Ziel, auf eine Geschichte zu verweisen, die eine Alternative sein soll zur im Zentrum zusammengedrängten offiziellen Geschichte Istanbuls. Die aufgezeichneteten oralen Geschichten der Frauen und aller IstanbulerInnen, die in der Peripherie leben, bilden die orale Geschichte dieser Karte.

Inwieweit blieb das interaktive Moment, das ja zentral für die Entstehung des Projektes war, auch für die Zeit der Ausstellung erhalten?

► Zu Anfang der Ausstellung waren die Frauen zehn Tage da und führten mit verschiedenen Gruppen Workshops durch: mit Türkinnen, die schon lange hier leben und als Sozialarbeiterinnen Vermittlerfunktionen zwischen zwei Kulturen einnehmen, mit Feministinnen, mit Künstlerinnen, mit Kurdinnen, die erst vor kurzem angekommen sind etc. Ganz verschiedene Gruppierungen. Das war für alle wahnsinnig interessant. Dadurch konnten wir auch wieder so eine Art Halböffentlichkeit herstellen, in der ganz viele Leute direkt mitmachen oder partizipieren oder ein Teil vom Projekt werden konnten. Diese Art der Zusammenarbeit wird für mich immer wertvoller, nicht zuletzt, weil dadurch auch bleibende Kontakte hergestellt werden können. Tatsächlich sind auch aus diesem Projekt wieder neue Kooperationen entstanden. Die Frauen aus Istanbul sind nächstes Jahr zur Sommeruni in Hamburg und Hannover eingeladen worden, ich zu Projekten in Istanbul.

Erwähnenswert ist aber vor allem auch, daß wir mit »Kültür« '97 auch an der internationalen Kunstbiennale in Istanbul teilgenommen haben, und das war ausgesprochen interessant, weil uns das in diesen internationalen Kunstkontext hineingestellt hat.

Was heißt das, internationaler Kunstkontext?

► Mit der Öffnung nach '91 entstanden auch im Süden eine ganze Anzahl neuer Kunstbiennalen, in Johannesburg, Havanna, in Südkorea. Das ist ein Resultat der Globalisierung, und ich hatte das Gefühl, daß auch Istanbul dabei eine Rolle spielt. Problematisch daran finde ich, daß diese Orte als strategische Orte gebraucht und in diesem Zusammenhang Kunst und Kultur zu Trägern für die

kulturelle Diplomatie, für den westlichen Kapitalismus werden.

Kannst du das am Beispiel Istanbul konkretisieren?

► Zuerst waren in Istanbul nur lokale Kuratoren zugange, und plötzlich hatte man einen Kurator aus Deutschland, René Block, eingeladen. Damit werden nicht zuletzt automatisch westliche Werte in den internationalen Kunstmarkt hineingetragen. Das Problem mit der Einführung von Westhochkunst in Kontexte wie Istanbul liegt aber eben nicht nur darin, daß sie Werbekampagnen sind für die westlichen Werte und ihre Ästhetik. Gleichzeitig wird Kunst eben auch von lokalen sozialen und kulturellen Zusammenhängen distanziert. Internationale Kunst wird von politischen Inhalten entleert, so wird sie total mobil und unspezifisch und kann der Aufwertung des Standortes, der Global City, voll zudienen. Diese kulturellen Anlässe, Biennalen und Festivals werden ja schließlich zur erhöhten Attraktion der Stadt finanziert, die wieder Finanzkapital anziehen soll.

»Internationale Kunst wird total mobil und unspezifisch«

Vor diesem Hintergrund stehe ich dem globalen Kunstmarkt kritisch gegenüber und das war auch mit ein Grund dafür, warum ich »Kültür« überhaupt mitinitiiert habe. Ich denke, daß es richtig ist, gerade in dem Moment, wo man auch türkische KünstlerInnen umwirbt, beim westlichen Kunstgeschehen mitzumachen, gleichzeitig eine andere Art von Kunstpraxis einzuführen und sich darin ein bißchen breitzumachen. Und das ist uns insofern allein dadurch gelungen, daß wir an dieser Biennale teilnehmen konnten. In Istanbul wurde das Projekt sehr stark wahrgenommen.

Und worin bestand auf der Ebene der künstlerischen Praxis eure Intervention?

► In unserem Projekt ging es ja um die Stadtpolitik, die ganz harte Ausschlußmechanismen installiert – gerade aufgrund von Globalisierungsprozessen. Deshalb ging es denn auch um diesen Kampf auf städtischem Boden, auf dem durch den Bau eines zweiten Autobahnringes außerhalb Istanbuls eine bisher im Niemandsland angesiedelte MigrantInnen-Community plötzlich wegen hochspekulierten Bodenpreisen einem geplanten Finanzzentrum Platz machen soll. Das Militär kam bereits und riß einen Teil der selbstgebauten Häuser ab. Ein typisches Global City-Szenario. Solche Inhalte stehen in direktem Zusammenhang mit der Erscheinung von internationalen Kunstevents. Diese Zusammenhänge können durch Kunstprojekte wir »Kültür« thematisiert werden.

In der nächsten Ausgabe der iz3w veröffentlichen wir einen Text von Ursula Biemann zum »Border Project«, zu dem gerade eben ein Video von ihr erschienen ist.

► **Ursula Biemann** (*1955 in Zürich) ist Künstlerin und Kuratorin. Sie studierte Kunst und Kulturtheorie in Mexiko und an der School of Visual Arts and the Whitney Programm in New York. Seit 1988 arbeitet sie in transkulturellen Projekten wie dem »Border Project« (Mexiko/USA). In der Shedhalle Zürich kuratierte sie u.a. die Ausstellungen »Außendienst« und »Kültür«.

»Dem Bild allein ist nicht zu traun«

Interview mit dem Fotographen Herby Sachs

► **iz3w:** *Du warst lange Mitherausgeber einer linken Zeitschrift und hast dich viel mit Medientheorien auseinandergesetzt – also vorwiegend theoretisch und mit Texten gearbeitet. Warum konzentrierst du dich heute auf die Fotographie?*

► **Herby Sachs:** Dafür gibt es mehrere Gründe. Als ich zum Beispiel zur Situation von Flüchtlingen in Mexiko und Mittelamerika gearbeitet habe, wollte ich bestimmte Themen aufgreifen und sie in unser Leben hier, in unsere Welt zu transportieren. Mir erschien es sinnvoll, das nicht mehr nur über Texte, sondern auch mit Bildern zu machen, eine Art Synthese aus Bild und Text zu entwickeln.

Warum ist für dich das Bild wichtiger geworden?

► Ich habe Theater-, Film- und Fernsehwissenschaften studiert und fand das Bild schon immer wichtiger als den Text, obgleich Texte für mich persönlich auch eine sehr große Bedeutung haben. Aber das Bild hat eine andere Aussagekraft. Fotos oder Bilder, Standbilder, vielleicht auch die laufenden Bilder haben etwas sehr Sinnliches. Sie halten einen Augenblick fest, sind sozusagen in der Lage, eine fotografische oder bildliche Authentitzität zu transportieren. Darüberhinaus sind die Assoziationsmöglichkeiten bei Bildern viel größer als bei Texten. Der Rezipient, der Austellungsbetrachter, verfügt über ganz andere Möglichkeiten, diese Bilder auf sich wirken zu lassen und sich seine eignen Gedanken zu machen. Auch unter kulturkritischen Aspekten finde ich das wichtig. Der Rezipient von sozial engagierter politischer Fotografie, zum Beispiel im Zusammenhang mit Nord-Süd-Themen, bekommt etwas angeboten, in das er sich hineindenken und hineinfühlen kann. Gleichzeitig hat er aber seine kulturelle Distanz und dadurch die Möglichkeit, seine eigene Interpretation zu finden. Wir geben also nicht einen Weg vor, sondern versuchen Freiräume zu lassen, um den Zuschauer nicht seiner eigenen Assoziationskraft zu berauben.

»Kulturkritik ist eine politische und soziale Arbeit«

Aber das funktioniert doch nicht nur über Bilder. Literarische Texte können ja auch sehr assoziativ sein?

► Das stimmt natürlich. In Bildern, der Fotografie oder auch in laufenden Bildern zeigt sich eine große Analogie zur Literatur. Ich sehe das speziell in manchen Literaturen Mittel- und Südamerikas, also der Region, mit der ich mich sehr intensiv beschäftige. Da findet die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit in einer ganz besonderen Form statt. Oft wird sie auf eine Traumebene gehoben, wo sich dann in der Konfrontation von Traum, Phantasie, Magie und Wirklichkeit ein neues Asso-



ziationsfeld für die Interpretation von Wirklichkeit eröffnet. Die Literatur hat schon eine besondere Funktion, die Fotografie und der Film aber eben auch.

Verstehst du dann deine Arbeit als kulturelle oder politische Arbeit?

► Dazu muß ich zunächst sagen, daß ich Kultur als all das begreife, was Gesellschaft ausmacht, sei es die Lebensweise, die Denkweise, der Ausdruck von Kultur, wie beispielsweise Kunst, die Geschichte jeder Gemeinschaft. Für mich ist der Begriff »Kultur« kompatibel mit Gesellschaft und eng damit verknüpft, so weitgehend, daß ich sagen würde, auch die Ökonomie fällt darunter. Eine spezifische Art der Ökomomie ist Ausdruck unserer Gesellschaft. Die im marxistischen Denken vorhandene Trennung von Kultur und Ökonomie würde ich ablehnen. Vor diesem Hintergrund begreife ich meine Arbeit als politische Kulturkritik. Kulturkritik ist immer eine politische und soziale Arbeit. Und Kulturkritik ist Gesellschaftskritik und Ökonomiekritik.

Was bedeutet das für die Fotografie?

► Wir machen eine sozial engagierte politische Fotografie, die immer etwas mit Geschichten und der Geschichte der Menschen zu tun hat. Wir versuchen ganz nah an die Menschen heranzukommen. Wir sind relativ dicht am Zeitgeschehen und versuchen immer präsent zu sein. Und das ist sehr wichtig. Als Fotograf bist du dann gut, wenn du deine eigenen Gefühle und Gedanken und die Gefühle und Gedanken der Leute in ein Bild transportieren kannst. Dazu muß man aber

dabei sein. Darin liegt ein Unterschied zur Literatur. Literatur entsteht aus einem intellektuellen Raum, der natürlich auch mit Gesellschaft und Wirklichkeit und damit verbundenen Träumen zu tun hat, keine Frage. Aber wir müssen direkt an den realen Orten sein, weil wir sonst kein Foto kriegen. Manchmal ist es so, daß man während des Fotografierens zutiefst mit den Leuten lebt und daraus auch diese Gefühle entstehen – vor dem Hintergrund des Historischen und des Utopischen. Ich bin nicht jemand, der nur diesen Augenblick, diesen einen Moment sieht. Deshalb kann ich auch nur selten Einzelbilder fotografieren, ich hab immer eher Reportagen im Kopf. Und dennoch ist es so, daß man manchmal in diesen Momenten etwas im Bild erkennt, etwas, das man vorher überhaupt nicht gesehen hat. Oft passiert das dann auch erst im nachhinein.

»Wie fotografiert man Ökonomie?«

Das Besondere des Moments festzuhalten, in dem sich vielleicht eine ganze Geschichte offenbart, könnte der Anspruch verschiedener fotografischer Richtungen sein. Was macht denn das Spezielle der sozial engagierten politischen Fotografie aus?

► Zwei Sachen sind dabei spannend. Wir konfrontieren Leute mit Dingen, Menschen, Situationen, die in ihrer alltäglichen Welt nicht vorhanden sind und versuchen dabei, Bilder mit exotischem oder folkloristischem Interpretationspotential wegzunehmen – gerade, wenn es um das Thema Nord-Süd geht. In der Reisefotografie reduziert sich die Darstellung von »Völkern« darauf, was sie nach außen transportieren – Maya-Kultur allein als Exotik und Kurden nur im Befreiungskampf. Wir versuchen, an ganz andere Punkte heranzukommen. Uns geht es darum, Widerstandssituationen mit Alltagssituationen zu verbinden, Einblicke in alltägliche Entwicklungen zu geben, hineinzusehen in Zusammenhänge, die normalerweise von der Linken immer ausgespart bleiben, wie religiöse Praktiken, in symbolische und mythologische Ordnungen – Themen, die in jeder Gesellschaft auf eine bestimmte Weise immer eine Rolle spielen.

Wir beschäftigen uns auch mit der Ökonomie. Nur – wie stellt man Ökonomie dar? Man kann natürlich die Ernte auf dem Feld darstellen, aber das ist nicht unbedingt die Ökonomie der Kurden oder der Mayas. Deshalb versuchen wir lange dazusein, und den sozialen, politischen und familiären Alltag sowie die Festivitäten zu beobachten. So puzzelt sich dann schlußendlich doch eine Geschichte zusammen, in der auch die Ökonomie sichtbar wird.

Das hört sich auch ein wenig nach Kritik an »der Linken« an.

► Das ist auf jeden Fall so. Zwar beziehe ich mich auf die politische und soziale Fotografie der zwanziger Jahre, aber nur bis zu dem Punkt, daß man sich im Kontext der Marginalisierten bewegt, zu dem man bis zu einem gewissen Grad auch selber dazugehört und hält diese Themen immer auf der Tagesordnung. Die andere Sache ist es zu sehen, daß es eben keine stringenten Vorgaben zu irgendwas geben kann – im Gegensatz zu vielen sozialistischen Kulturschaffenden, die, ob aus der DDR oder einer brechtschen Theorietradition kommend, ganz bestimmte Wege vorgeben wollen. Wir versuchen vielmehr, Wege anzudeuten, oft auch nur Zeichen zu setzen, die mit den eigenen Bildern von Menschen in anderen Ländern in ein Verhältnis gebracht werden können. Die Verbindung zwischen den Bildern müssen die Leute eben selber herstellen. Ich hab einen populistischen Ansatz, versuche eben nicht, das alles hochtheoretisiert und intellektuell anzugehen und zu abstrahieren, sondern ich will rein in den Alltag, ganz nach unten.

Welche Rolle spielen dabei fotoästhetische Kriterien?

► Gerade in den Nord-Süd-Arbeiten versuchen wir von Ästhetisierungen wegzukommen und nehmen durchaus auch mal rotzige Bilder rein, selbst wenn sie nicht einmal unserern eigenen fotografischen oder ästhetischen Ansprüchen genügen, dafür aber ein lebendiges Bild, einen besonderen Moment oder eine besondere Geschichte zeigen. Sogar inhaltlich kann das Ganze ein bißchen daneben liegen. Entscheidend ist das Gefühl zum Bild. Das ist was ganz Wichtiges.

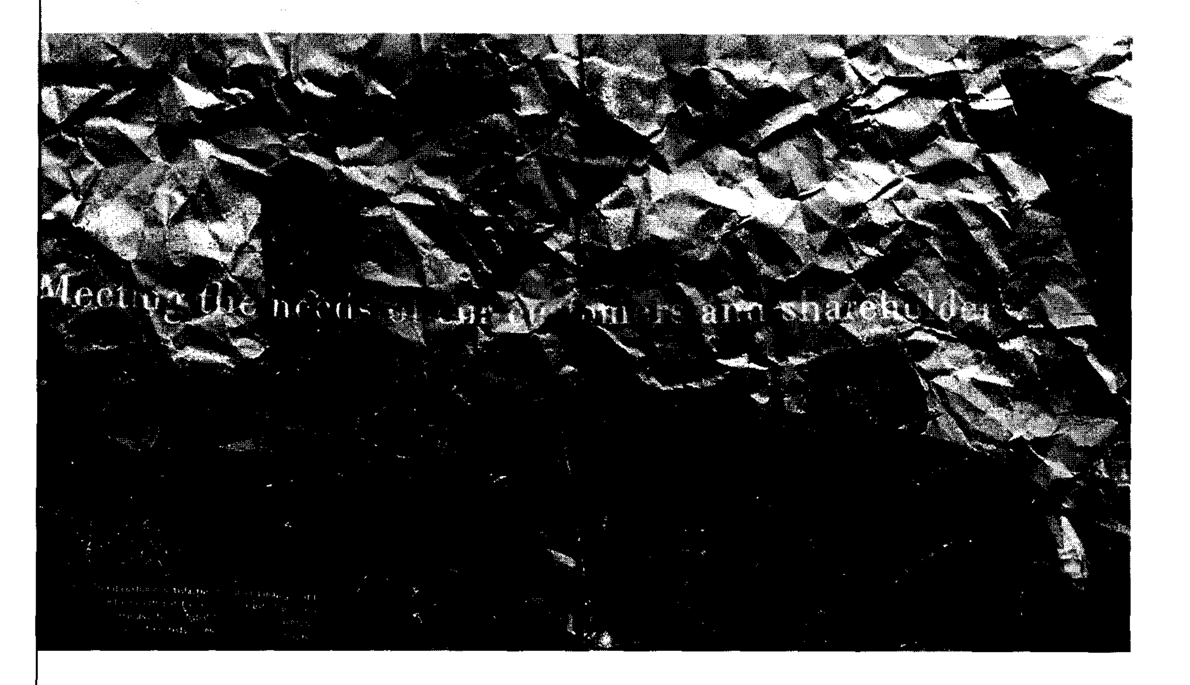
Betrachten wir das Ganze noch einmal von der Rezeptionsseite. Es ist ja so, daß unsere Gesellschaft Exotismen produziert. Können Bilder als Kunstwerke so strukturiert sein, daß Vereinnahmungen dieser Art nicht möglich sind?

► Bei manchen meiner Arbeiten sehe ich diesen Weg. Ich traue dem Bild sehr viel zu. Auf der anderen Seite traue ich ihm aber alleine nicht über den Weg. Ich muß noch was anderes dazunehmen, Sprache, Texte. Häufig arbeite ich mit Textzitaten der Betroffenen und setze die Bilder dazu, allerdings nicht mit der Holzhammermethode, Bild hier und Text drunter, sondern versuche vielmehr, eine Geschichte zusammenzusetzen, eine Spannung aufzubauen. Einmal habe ich zum Beispiel eine Maya-Familie zusammengebaut aus einer Frau, die aus einer ganz bestimmten sozialen Situation heraus Kooperativen gegründet hat, einem alten Mann, eine klassische Maya-Autorität, die das Bild des alten Antonio verkörpert, das der Subkommandante Marcos in viele seiner Communiquées als Metapher eingebaut hat. Die dritte Person ist ein Kind, das vom Militär vertrieben worden ist. Diese drei Figuren stehen für mich als Mann, Frau und Kind – als eine Familie. Dazu kommen dann die Texte. Der eine ist ein Interview mit dem Mädchen. Das andere ist ein Textzitat aus der Geschichte von Marcos über den alten Antonio als Metapher für den Widerstand, der sich über die Kulturen hinweg in den Jahren entwickelt hat. Und in der dritten Geschichte erzählt die Frau in vier, fünf Sätzen, was ihr die Arbeit in der Kooperative mit anderen Frauen bedeutet. Ganz banal, ohne Verschönerungen. Und diese drei Bilder, diese drei Geschichten setze ich auch räumlich sehr nah zusammen. Und der Zuschauer soll schauen, was er damit anfängt.

Das heißt, daß sich im Wechselspiel von Bild- und Textlektüre immer wieder neue Interpretationszusammenhänge eröffnen können.

► Ja, durch die Bilder erfahre ich vielleicht etwas über die Texte, und dann wiederum von den Texten etwas über die Bilder, was nicht unbedingt an jedem Punkt mit den Bildern übereinstimmen muß. Aber auch diese Widersprüche sind mir sehr wichtig, sie vielleicht sogar zuzuspitzen, sie offen stehen zu lassen, nicht oder wenn, dann nur minimal zu kommentieren. Einfach nur Daten und Fakten zu zeigen und dem Zuschauer die Möglichkeit lassen, sich den Inhalt selbst durch seine eigenen Assoziationen, sein eigenes Denken zu erschließen. In diesem selbstbestimmten Zugang zu den Inhalten meiner Arbeit liegt für mich auch ein emanzipatives Moment. Auch wenn diese Selbstbestimmung für Momente dazu führen kann, daß die Leute mal in eine ganz andere Richtung laufen. Das muß ich einkalkulieren. Das passiert.

► **Herby Sachs** ist 1952 in Stuttgart geboren, hat Theater-, Film- und Fernsehwissenschaften, Geschichte und Philosophie studiert und arbeitete zunächst als Programmdramaturg. Ende der achtziger Jahre begann er mit Foto- und Text-Journalismus. Seither publiziert er Bücher, zeigt Fotoausstellungen unter anderem zu den Themen Maya-Kultur, Zapatistas in Mexiko, Flüchtlinge in Guatemala sowie jüdischem Leben heute. Er war Mitherausgeber einer linken Zeitschrift und ist Mitbegründer der Fotografenagenturen *transparent* und *version*. Herby Sachs lebt und arbeitet als freier Fotojournalist in Köln. Fotos von ihm erscheinen regelmäßig in der **iz3w**.



»Weg vom 'Süden' und der 'Dritten Welt'«

Gespräch mit Gudula Meinzolt vom Kommunalen Kino Freiburg

► **iz3w:** *Seit Anfang der achtziger Jahre zeigt ihr regelmäßig Filme aus und über den Süden. Welche Idee steht dahinter?*

► **Gudula Meinzolt:** Grundsätzlich ist es für uns in der kommunalen Filmarbeit wichtig, Filme aus verschiedenen thematischen Bereichen, aus verschiedenen Ländern und Zeiten sowie unterschiedlicher Genres zu zeigen, um der Heterogenität der Filmkultur gerecht zu werden. Und Filme aus dem Süden sind meist nicht gleichberechtigter oder selbstverständlicher Anteil des gewerblichen Filmprogramms. Das hängt auch damit zusammen, daß im deutschen Verleih nur wenige Filme aus dem Süden angeboten werden. Das heißt, es bedarf einiger Anstrengungen – auch finanzieller -, sie überhaupt hierher zu bekommen. In Freiburg laufen diese Filme immer an einem festen Tag in der Woche plus Wiederholungen, um die Aufmerksamkeit zu zentrieren und als eine Art von Protektion für die Filmschaffenden aus dem Süden. Ich hoffe natürlich, daß diese Art der Protektion irgendwann nicht mehr nötig sein wird, wenngleich ich nicht allzu optimistisch bin, vor allem wenn ich mir die Situation von Frauen im Filmgeschäft anschaue.

Das heißt also, daß ihr den Filmschaffenden aus dem Süden einen gleichberechtigten Platz innerhalb der »Weltkultur« verschaffen wollt.

► Das ist sehr wichtig, aber nicht alles. Ich komme aus der Solidaritätsbewegung und arbeite auch vor dem Hintergrund, daß es andere Optionen als Neoliberalismus und Kapitalismus geben muß. Es muß Möglichkeiten der ökonomischen und politischen Demokratie und zur kulturellen Entfaltung geben. In diesem Rahmen begreife ich die kommunale Filmarbeit als eine Annäherung an Länder des Südens – weg von diesem Blick, der nur auf Armut, Leid, Ungerechtigkeit und Ausbeutung gerichtet ist, hin zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Realitäten. Und zwar durchaus auch von einer sehr subjektiven Position.

»Ein starker Film kann berühren und Denkprozesse in Gang setzen«

Was verstehst du darunter?

► Damit meine ich die Lust an der sinnlichen Wahrnehmung und gleichzeitig die Reflexion der eigenen Wahrnehmung. Diese beiden Aspekte lassen sich auch gar nicht voneinander trennen. Um etwas anzuschauen, um mich mit einem Thema auseinanderzusetzen, muß ich auch Lust darauf haben. Diesen Aspekt finde ich weder vernachlässigenswert noch negativ. Meine persönliche Beschäftigung mit Filmen aus Asien, Lateinamerika und Afrika hat sehr viel mit eigener Lust zu tun. Daraus entsteht auch viel Motivation. In dieser subjektiven Annäherung gerade im Medium Film liegt eben auch das Potential, sich im Verhältnis von gleich zu gleich zu begegnen. Man hat ein Gegenüber. Man erlebt Menschen, die mit Lebenswillen, Selbstbehauptung, Kreativität und auch Humor ihr Leben bewältigen.

Aber das wiederum ist auch von den Inhalten der Filme abhängig. Was du gerade beschrieben hast, hat ja viel mit dem Thema Alltag zu tun.

► Auf jeden Fall. Das Thema Alltag kennzeichnet seit den achtziger, vor allem neunziger Jahren sehr viele Filme, die aus dem Süden kommen. Weg von den großen Ideologien, Modellen und Lösungen läßt sich eine Bewegung in Richtung Alltag beobachten. Es geht um die Lebens- und Überlebensstrategien im überschaubaren alltäglichen Lebenszusammenhang. Das kann man vielleicht bedauern und sagen, man hangelt sich nur von klein zu klein, bleibt begrenzt und verliert das Ganze aus dem Blick. Aber wie gesagt, es erweitert eben auch die Möglichkeiten der subjektiven Annäherung.

Inwieweit ist diese Veränderung auch im Dokumentarfilmbereich wahrzunehmen?

► Auch da ist der ganze Überbau, sind die Sicherheiten und Lösungen weitgehend verschwunden und einem Nachdenken, Nachfragen und Beobachten gewichen. Außerdem lassen sich heute die starren Trennungen zwischen Spielfilm, dokumentarischem Spielfilm und Dokumentarfilm gar nicht mehr aufrechterhalten. In Lateinamerika wie überall wird stark hinterfragt, was Realität eigentlich ist, wer zeigt wen oder was und von welchem Standpunkt aus. Was zeige ich, und

was blende ich aus, und was legitimiert mich trotzdem zu sagen, es sei authentisch und real. Umgekehrt heißt das dann auch, daß ebenso Spielfilme zum Verstehen oder zur Analyse von uns fremden Gesellschaften, Realitäten und Träumen gebraucht werden können. Wenn ich beispielsweise etwas über Indien wissen will, kann es durchaus sinnvoll sein, mir einen Spielfilm aus Indien anzuschauen. Nicht nur der angeblich so authentische Dokumentarfilm, sondern eben auch der Spielfilm kann mir sehr viel über eine Gesellschaft sagen.

Gibt es irgend etwas allgemein Verbindendes zwischen Filmen aus dem Süden, außer daß sie im Kinobetrieb marginalisiert sind?

► Mir ist es wichtig, vom Label »Süden« oder vom Blick »Dritte Welt« wegzukommen und zwischen den einzelnen Ländern zu differenzieren. Ob ein Film aus dem Senegal, aus Ghana oder aus Simbabwe kommt, macht einen sehr großen Unterschied. Natürlich gibt es auch Diskussionen über Gemeinsamkeiten und Verbindungslinien. Aber worin könnte der Inhalt des afrikanischen Filmemachens tatsächlich bestehen? In der Abgrenzung vom europäischen Filmemachen etwa? Oder müssen die Themen »afrikanisch« sein? Darf der Film nur in Afrika gedreht sein, oder gilt das Label auch noch, wenn ein Afrikaner seinen Film in Europa gemacht hat? Was heißt es, wenn ein afrikanischer Regisseur in Europa studiert hat – was sowieso die meisten getan haben – oder wenn ein Film mit europäischen Geldern finanziert ist?

»Lateinamerikanisches Kino muß heute auch poetisch sein«

Das sind alles Aspekte, die Labels generell fragwürdig machen. Mit unserem breit gefächerten filmischen Angebot möchten wir der Unterschiedlichkeit Raum geben und auch zu einem Respekt vor der Unterschiedlichkeit beitragen. Das ist manchmal gar nicht so einfach. Oft ist es so, daß wir auch ein bestimmtes Bild davon haben, wie beispielsweise lateinamerikanische Filme sein sollen oder gar müssen. So wie im Bereich der Literatur immer noch alles am Magischen Realismus, personifiziert in Gabriel García Marquez, gemessen wird, wurde lange Jahre vom lateinamerikanischen Film erwartet, daß er sich mit der politischen Realität auseinandersetzt. Lateinamerikanisches Kino mußte früher engagiert sein, heute muß es (auch) poetisch sein.

Ist das eine neue Norm?

► In gewisser Weise ja. Lateinamerikanische Autoren wie Fernando Solanas haben sich ganz bewußt vom Politkino entfernt und diese neue Richtung eingeschlagen. Außerdem gibt es genug Produzenten, die explizit etwas Poetisches haben wollen. Sie wissen, daß sie das hier loskriegen, weil die Leute zur Zeit dafür ein Faible haben.

Nach welchen Kriterien gestaltet ihr dann euer Filmangebot?

► Uns geht es wie gesagt um die Darstellung der Vielfältigkeit, aber auch um die verschiedenen Blickwinkel. Das heißt, daß wir z.B. Filme aus dem Senegal sowie von europäischen Filmschaffenden über den Senegal zeigen. Wir suchen Filme aus, in denen die Regisseure und Regisseurinnen ihre eigenen Positionen ganz bewußt reflektieren oder in denen beispielsweise das Bild Afrikas in deutschen Filmen thematisiert wird. Und wir versuchen natürlich auch, die Interessen unseres Publikums aufzunehmen, seien das politische Themen, Unterhaltungsfilme oder aktuelle Trends.

Wir versuchen in der kommunalen Filmarbeit ein Gleichgewicht zu halten zwischen dem, was das Publikum sich wünscht, und unseren Angeboten. Wir wollen eben nicht nur irgendwelchen Moden nachlaufen. Deshalb zeigen wir durchaus auch Filme, die vielleicht nicht viele Leute interessieren, die wir jedoch für wichtig halten aus filmsprachlichen oder ästhetischen Gründen, weil sie innovativ sind, ein interessantes Thema bearbeiten oder einfach als Klassiker dazugehören. Oder wir zeigen Filme, die uns selbst am Herzen liegen. Wir möchten dann einfach, daß sich das auch mal andere anschauen.

Reagiert ihr mit eurem Filmangebot auch auf aktuelle Entwicklungen und Diskussionen?

► Auf jeden Fall. Manchmal verbinden wir Filme mit Vorträgen und Diskussionen, um sie auch in ihren diskursiven Kontexten zu sehen. Allerdings begreifen wir unser Filmangebot in keinem Fall als bloße Bebilderung aktueller Debatten.

Du willst also den Film nicht für politische Zwecke instrumentalisieren, sondern siehst ihn als eigenständiges Produkt, das aus sich heraus spricht.

► Darin sehe ich die eigentliche Stärke unserer Arbeit bzw. das, was Filme auch erreichen können. Ein starker Film, würde ich sagen, kann berühren und Denkprozesse in Gang setzen. Ein schwacher kann das nicht. Wichtige oder gute Filme berühren, weil sie es verstehen, ihre Themen oder Gefühle mit einer ganz bestimmten ästhetischen Form zu verbinden. Wenn jemand nur Inhalte im Kopf hat, funktioniert das nicht. Inhalte ohne Form sind ebenso uninteressant wie irgendwelche Formgeschichten ohne Inhalte.

Was ist für dich ein »starker« Film?

► Ein Film, der mich sehr berührt hat, ist »La flaca Alejandra« (Die dünne Alexandra) von der Chilenin Carmen Castillo *(s. iz3w 220)*. Die Filmemacherin, die zur Zeit der Pinochet-Diktatur verfolgt und gefoltert und deren Lebensgefährte umgebracht worden war, kehrt aus dem Exil zurück und befragt eine ehemalige Compañera, die durch die Folter von der DINA »umgedreht« wurde und dann die eigenen Leute verraten hat. Diese Frau hatte damals eine andere Identität bekommen und zwanzig Jahre ein normales Leben geführt. Bei den Prozessen zu den Verbrechen der DINA hatte sie zum ersten Mal ihre Stimme erhoben und gesagt: Ich war's. Ich hab das gemacht.

Die Auseinandersetzung damit, wie sich die Filmemacherin als ehemalige Gefolterte dieser Frau nähern kann und die Frage, ob ein Verzeihen überhaupt möglich ist, macht den Film für mich immens politisch. Gerade diese subjektive Herangehensweise macht die Stärke des Filmes aus. Für mich war es atemberaubend zu verfolgen, wie die Filmemacherin die Frau nicht als Verräterin behandelt, sondern wie es ihr gelingt, sie als ihr gleichwertig zu akzeptieren.

Der Film nimmt die Zuschauenden mit auf seiner Suche nach Wahrheit, nach Zukunft und nach dem Umgang mit Vergangenheit. Das ist fast das Maximale, was erreicht werden kann. Dabei entstehen viele Möglichkeiten, sich selbst zu fragen, wie man in solch einer Situation reagiert hätte.

Du bist eben auf die politische Dimension von »La Flaca Alexandra« eingegangen. Wie siehst du den Zusammenhang von Kultur und Politik in deiner Arbeit?

► Für mich ist Kultur Politik oder Politik auch Kultur. Wir wollen uns nicht von dominanten Kulturen bestimmen lassen. Unser Anliegen ist es, Vielfalt zu zeigen. Gerade im Filmbereich nehmen die USA eine sehr beherrschende Rolle ein, was ja sehr viel impliziert. Das Bild, das ich von der Welt habe, wäre sehr eingeschränkt, wenn ich nur noch US-amerikanische Filme sehen würde. Deshalb ist es schon politisch, daß wir andere Filme zeigen. Das würde ich als kulturpolitische Aufgabe bezeichnen, auch wenn das jetzt nach sehr wenig klingt.

► **Gudula Meinzolt**, geb. 1957, studierte Lateinamerikanistik in Berlin und Lima; längere Aufenthalte v.a. in Peru und Mexiko, Mitarbeit in der Peru-Solidarität und bei amnesty international; Konzeption und Organisation von Filmreihen aus Lateinamerika und arabischen Ländern. Seit 1996 arbeitet sie beim Kommunalen Kino Freiburg, wo sie u.a. verantwortlich ist für das zweijährliche *»freiburger film forum ethnologie und afrika/amerika/asien/ozeanien«*.

Die Interviews führten und bearbeiteten Sigrid Weber und Heidemarie Schlenk.

Dissidenz in Buchform

▶ Globalisierung, Hybridität, Identität und Differenz, Pop und Politik – dies sind einige der Schlüsselbegriffe in den gegenwärtigen Debatten um Populärkultur. Auch der deutsche Buchmarkt ist in Bewegung geraten und hat auf den Boom der Cultural Studies hierzulande mit einer Fülle von Publikationen reagiert.

Im **Tanz der Kulturen** der beiden Ethnologinnen Joana Breidenbach und Ina Zukrigl geht es um eine Neubestimmung des Kulturbegriffs im globalisierten Zeitalter. Im Gegensatz zu manchen anderen Kulturpessimisten wehren sie sich gegen das Horrorszenario einer Kulturschmelze in einer homogenisierten »McWorld«, in der alle Menschen dumpf und passiv der US-amerikanischen Kultur ausgeliefert sind. Die Autorinnen vertreten hingegen einen dynamischen Kulturbegriff. Kultur ist Austausch, und aus Begegnungen und Kontakt entstehen wieder neue und authentische Kulturformen, wie zahlreiche und zum Teil amüsante Beispiele aus Film und Fernsehen, Musik und Kunst illustrieren. Gerade die Menschen aus dem Süden hätten es stets verstanden, aus dem ihnen vorgesetzten Material neue und abweichende Bedeutungen zu kreieren. Medienrezeption also als widerständige Praktik, Konsum als politische Artikulation? Zum Teil sicherlich. Leider aber gerät im Verlauf des Buches jegliche Rückkoppelung an den Bereich der politischen Ökonomie verloren. Kultur im Spannungsfeld von Macht und Politik wird hier einseitig auf die kreativen und lustvollen Aneignungspraktiken der KonsumentInnen reduziert. Auf die Dauer ist dies eher etwas langweilig und redundant, denn die Cultural Studies können weitaus mehr leisten, als bei der bloßen Beschreibung dieser Form von Kreativität stehen zu bleiben.

Die Geschichte dieses Projektes, sein Stellenwert und seine Bandbreite haben die vor kurzem erschienen Sammelbände zum Gegenstand. Im ersten Band **Cultural Studies – Grundlagentexte zur Einführung** liegen die wichtigsten Texte zu den Ursprüngen, zu den theoretischen Reflexionen und Auseinandersetzungen, zu Popkulturstudien und zur Medien- und Publikumsforschung hier erstmals gebündelt in deutscher Übersetzung vor. Von Raymond Williams über Stuart Hall bis zu Douglass Kellner kommen in diesem gelungenen Sammelband all die Stimmen zu Wort, die die Cultural Studies seit der Anfangszeit bis zur Gegenwart entscheidend mitgeprägt haben. Auf vierzig Jahre Produktion 'abseitigen Wissens' kann man mittlerweile zurückblicken, und dabei verlief die Geschichte alles andere als harmonisch und linear. So ist in diesem Buch das Aufeinanderprallen des Marxismus mit dem Poststrukturalismus genauso ein Thema wie die Debatten um den oft kritisierten Populismus der Cultural Studies.

Die kleinen Unterschiede, herausgegeben von Jan Engelmann, verfolgen eine etwas andere Stoßrichtung. Statt das Projekt nochmals zu erklären und seinen Verlauf nachzuzeichnen, widmen sich die AutorInnen neueren Entwicklungen und Fragestellungen wie denen des Postkolonialismus, der Identitätspolitik und postmoderner Differenztheorien. Popkultur wird hier nicht – wie bei Breidenbach und Zukrigl – um ihrer selbst willen zelebriert, vielmehr schimmert eine skeptische Grundhaltung gegenüber dem oft strapazierten Ermächtigungsargument durch. Im Schatten der Kulturindustrie können Differenz und Dissidenz nämlich schnell zu kapitalisierbaren und sinnentleerten Schlagworten verkommen, und die Rhetorik des »Think different« hat längst schon Eingang in die Konzernzentralen der Multis gefunden. Damit befindet sich das Buch im Einklang mit dem Selbstverständnis des Projektes, denn gerade diese Fähigkeit zur Selbstreflexion hat die Cultural Studies als kontinuierliches und gegenwartsbezogenes *work-in-progress* seit jeher ausgezeichnet. *Dominik Bloedner*

Spaß mit Adorno

▶ Mit dem Motto »Kritik und Vergnügen« betitelt Heinz Steinert die Einleitung seines Arbeitsbuches **Kulturindustrie**. Obwohl der Text aus seinen Erfahrungen in Proseminaren erwachsen ist, verläßt Steinert mutwillig und wohltuend die ausgetretenen Pfade der gängigen Hochschuldidaktik. Strukturiert wird der Band durch eine abwechslungsreiche Folge ausgesuchter Beispiele von Kulturindustrie-Produkten, Anleitungen zu deren Analyse, sowie Lesehilfen zum Verständnis des Kulturindustriekapitels aus der »Dialektik der Aufklärung«. Die Absicht ist unschwer zu erkennen: Den klassischen und als »schwierig« geltenden Text auf anregende Weise den heutigen LeserInnen nahezubringen. Auf eine Runde der Abstraktion folgt stets (zur Erfrischung) eine der Konkretion. Die Wahl der Beispiele ist dabei bisweilen und durchaus gewollt komisch, wie folgendes zum Exotismus in der Musik der österreichischen Gruppe *Broadlahn*: »Auf einer Wanderung durch die Steiermark trifft A. zum ersten Mal auf die steirischen Bauern. Nur bekleidet mit ihren Lederhosen sitzen sie am Waldrand und ... jodeln. Der Anblick eines nackten Wilden in seiner natürlichen Umgebung ist ein Erlebnis, das nie wieder vergessen werden kann«, geht es Abdullah Ibrahim durch den Sinn. Er jodelt seinerseits und »auf geht's«!

Eine anspruchsvolle Fortsetzung des Themas für die fortgeschritteneren Semester leistet Christine Resch in **Die Schönen Guten Waren**. Die von Steinert vorgeschlagene Analyse des »Arbeitsbündnisses«, in dem sich die Interaktion zwischen Kulturprodukt und Interpret abspielt, nutzt sie für eine Kritik der Avantgarde wie der Cultural Studies. Sie entwickelt Ansätze einer Theorie der Intellektuellen und schlägt mit den Werkzeugen der Rezeptionsforschung den Bogen zurück zu einer materialistischen Kulturtheorie, die sich an die Kritische der Frankfurter Schule anschließt. So wird auch möglich, was die Cultural Studies mit ihrem einseitigen Bezug auf Populärkultur versäumt haben: Die Hochkultur und somit die Herrschaft kritisch zu betrachten.

Thomas Cernay

- *J.Breidenbach / I.Zukrigl: Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt, Verlag Antje Kunstmann GmbH, München, 1998, 256 S., 36 DM*
- *R.Bromley / U.Göttlich / C.Winter (Hg.): Cultural Studies. Grundlagentexte zur Einführung, zu Klampen!, Lüneburg, 1999, 390 S., 48 DM*
- *J.Engelmann (Hg.): Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies Reader, Campus Verlag, Frankfurt a.M. / New York, 1999, 320 S., 40 DM*
- *Christine Resch: Die Schönen Guten Waren, Die Kustwelt und ihre Selbstdarsteller, Westfälisches Dampfboot, Münster 1999, 346 S., 48 DM*
- *Heinz Steinert: Kulturindustrie, Westfälisches Dampfboot, Münster 1998, 218 S., 29,80 DM*

Am Ende von Dialog- und Multikultur

Gespräch mit Imran Ayata, Manuela Bojadzijev und Serhat Karakayali von der Gruppe Kanak Attak

Die Gruppe Kanak Attak sieht sich als »Zusammenschluß verschiedener Leute über die Grenzen zugeschriebener, quasi mit in die Wiege gelegter 'Identitäten' hinweg. Kanak Attak fragt nicht nach dem Paß oder nach der Herkunft, sondern wendet sich gegen die Frage nach dem Paß und der Herkunft« (aus dem Manifest »Kanak Attak und basta«). Kanak-Attak-Gruppen treffen sich in Frankfurt, Berlin, München, Hamburg, Köln, Bremen, Bielefeld und Mannheim. Sie schreiben Texte, nehmen CDs auf, organisieren Veranstaltungen, Parties und Konzerte. Weitere Infos zu Kanak Attak: http://www.matrosen.de/ka

► **iz3w:** *In Eurem Manifest beruft Ihr Euch auf Differenzen, ohne Euch aber auf irgendwelche Identitäten zu beziehen und wehrt Euch gegen feste Zuschreibungen. Betreibt ihr bei Kanak Attak also so eine Art Ethno-Queer – analog zum Queering, das die Dekonstruktion von Geschlechterverhältnissen zum Ziel hat?*

► **Imran:** Unser Anspruch ist es, uns von den ethnischen, nationalen und kulturellen Zuschreibungen zu lösen. Obwohl oder gerade weil Leute, die bei uns mitwirken, nicht primär der sogenannten hegemonialen »deutschen Kultur« zugerechnet werden.

► **Manuela:** Wir wollen rassistische Zuschreibungen angehen. Identität ist zu allererst ein Konzept, dem man unterworfen wird und nicht eins, auf das man sich freiwillig bezieht. Wir üben Kritik an Identitätspolitiken. Natürlich nehmen wir dabei keine nicht-identitäre Position ein – es wäre albern, das anzunehmen. Unsere Kritik richtet sich zum einen gegen jede Form nationalistischer Unterwerfung, zum anderen gegen den konsumistischen Multikulturalismus. Auf der anderen Seite kritisieren wir auch die beiden Schattierungen der Politik von MigrantInnen, die es bisher hauptsächlich gibt, nämlich einerseits die herkömmliche Form, die konformistisch und anbiedernd ist, und andererseits die Segregation, die zwar kritisch ist, sich aber selbst einer Identitätspolitik bedient. Wir versuchen, aus einer Kritik an diesen Politiken, eine andere Praxis zu entwickeln.

► **Serhat:** Die Frage nach der Identität ist eigentlich selbst schon falsch, weil sie falsche Antworten produziert. Das kann man auch daran sehen, dass ein anti-identitärer Gestus manchmal als Zeichen für Modernisierung gegenüber allen sogenannten »vormodernen« oder »fundamentalistischen« Gesellschaften behauptet wird, sowohl nach Innen als auch nach Außen. Hybrid und nicht-identitär sind dann diejenigen, die heute in Paris und morgen in Tokyo sind und auf die bornierten, ihren lokalen Identitäten verhafteten Bewohner der Outer Rims herabschauen. Die mediale Repräsentation vielfältiger Identitäten steht, wenn man so will, in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zu gleichen politischen Rechten für Migranten.

In der Stadtsoziologie geht es ebenfalls um diese Pole. Der Multikulturalismus propagiert das Zusammenleben von vermeintlich verschiedenen »Kulturen«, die Segregation sieht in der Ghettobildung einen Schutz vor der Mehrheitsgesellschaft und eine Möglichkeit, eigene Spielräume zu schaffen. Bewegt sich eure Position also zwischen diesen Positionen?

► **Imran:** Das sind beides keine Optionen für uns. Sowohl in politischen als auch in kulturellen Bereichen gibt es genügend, die sich nicht unter diesen Optionen subsumieren lassen. Politische Relevanz oder eine öffentliche Sichtbarkeit haben sie aber kaum. Unser Anspruch ist unter anderem, für diese Subjekte eine Plattform zu bieten. Einfach ist das angesichts gesellschaftlicher Verhältnisse heute nicht. Zumal es dafür auch wenige historische Anknüpfungspunkte gibt. Politische Artikulationen von Migranten sind zum großen Teil von identitären Politiken gekennzeichnet. Sie greifen zumeist vorgegebene Kategorien des Mainstreams auf, und glauben etwa die gesellschaftliche Existenz von Kanaken in Deutschland legitimieren zu müssen. Kanak Attak kämpft gegen diese Kategorien und Mechanismen an.

Beim Versuch, Kategorien aufzuheben, stoßt ihr immer wieder an gesellschaftliche Realitäten, die genau diese Kategorien festschreiben – die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft ist ein Beispiel dafür. MigrantInnen werden dazu genötigt, sich zukünftig für oder gegen die deutsche und eine andere Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Anders als Deutsche, die ihren Pass mit ihrer Geburt bekommen, müssen sie sich dann aktiv für eine solche Kategorie entscheiden.

► **Serhat:** Jenseits unserer Kritik an staatlicher Zugehörigkeit und Nationalstaat gibt es einen ganz pragmatischen Umgang. Für uns ist klar, dass jede Person, die in einem Staat lebt, dort auch politische Rechte haben muß. Und das gilt unabhängig von solchen Entscheidungen.

► **Manuela:** Zunächst müssen politische Rechte von jeder Vorstellung einer »Angehörigkeit« zu einem Staat abgekoppelt werden. Die diesjährige Reform des Staatsbürgerschaftsrechts war fatal. Die Entscheidung, die Du angesprochen hast, gilt ohnehin nur für diejenigen, die ab dem Jahr 2000 in der Bundesrepublik geboren werden und sich dann ab dem 18. Lebensjahr entscheiden sollen. Das unterschreitet sogar alle bisherigen Forderungen nach doppelter Staatsbürgerschaft, die auf eine Verbesserung des Rechtsstatus insbesondere der Arbeitsmigranten und ihrer Kinder zielten. Und innerhalb dieser Gruppe privilegiert diese Reform wiederum bestimmte Teile der Migranten. Sie ergänzt damit die Änderung des Asylgesetzes von 1993, die eine Mauer nach Außen definierte – jetzt ging es zusätzlich um eine Klassifikation der hier lebenden.

Ihr sprecht vom »Ende der Dialogkultur«, wollt aber andererseits eine breite Öffentlichkeit ansprechen. Wie geht das für Euch zusammen?

► **Imran:** Das ist für uns kein Widerspruch. Das Ende der Dialogkultur bezieht sich auf bestimmte Formen und Inhalte, wie man nicht nur im Maistream den Dialog mit den Migranten führt. So `ne Mischung aus Paternalismus und einem Spiel, das so tut, als würden gleichberechtigte Gesprächspartner über alles mögliche verhandeln können. Wenn wir also vom Ende der Dialogkultur reden, sprechen wir uns gegen die diskursiven Rahmenbedingungen aus. Es geht uns um die Art und Weise, wie dieser Dialog strukturiert ist. Es gibt dort Gleichere unter den Gleichen. Ohne Gleichberechtigung auf politischer Ebene, unter den Bedingungen rassistischer Aus-



grenzung oder der umarmenden Einverleibung kannst Du in diesem Spiel kaum gewinnen. Viele haben sich auf diesen Dialog eingelassen. Wir glauben, dass die Strategie, sich anzubiedern und über solche Dialoge Interessen zu artikulieren, nicht attraktiv ist. Da bleibt doch nur die Hoffnung, am äußersten Rand vom Kuchen noch ein paar Reste abzubekommen.

▶ **Manuela:** Den Konformismus hat man den MigrantInnen aber auch immer wieder abgezwungen. Ausländerpolitik ist seit Gründung der BRD schon an Sicherheitspolitik gekoppelt. Das 1965 geänderte Ausländergesetz unterstellte »Ausländer« nicht einer Rechtsordnung, sondern einer Polizeiordnung, die ihre Anwesenheit von den Belangen der Bundesrepublik abhängig machte. So stellten etwa in den sechziger Jahren »Betrunken Auto fahren«, »wilde Ehe« oder »lesbische Liebe« Gründe zur Ausweisung dar. Sowas wirkt nach.

▶ **Serhat:** Es ist einfach so, dass es nie einen Dialog gegeben hat. Es sei denn man nennt etwas Dialog, wenn jemand einen Monolog hält und sich dazu ein paar Zuhörer oder Stichwortgeber einlädt.

Ihr sucht »Öffentlichkeit« also unter anderen Vorzeichen?

▶ **Imran:** Damit sind wir jetzt bei der zweiten Komponente. Ich hab ja anfangs gesagt, es geht darum, Alltagspraxen auf die Bühnen zu bringen. Es geht um Sichtbarmachung, die sich von den tradierten Artikulationsformen und Inhalten der Migranten abgrenzt. Dieser politische Anspruch beschränkt sich keineswegs auf subkulturelle und linke Szenen oder auf die Communities. Wir suchen bewußt die Auseinandersetzung mit der breiten Öffentlichkeit. Auch wenn uns die Gefahren sehr wohl bekannt sind, müssen wir es versuchen.

Eure Ausdrucksformen sind dabei ganz unterschiedlich, ihr schreibt Texte und Songs, organisiert Touren und Veranstaltungen...

▶ **Manuela:** Ja, wir haben eine Tour mit Leuten von der Agence Im'Media und der MIB (Mouvement d'Immigration et Banlieu) aus der französischen antirassistischen Szene organisiert. Wir planen eine bundesweite KanakHistoryRevue und wollen im Herbst eine Maxi-CD herausbringen. Es wäre falsch anzunehmen, dass wir uns nur auf kulturellem Gebiet betätigen. Uns geht es nicht darum, Kultur zum Mittel zu machen, mit dem man politische Inhalte popularisieren könnte. Alle möglichen Seiten greifen inzwischen auf (pop)kulturelle Ausdrucksformen zurück, sei es die Regierung, seien es Unternehmen. Und auch in der Linken gibt es da eine lange Tradition. Für uns ist es eine prekärere Situation, weil Kultur etwas ist, worüber wir zum Teil definiert werden – über kulturalistische Zuschreibungen. Ein Beispiel ist da das sogenannte neue deutsche Migrantenkino. Es wurde früher kaum wahrgenommen. Die zur Zeit stattfindende Vereinnahmung führt inzwischen aber schon zu Distanzierungen – etwa durch den Schauspieler Birol Ünel oder den Filmemacher Thomas Arslan. Das ist ein neuer Schritt.

»Der Dialog in der Multikultur findet zwischen Gleicheren unter Gleichen statt«

▶ **Serhat:** In diesem Zusammenhang ist ganz interessant, dass auch Kanak Attak diesen Vereinnahmungsversuchen ausgesetzt ist. Bei Interviews und Veranstaltungen erwartet man, dass wir ein Club junger wütender Ghettokids sind. Gefragt wird regelmäßig nach den Biographien der Leute, nicht nach ihren politischen Inhalten und Forderungen. Kanak Attak wird als neue Multikulti-Migrantenkultur vorgeführt, die den Standortfaktor stützt – ein bißchen so, wie die sogenannten Girlies gegenüber dem Feminismus eingesetzt werden.

▶ **Manuela:** Bei uns gibt es einige Leute, die im Bereich der Kultur tätig sind. Dass sie über ihre Arbeit versuchen, in die rassistischen Verhältnisse zu intervenieren, ist ganz banal. Gleichzeitig geht es uns um Alltagskultur von Migrantinnen. Die werden wir aber nicht konsumierbar und schön bunt für Deutschland präsentieren. Wir wollen deutlich machen, dass in diesem Alltag Praktiken organisiert werden, mit denen sich Leute gegen ihre Verhältnisse wehren. Es ist also nicht irgendein Alltag oder irgendeine Kultur, sondern es sind die antirassistischen Aspekte, die uns interessieren. An sie wollen wir anknüpfen und die Vorstellungen von dem, was Kultur ist, verändern.

▶ **Imran:** Sich auf Pop und Kultur zu beziehen ist wirklich nichts Neues. Neu ist jedoch, wenn Kanaken dies aus ihrer gesellschaftlichen Situation heraus tun. Wenn sie sich im Bereich der Kulturindustrie artikulieren, sind sie ihren Mechanismen unterworfen. Unser Bezug auf Kultur ist auf eine spezifische Art politisch. Die Instrumente klassischer Antirassismuspolitik in Deutschland sind aus unserer Sicht gescheitert. Sie sind langweilig, bringen Leute nicht zusammen und wirken nicht gerade politisch motivierend. Ich glaube nicht, dass Ihr ein Interview mit uns gemacht hättet, wenn wir uns klassisch antirassistischer Argumentationsformen und Inhalte bedienen würden. Natürlich ist das strategisch. Wenn wir eine Maxi CD machen, machen wir das nicht, weil wir denken, es ist Pop und es ist hübsch, sondern wir wollen darüber Leute erreichen, die es nicht gewohnt sind oder es nicht besonders aufregend finden, in der taz unser Manifest zu lesen. Das heißt, es ist auch der politischen Situation geschuldet, dass man sich unterschiedlicher Instrumente bedient.

Am 29. September kommt Kanak Attak zu einer vom **iz3w** *organisierten Veranstaltung nach Freiburg: Dieser Song gehört uns. pop. politik. rassismus in Deutschland. Infos bei: iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg, tel 0761-74003.*

Das Interview führten Tina Goethe und Stephan Günther

Ein Haus für Deserteure

▶ »Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, die ins Ausland flohen, brauchen einen sicheren und anerkannten Status und dürfen nicht mit Ausweisung bedroht werden«, schreiben die Initiatoren des Projektes »Haus für Deserteure« in Budapest. »Wir benötigen Unterstützung, um den aus Jugoslawien geflohenen Deserteuren einen zeitlich befristeten Schutz anbieten zu können, ein Zentrum, wo sie sich treffen können.«

Seit der Eskalation des Krieges im Kosovo und der nachfolgenden Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO flohen tausende Kriegsdienstverweigerer (KDVer) und Deserteure in die umliegenden Staaten, auch nach Ungarn. In Jugoslawien hatten die Kriegs-Mobilisierung und Aushebungen ungekannte Ausmasse angenommen: Die Grenze wurde für alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren geschlossen. Jeder Einberufungsbescheid galt als zugestellt, auch wenn die betreffende Person selbst nicht angetroffen wurde. Militärgerichte wurden eingerichtet und die Strafen für Kriegsdienstverweigerung aufgrund des Kriegszustandes erhöht. Die meisten Betroffenen wurden zu Freiheitsstrafen von fünf Jahren verurteilt. In Serbien sollen 27.000 und in Montenegro 12.000 Menschen vor Gericht gebracht worden sein. Bei einer Rückkehr in ihre Heimat wären die ins Ausland geflohenen Deserteure und KDVer jedoch nur nach Annahme eines Amnestiegesetzes sicher. Im Land selbst ist z. Zt. jede Unterstützung von KDV, Fahnenflucht oder Desertion strafbar.

Die Idee für das Projekt »Ein Haus für Deserteure« entstand im Mai '99 unter serbischen Kriegsdienstverweigerern, die nach Budapest geflohen waren. Eine grosse Wohnung wurde angemietet, in der sich nun konstant zwei bis sieben Leute aufhalten. Hier haben die Kriegsdienstverweigerer und Fahnenflüchtigen die Möglichkeit, sich zu organisieren und auszutauschen. Auch die Deserteure, die aus praktischen Gründen nicht dort wohnen können werden beraten und können die Kontakte der Organisation nutzen. Über solche Kontakte z.B. zu Friedensgruppen in Deutschland wird vielleicht die Aufnahme einzelner Deserteure ermöglicht – ein Aufenthaltsstatus in Westeuropa wäre eine dauerhafte Lösung für viele der Betroffenen. Auf einer Vortragsreise in Deutschland und Österreich wurde bereits über die Situation der Deserteure berichtet.

Weiterhin ist geplant, die bislang einzige serbische Kriegsdienstverweigerer-Zeitschrift »Prigovora« wieder herauszugeben, die ein Forum für Friedenserziehung und KDV bieten will. Das Haus für Deserteure steht allen offen, auch z.B. Kosovo-Albanern, die vor der Rekrutierung durch die UCK flohen. Das Projekt kann nicht auf Schutz des ungarischen Staates hoffen. Um es nicht zu gefährden, soll die Adresse des Hauses nicht bekannt gemacht werden. Eine Kontakaufnahme (in englischer Sprache) ist über Connection e.V. möglich (Gerberstr. 5, 63065 Offenbach, Tel 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35). Spenden sind dringend erbeten.

... und keiner geht hin

▶ Am 7. November finden in Guatemala Präsidentschafts-, Parlaments-, und Gemeinderatswahlen statt. Nach offiziellen Prognosen hat die jetztige Regierungspartei PAN die größten Chancen, an zweiter Stelle liegt die ultra-rechte Republikanische Front (FRG) des Generals Efraín Rios Montt, der sich Ende der 70er Jahre schon einmal in das Präsidentenamt geputscht hatte und unter dessen Diktatur es laut Bericht der UN-Wahrheitskommission zu den meisten Menschenrechtsverletzungen und Massakern kam. Die ANN, eine neue linke Koalition, scheint den offiziellen Prognosen zufolge wenig Chancen zu haben. Nach langwierigen Verhandlungen hatte sich die Ex-Guerrilla URNG mit drei weiteren Links-Parteien zu diesem Bündis zusammengeschlossen und Alvaro Colón zu ihrem Präsidentschaftskandidaten ernannt. Der gilt als Vertreter der politischen Mitte und bekleidete schon mehrere öffentliche Ämter, u.a. war er ab 1997 Leiter des präsidentiellen Büros zur Lösung von Landkonflikten. Er ist deswegen auch der Campesino-Bevölkerung bekannt.

Die Wahl findet vor dem Hintergrund eines schweren Rückschlages für den Friedensprozess statt: In einem Referendum im Mai wurde über die in den Friedensverträgen von 1996 beschlossenen Verfassungsreformen abgestimmt, die der indigenen Bevölkerungsmehrheit mehr Rechte eingeräumt und die Befugnisse der Armee begrenzt hätten sowie Maßnahmen gegen die Straflosigkeit vorsahen. Bei einer extrem geringen Wahlbeteiligung von 18,5% wurden die Reformen jedoch abgelehnt. Ausschlaggebend für dieses Ergebnis war laut Statistik das Stimmverhalten der gebildeten ladinischen Bevölkerungsminderheit in den Städten, die sich in großer Zahl an der Wahl beteiligten. In den ländlichen Regionen mit einem hohen Anteil an Maya-Bevölkerung und oft einer Analphabetenrate von über 80% war hingegen bei minimaler Wahlbeteiligung eine weitgehende Zustimmung der Reformen zu verzeichnen.

Hauptgrund für die hohe Wahlenthaltung war offensichtlich die Unkenntnis vor allem der indigenen Bevölkerung über die Bedeutung des Referendums – bedingt durch die mangelnde Information durch die Regierung sowie den allgemein schlechten Bildungsstand und mangelnde Kenntnisse der Amtssprache Spanisch. Weiteres Hindernis für die Campesin@s war die erforderliche Beantragung eines Identitätsausweises – Vorraussetzung für die Eintragung ins Wahlregister. Beides sind zeit- und kostenaufwendige Verfahren, die oft mehrere Tage Arbeitsausfall bedeuten und mit teuren Busfahrten und langen Märschen in die nächste Bezirkshauptstadt verbunden sind. Zudem reduzieren mangelnde Spanischkenntnisse und die höchste Analphabetenrate auf dem gesamten amerikanischen Kontinent die Informationsmöglichkeiten über Vorhaben und Programme der Parteikandidaten auf Mund-zu-Mund-Propaganda oder Radiowerbung. Dies führte dann etwa dazu, dass in den vergangenen Jahren die FRG besonders in denjenigen Gegenden Gewinne verzeichnen konnte, in denen unter Rios Montt die meisten Massaker verübt wurden. Es war dem Ex-Diktator und medienerprobten Evangelistenprediger gelungen, sich mit einer Rhetorik »der harten Hand« als einfache Lösung gegen die Kriminalität gewalttätiger Banden zu verkaufen – Banden, die er Gerüchten zufolge selbst finanzieren soll.

Auch Wahllokale sind nur in den Bezirkshauptstädten zu finden. Die finanzkräftigen Parteien stellen ihren Anhängern bei Wahlen deswegen Transportmöglichkeiten von den Gemeinden in die Stadt zur Verfügung und kommen für Kost und Logis am Tag der Wahl auf, begleitet von kleinen Werbegeschenken. Dennoch beteiligen sich insbesondere die Maya-Frauen in den seltensten Fällen an der Wahl, da sie in der stark patriarchalen Gesellschaft das Haus und die Kinder hüten müssen. Hier möchte das Frauensekretariat der URNG mit der Aufklärungskampagne »Mano a Mano« ansetzen: Vor den Wahlen am 7. November sollen Inhalt und Bedeutung der Friedensverträge v.a. unter der weiblichen Maya-Bevölkerung breit bekannt gemacht werden. Die Maya-Frauen sollen ermutigt werden, ihren Identitätsausweis zu beantragen, sich ins Wahlregister einzutragen und wählen zu gehen. Das erfordert Betreuung und Begleitung bei den aufwendigen Behördengängen, Übersetzung etc. Erhebliche finanzielle Mittel für Transport, Photos, manchmal Notare, und vieles mehr ist dazu erforderlich. (Kontakt: Juan Ramón Ruíz, Postfach 697, 1061 Wien, Österreich, Email: juanramonr@usa.net) *HS*

Bürgschaft für indische Staudämme?

▶ Am 5. August sollten die Bundesministerien in einem »Interministeriellen Ausschuß« über die Vergabe einer Hermesbürgschaft für den Maheswar-Staudamm im indischen Narmadatal entscheiden. Der Staudammbau soll maßgeblich von deutschen Firmen und Banken ausgeführt und finanziert werden.

Darunter sind die Siemens AG und die Bayerische Hypo Vereinsbank, die beide die staatliche Absicherung ihrer Beteiligung durch eine Hermesbürgschaft beantragt haben. Der Interministerielle Ausschuß sah sich nun aufgrund der unterschiedlichen Darstellungen der Antragsteller und der gegen die Vergabe protestierenden NROs nicht in der Lage, eine Entscheidung zu fällen – das Thema wurde vorerst von der Tagesordnung genommen. Nun soll eine Kommission der Deutschen Botschaft in Delhi das Projekt untersuchen und feststellen, ob es förderungswürdig ist. NROs wie die Aktion Solidarische Welt (ASW) versuchen auf die Kommission Einfluß zu nehmen, um die sozialen und ökologischen Folgen des Projektes zu belichten.

Der Sardar-Sarovar-Staudamm nahe der Stadt Maheshwar ist Teil des geplanten Narmada-Staudamm-Systems, das den Bau von 30 Großstaudämmen und tausender kleinerer Staudämme und Talsperren über den 1.300 Kilometer langen Narmada und seine Nebenarme vorsieht. Zwei Großdämme sind bereits in Betrieb, an zehn weiteren Projekten wird gearbeitet. Die Weltbank hatte sich 1993 aus dem Projekt des Maheshwar-Staudamms zurückgezogen, weil eine Weltbank-Kommission dem Projekt ernsthafte Fehler in der Planung, den Ertragsberechnungen bezüglich Energiegewinnung und Bewässerungspotential, aber auch in ökologischer, menschenrechtlicher und entwicklungspolitischer Hinsicht attestiert hatte. Insbesondere die Umsiedlungsprogramme für 250.000 Menschen erwiesen sich als nicht umsetzbar, und es bestand Grund zu der Annahme, daß die Betroffenen wie bei vielen anderen indischen Umsiedlungsprogrammen im Slum landen würden. Außerdem müßten hunderttausende Hektar fruchbarer Ackerböden und artenreicher Tropenwälder dem Stausee weichen.

Nach einem jahrelangen Baustopp wurde der Sardar-Sarovar-Staudamm in den letzten Monaten um acht Meter erhöht. In der jetzt anbrechenden Regenzeit besteht die Gefahr, daß der Stausee weitere Dörfer überfluten wird. Aus den Reihen der ´Bewegung zur Rettung der Narmada´ (Narmada Bachao Andolan – NBA), die seit Ende Mai verstärkt gegen das Projekt mobil macht und in der zehntausende Menschen organisiert sind, haben sich »Opferbrigaden« gebildet, die ihre Hütten nicht verlassen werden, wenn das Wasser steigt. Es sind schwere Auseinandersetzungen zu befürchten. Die ´Narmada Bachao Andolan´ hat sich von Anfang an als gewaltfreie, gandhianische Bewegung begriffen. Unterstützt wird sie u.a. von der Autorin Arundhati Roy und Medha Patkar, die 1991 mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet wurde. In den kommenden Tagen und Wochen will das oberste indische Gericht wieder darüber verhandeln, ob der Sardar-Sarovar-Staudamm weitergebaut werden darf oder – kaum zu erwarten – dem Antrag der NBA auf Revision stattgegeben wird.

Landlose gegen Brasília

► Mit einem dreitägigen Streik der LKW-Fahrer, dem Streik der Metaller in den Fordwerken São Paulos und dem Marsch von 100.000 auf die Hauptstadt Brasília zeigt die organisierte brasilianische Zivilgesellschaft ihrem Präsidenten Fernando Henrique Cardoso die Zähne. Es ist der Protest von Arbeitslosen, Ausgeschlossenen und Facharbeitern, der deutlich auf die Probleme hinweist, die Cardoso in fünf Jahren seiner Regierung provoziert hat. Übereilte Privatisierung, Ausverkauf strategischer Staatsbetriebe, Unterordnung unter internationales Kapital, Weltbank und IWF, neoliberale Marktöffnung und Abbau von Sozialleistungen haben zu Massenarbeitslosigkeit, Verelendung und einer kaum noch vorstellbaren wachsenden Disparität zwischen arm und reich geführt.

Der Protestmarsch von Rio de Janeiro nach Brasília (1.500 km sollen zu Fuß marschiert werden) faßt die ganze Problematik zusammen und wird unterwegs – begleitet von Presse, Rundfunk und Fernsehen – über die Krise, ihre Gründe und Auswege diskutieren. Die brasilianische Verschuldung im In- und Ausland, die neoliberale Wirtschaft und die Wirtschaftskrise werden dabei thematisiert. Interessant ist die breite Allianz, die den Marsch der 100.000 trägt: vom progressiven Gewerkschaftsdachverband CUT, der Landlosenbewegung MST, der Zentrale für Volksbewegungen CMP und der Landfrauenbewegungen über die Sozialpastoral bis zur brasilianischen Bischofskonferenz CNBB. Hauptakteur bleibt dabei die MST, die infolge ihrer hohen Mitgliederzahl und ihrer Organisation auch die meisten Marschierenden stellt.

Parallel wird seit dem 15.08. in Belim gegen 150 Militärpolizisten verhandelt, die im April 1996 neunzehn Landarbeiter brutal niederschossen. Die Militärpolizei hat durch direkte Lohnabzüge aller Bediensteten rund 3,5 Mio DM zusammengebracht, um die Beschuldigten zu verteidigen bzw. freizukaufen. Der Gouverneur des Bundesstaates Pará, in dem das Massaker stattfand, vertreibt derzeit im ganzen Bundesstaat Landlose und setzt seine Macht gegen jede Opposition ein. Beim Gerichtsverfahren erhielt die Landlosenbewegung gerade 3% der Plätze im Gerichtssaal, d.h. gerade zwölf Personen der Bewegung dürfen teilnehmen. Ein Großteil derer, die durch das Massaker Witwen und Waisen wurden, sind so vom Prozeß ausgeschlossen. Exclusão, das Prinzip des Ausschlusses herrscht in Brasilien weiterhin vor justiçia, der Gerechtigkeit. *Wolfgang Hees (Brasilienintiative Cobra)*

Die letzte Guerrilla

▸ Kolumbien ist Schauplatz des letzten intensiven Guerrilla-Krieges in Südamerika. Über die massive Unterstützung der kolumbianischen Regierung im Kampf gegen die Guerrilla schlittern derzeit die USA, die die kolumbianische Armee seit Jahrzehnten mit Waffen und logistischer Unterstützung für den »war on drugs«, den Kampf gegen den Koka-Anbau, ausstattet, immer tiefer in den Krieg. Dabei hatte Präsident Pastrana die Wahl vor einem Jahr vor allem mit dem Versprechen gewonnen, den nun 52jährigen Krieg zu beenden. Auch die Armee bekundete ihre Verhandlungsbereitschaft. Die Verhandlungen scheiterten jedoch v.a. an den gut ausgestatteten Paramilitärs, die von NGOs für 80% der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien verantwortlich gemacht werden. Sie entstanden ursprünglich mit massiver Unterstützung von Regierung und Armee, haben sich inzwischen jedoch zu einem eigenständigen dritten Machtfaktor entwickelt und fordern einen Platz am Verhandlungstisch. Das wird von den beiden Guerrillas FARC und ELN jedoch abgelehnt. Diese fordern die Regierung auf, die Gewalt der Paramilitärs zu beenden.

Die Programmatik beider Guerillas hat sich in den vergangenen Jahren »sozialdemokratisiert«. An ihre sozialistischen Ziele erinnert nur noch wenig. So ist von dem Plan, die größten Unternehmen zu verstaatlichen, schon lange nicht mehr die Rede. Stattdessen sollen Löhne und die Ausgaben für Erziehung, Wohnungsbau und Gesundheitsfürsorge erhöht werden. Unklar ist, ob und wie weit die beiden Guerrillas Politik und Aktionen koordinieren. FARC-Kommandant Antonio Rojas meint, es gäbe keine Koordination, weil die ELN in sich zu sehr gespalten sei. Andere wiederum reden von einer 15jährigen Zusammenarbeit und verweisen auf gemeinsame Offensiven gegen die Paramilitärs im vergangenen Jahr.

Die ELN ist eine ehemals fokistisch und straff vertikal organisierte Guerrilla. Nach einer Krise und internen Diskussionen wurden Anfang der 80er Jahre basisdemokratischere und dezentralere Konzepte übernommen. Diese gingen allerdings nie so weit, wie beispielsweise diejenigen der EZLN in Chiapas. Die ELN wird derzeit auf ca. 2.500 KämpferInnen geschätzt und operiert v.a. im Norden des Landes. Sie signalisierte zuletzt ihre Verhandlungsbereitschaft, indem sie mehrere Geiseln freiließ. Über die guten Kontakte zum Agentenehepaar Mauss und dem ehemaligen Geheimdienstkoordinator Schmidbauer versuchten sie, die deutsche Regierung als Vermittlerin in den Friedensverhandlungen zu gewinnen, womit auch die Position der USA als Vermittler geschwächt würde. Die Mauss-Connection rührt aus dem Jahre '84, als der Geheimagent für die Mannesmann AG den Bau einer Pipeline durch das ELN-Gebiet verhandelte. Der damalige Deal, Schutzgelder für die ELN und soziale Projekte für die ansässige Bevölkerung, wurde in der BRD immer als unseriös gewertet, fand in Kolumbien als pragmatische Lösung jedoch weitgehend Akzeptanz.

Der FARC scheint weniger an einem Friedensschluß gelegen zu sein. Sie operiert aus einer Position der Stärke heraus und zeigte bislang keine Kompromissbereitschaft. In den unzugänglichen Siedlungsgebieten am Amazonas ist sie sozial fest verankert und übernimmt weitgehend die Aufgaben des Staates. Sie wurde 1952 als erste kommunistische Guerrilla Lateinamerikas von Manuel Marulanda gegründet. Der inzwischen älteste Kommandant des Kontinents ist besser bekannt unter dem Namen »Tirofijo« (dt. etwa: »Old Surehand«) und genießt den Status einer lebenden Legende. Im Ausland und bei der städtischen Bevölkerung Kolumbiens gilt die FARC mittlerweile als Mafia, die sich v.a. durch Drogenhandel und Entführungen auch von ZivilistInnen finanziere. Tatsächlich hat sie nie bestritten, von den in ihrem Gebiet operierenden Koka-Zwischenhändlern eine 10%ige »Kriegssteuer« auf jedes Kilo Koka zu verlangen. Es wurde jedoch nie bewiesen, daß sie direkt im Dienst der Kartelle steht, was unter anderem bei den Paramilitärs oft der Fall ist. (Der Führer des Medellin-Kartells, Pablo Escobar, betrachete die »Paras« als seine Privatarmee.) Trotzdem richtet sich die Anklage, den Friedensprozess zu behindern, vor allem gegen die FARC: Als diese im Vorfeld der Verhandlungen der Regierung anbot, 245 gefangene Soldaten und Polizisten gegen 450 Häftlinge aus den Reihen der FARC auszutauschen, sahen dies viele als Anzeichen dafür, daß die FARC weniger an einem langfristigen Frieden als an einem guten Geiselaustauschverhältnis interessiert sei.

An der starken Position der FARC wird sich so bald nichts ändern, und tatsächlich stellt sich die Frage, welche Vorteile ihr ein Friedensschluß bringen würde angesichts der Schwierigkeit, 25.000 sehr junge, unausgebildete KämpferInnen in eine zivile Gesellschaft zu integrieren, zu der sie nie gehörten. Die Weigerung, die Waffen niederzulegen, rührt jedoch auch aus der Erfahrung, die die FARC Mitte der 80er machen mußte. Damals unterzeichnete sie zusammen mit anderen Guerrillas, u.a. der M-19, ein Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung und versuchte, einen politischen Arm, die Unión Patriotica, aufzubauen. Mehr als 4.000 Mitglieder der UP, der Großteil ihrer Kader und AktivistInnen, wurde damals in kurzer Zeit von rechten Paramilitärs ermordet. Auch heute ist es in Kolumbien gefährlicher, sich öffentlich politisch zu engagieren, als sich einer der gutausgestatteten Guerrillas anzuschließen. Im gewalttätigen politischen Alltag gibt es kaum Räume für Gegenöffentlichkeit oder für Debatten, die es ermöglichten, die alten Konzepte zu überdenken. *HS*

Warum in die Ferne schweifen?

▸ Der Glaube an eine planbare Zukunftsfähigkeit des Tourismus spiegelt sich in einem wachsenden Angebot an sozialverträglichen Konzepten und ökotouristisch gelifteten Reiseangeboten wider. Ergänzt wird diese Tendenz durch das Bedürfnis soziologischer Wissenschaft, die »theoretisch unbedarfte Reisemotivforschung auf ein brauchbares Fundament zu stellen«. **Voyage, das Jahrbuch für Reise- und Tourismusforschung**, analysiert in zwei Bänden mit einer Auswahl an Essays und wissenschaftlichen Beiträgen den »Drang in die Ferne«. **Voyage 1998** fragt, wie Wunschbilder und Traumziele entstehen und wie diese »kollektiven Mythen« das Reiseverhalten beeinflussen. Landschaftsräume und Zeitreisen werden dekonstruiert, Fremde und Exotismus begegnen heimatlicher Vertrautheit oder der romantischen Vorstellung von unberührter Natur. **Voyage 1997** mit dem Schwerpunkt »Warum reisen?« erweitert die seinerzeit von Goethe aufgeworfene Frage: »Warum in die Ferne schweifen wenn das Schöne liegt so nah?« Eine Aufsatzsammlung beschäftigt sich mit kollektiven Wünschen und individuellen Bildern, die das moderne Reisen prägen. Was den meisten Beiträgen dabei fehlt, ist eine kritische Distanz zu ihrem Untersuchungsgegenstand. Im Schatten der Faszination des Reisens werden die durch den Tourismus verursachten sozialen und ökologischen Probleme zuweilen ausgeblendet. Hinweise auf die potentielle Gefahr einer Verwendung der sozial-psychologischen Analysen für eine Ausschlachtung emotionaler Bedürfnisse in neuen Angebotspaletten sucht der Leser in den fröhlich-wissenschaftlich dargestellten Voyage-Beiträgen vergeblich. Und wenn die Thesen die »Fluchtmotive« als treibende Kraft der Reisewut in bedenkliche Nähe zu den Fluchtgründen von MigrantInnen rücken, oder anthropologische Grundkonstanten einen genetischen Zwang zur Mobilität erklären, dann wird eine Kritik an der soziologischen Erklärungssuche zur Pflicht.

In seinem Buch **Reiselust – Touristen, Tourismus und Urlaubskultur** meint Christoph Hennig, Fest, Spiel und Ritual trieben uns in die Ferne, Fantasien über edle Wilde und Barbaren fänden als Ausdruck des Frivolen in der Urlaubswelt ihr gesellschaftlich legitimiertes Ventil. Die »Zwanglosigkeit« der sozialen Beziehungen, das physische und geistige Erleben von Entgrenzung, die gefühlsmäßige Nähe zum »Archaischen« ersetzten das verlorengegangene Ritual, frei vom alltäglichen Identitätsdruck und doch erleichtert durch die wirtschaftliche und technische Entwicklung. Selbstbezogen werden »mythische Räume belebt« und die Eroberung der »Wahrheit der kollektiven Fantasien« beschrieben. Doch eine Theorie über das Reisen muß scheitern, wenn die Frage nach »Gegenerfahrungen zur postmodernen Welt« und andere »Flucht- oder Ritualtheorien« den Blick auf historische, gesellschaftliche und ökonomische Verhältnisse verstellen. Wenn sich der soziologische Erkenntnisgewinn angesichts der Suche nach branchentauglichen »Interpretationen für touristische Verhaltensmuster« – das »Investitionsverhalten der Touristiker« eingeschlossen – nicht selbst hinterfragt, dann kann Hennig trotz aufschlußreicher Beobachtungen zu Recht als Vordenker von Marketingstrategen bezeichnet werden.

Dagegen unterwirft das Buch **Reisekultur – von der Pilgerfahrt zum modernen Tourismus** den als »schönste und unschuldigste Leidenschaft des Menschen« stilisierten Tourismus einer kritischen und zugleich historischen Analyse. Das Buch beschreibt anhand konkreter Beispiele aus sehr unterschiedlichen Kontexten über mehrere Jahrhunderte hinweg, wie das Reisen als zunächst mutiger, dann aber zunehmend gezähmter Ausbruch aus einer geordneten Welt – und als Einbruch in neue Gefilde – an Faszination und Einfluß gewann. Ob Beiträge zur Reiseberichterstattung, zur Technologieerkundung der Ingenieure oder Landschaftsinterpretationen der Künstler, ob Einsichten in die unfreiwillige Walz der Handwerker oder die Mobilität von Bettlern und Gauklern, in die wilde Völkerkunde mit ihren grausamen Fragemethoden und Entdeckungsreisen, die Eroberung neuer Märkte durch wandernde Kaufleute – sie alle tragen aufschlußreiche Aspekte in amüsant lesbarer Weise zusammen. Die Texte erklären die Entstehung neuer Mythen und wie das bedrohlich Fremde zum herkömmlich Exotischen wird.

Der Mut zur Wildnis und der Versuch, Exotik zu erhalten, gewinnen anbetracht fortschreitender Modernisierungsprozesse des Alltags an Bedeutung. Um diese zentrale Aussage kreisen eine Reihe von Beiträgen des **Reise Special 99** der Zeitschrift »Politische Ökologie«. Die Nachfrage nach Wildnis und Naturabenteuer scheint in dem Maße gesichert, wie die Technisierung den Arbeitsalltag der Touristen prägt. Denn statt Machbarkeit und Kommerzialisierung verkörpere die intakte Natur die Grenze der Verfügbarkeit. Gleichzeitig scheint die Wildnis nur noch mittels hoch spezialisierter und wissensintensiver Technologien erhalten oder wiederhergestellt werden zu können. Ein Dialog mit der TUI enthüllt dem skeptischen Leser, daß nicht »wahre Wildnis« sondern die »Ware Wildnis« hinter den als nachhaltig bezeichneten Konzepten der Umgestaltung touristischer Fehlentwicklung in sogenannte sozial gerechte und umweltverträgliche Formen steht. Geschmiedet aus einer Mischung humanitärer Gutwilligkeit, naturschützerischem Engagement und ökonomischem Kalkül tragen gerade auch die alternativen Angebote zum Anstieg der Auslandsreisen bei. Die TUI erläutert die Notwendigkeit von »sauberer Technologie« und einer »intakten Umwelt« für einen »zufriedenen Kunden« – kurz: ein Öko- und Sozialmanagement zur Schadensregulierung, zur Zufriedenstellung der Aktionäre und Beruhigung des ökologischen Gewissen aller Beteiligten.

Martina Backes

▸ *Hermann Bausinger, Klaus Beyrer, Gottfried Kroff (1999): Reisekultur. Von der Pilgerfahrt zum modernen Tourismus. C.H.Beck Verlag, München, 413 S. und 103 Abb., DM 38,-.*

▸ *Christoph Hennig (1999): Reiselust. Touristen, Tourismus und Uralubskultur. Suhrkamp Taschenbuch, Frankfurt a.M. 228 S., DM 14,80.*

▸ *Wa(h)re Wildnis. Politische Ökologie, Reise Special 99. München, April 99, 17. Jahrg. DM 19,80.*

▸ *Voyage – Jahrbuch für Reise- und Tourismusforschung. 1997: Warum Reisen? 1998: Das Bild der Fremde – Reise und Imagination. Dumont, Köln, DM 39,90.*

Zuflucht in Gefangenschaft

► Einen »Ort der Gefangenschaft« nennt Joseph Vogl im Handbuch zur Kampagne »**Kein Mensch ist illegal**« das politische Asyl, obwohl das griechische »Asylos« das Gegenteil bedeutet, nämlich sicher, unverletzt, eine Frei- und Zufluchtsstätte. Die harten Wirklichkeiten europäischer Interessen haben den Begriff längst pervertiert. Zugleich sind die Stimmen derer, die das Recht auf Asyl einfordern, in den letzten Jahren deutlicher geworden. Ein Stimmenbild dazu hat nun die Initiative »Kein Mensch ist illegal« vorgelegt. Das Buch enthält ein Spektrum von Textbeiträgen in Form von kurzen Analysen, Interviews mit Beteiligten, hilfreichen Erfahrungen und Hauptknotenpunkten zukünftiger Auseinandersetzungen: Ein Mann aus Hessen bringt eine Familie nach England, wird dort erwischt und kassiert fünf Jahre Gefängnis – Zivilcourage eines einzelnen, die kaum bekannt wird. Leben in der Illegalität macht krank; an verschiedenen Orten entstehen neben den Zufluchtsprojekten auch medizinische Anlaufstellen, die sich die Vermittlung von hilfsbereiten ÄrztInnen zur Aufgabe gemacht haben. Grenzüberschreitungen in jeder Hinsicht sind notwendig, z.B. Grenzaktionen an der polnischen, an der dänischen Grenze, Aktionen gegen Abschiebungen, das Wanderkirchenasyl in Nordrhein-Westfalen.

Seit die Initiative sich vor zwei Jahren zum ersten Mal öffentlich vorgestellt hat, sind Netzwerke entstanden, die sich länderübergreifend organisieren. Dies ist auch dringend erforderlich, da in den »Schengen-Staaten« bereits durch den seit 1.4.99 gültigen Vertrag von Amsterdam – der Maastricht ablöste – die Asyl- und Abschiebepraxis vereinheitlicht wurde. Mehr noch: Im Herbst wird die Europäische Union in Finnland über ein Papier aus Österreich – »Zur Notwendigkeit einer europäischen Einwanderungspolitik« – beraten, in dem zwei Prinzipien festgehalten werden: die »Maßnahmen zur Steuerung oder Eindämmung der Migrationsströme« wie auch »Lastenteilungsmechanismen in einem Kontingentverfahren« abseits des Rechts auf Asyl. Internationale Konventionen sind längst schon über Bord geworfen worden, gleichwohl behaupten die verantwortlichen Instanzen, sie zur Basis der »Eindämmung« zu machen.

Das Handbuch bietet zwar keinen umfassenden Einblick in diese Politik, es leitet seinen Anspruch, einen konkreten Beitrag zum Widerstand zu leisten, eher aus praktischen Ansätzen ab. Insoweit geben die Diskussionen aus dem Wanderkirchenasyl über den Paternalismus als eine Form des Rassismus, wie auch über das Selbstverständnis der Karawane der MigrantInnen einen guten Einblick in die realen Dimensionen. Denn viel zu wenig wird mit den Betroffenen diskutiert, viel häufiger wird über sie »das Politische« definiert. Das Buch erscheint in einer Phase der notwendigen Neubestimmung der antirassistischen Bewegung, nachdem sich bisherige Oppositionsfraktionen sang- und klanglos von ihren bisherigen Parolen scheinbar asylfreundlicher Parteinahme verabschiedet haben. Die damit zurückgelassenen Leerstellen sind noch nicht wieder aufgefüllt worden, da sich auch Gruppen wie Pro Asyl oder landesweite Flüchtlingsräte über ihre weitere Vorgehensweise nicht klar sind. Umso notwendiger ist die Bestimmung eigener Inhalte und Positionen, wie sie ein Migrant aus Congo-Zaire ausdrückt: »Ich denke, wenn die europäischen Regierungen versuchen, ihre Politik zu harmonisieren, dann müssen auch wir europaweit unsere Kämpfe abstimmen.« *Christian Möller*

► *cross the border (Hg.): kein mensch ist illegal. Ein Handbuch zur Kampagne. ID-Verlag, 1999, 144 S., DM 15.*

Wallersteins Weltsystem

► Mit »**Das moderne Weltsystem II**« liegt der bereits 1980 in englischer Sprache erschienene zweite Band des historisch-theoretischen Hauptwerkes von Immanuel Wallerstein nun auch in deutscher Übersetzung vor. Wallerstein gilt als Begründer der »Weltsystem«-Theorie, dem ersten und bis heute wohl ausgefeiltesten Versuch, ungleiche Entwicklung im Weltmaßstab als Grundlage und Erscheinungsform eines einzigen, den gesamten Globus umspannenden, kapitalistischen Weltsystems zu begreifen. Zentrum und Peripherie stehen sich in dieser Sicht nicht statisch, gleichsam als Endprodukte von Abhängigkeitsbeziehungen gegenüber. Vielmehr ist das auf diesen Beziehungen aufbauende System von der wiederholten geographischen Verlagerung von Zentren, Peripherien und Semiperipherien gekennzeichnet.

Das mehrbändige historische Hauptwerk von Immanuel Wallerstein ist dazu berufen, die Geschichte und die Regelmäßigkeiten der Entwicklung dieses Weltsystems nachzuzeichnen und theoretisch zu fassen. Hatte sich Band I mit der Entstehung des Weltsystems (und damit des Kapitalismus selbst) in der Epoche der wirtschaftlichen Expansion im 16. Jahrhundert beschäftigt, so geht es im vorliegenden Band um die weitere Entwicklung dieser »europäischen Weltwirtschaft« in der folgenden langen Phase der Kontraktion. Die damit einhergehenden krisenhaften Entwicklungen dienten, so eine der Grundthesen von Wallerstein, zumindest im Ergebnis der Stabilisierung des Systems. Dennoch kam es zu heftigen Rivalitäten und Kriegen zwischen den aufsteigenden Mächten des Zentrums und der Hegemonialmacht Holland, die zum Aufstieg Englands zur neuen Führungsmacht führten. Auch für England führte der Weg zum Aufstieg im Weltsystem unter anderem über die Stärkung des Staates und eine auf Markteroberung gerichtete, merkantilistische Wirtschaftspolitik – Strategien, die von sämtlichen Rivalen ebenfalls zur Anwendung gebracht wurden, doch eben mit weniger Erfolg.

Unterdessen führte die Kontraktion des Gesamtsystems in den »alten« Peripherien zum Rückgang der Produktion für die Zentren und zur Wiederbelebung der Produktion für regionale Märkte. Auch in der Peripherie verschärften sich die Klassengegensätze, doch mündete dies hier in erster Linie in eine Zuspitzung der Repression und der Ausbeutung der Arbeitskraft (z.B. zweite Leibeigenschaft in Osteuropa). Im Gefolge der Spannungen und Bedrängungen, denen sich die Zentren aufgrund der Krise ausgesetzt sahen, kam es zudem zur Einverleibung von bis dato externen Zonen als »neue« Peripherien in die »europäische Weltwirtschaft« (z.B. die auf Sklavenarbeit basierende Plantagenwirtschaft der Karibik).

Die semiperipheren Zonen gelangten an den »Scheideweg«. Hier kam der Staatsintervention für die weitere Entwicklung eine ganz besondere Bedeutung zu. Jene Staaten, die sich als unfähig erwiesen, im Rahmen semiperipherer Verhältnisse merkantilistisch zu agieren, so z.B. Spanien und Portugal, verloren deutlich an Boden, während die im Vergleich zu England eher auf Marktverteidigung gerichtete Kameralistik etwa in Deutschland langfristig den Aufstieg in die Reihe der Zentren vorbereitete.

Angesprochen sind damit auch schon verschiedene zentrale theoretisch-historische Begriffe und Fragen, um die sich das Werk von Immanuel Wallerstein rankt: die (zeitliche) Zyklizität und (räumliche) Ungleichheit der Akkumulationsprozesse im kapitalistischen Weltsystem und die damit verbundenen Varianten und Veränderungen von Produktions- und Arbeitsverhältnissen, Handels- und Austauschbeziehungen; die Rolle der staatlichen und politischen Gewalt; die Klassenverhältnisse und -beziehungen und die verschiedenen Formen von Vergesellschaftung. Wallerstein beansprucht für viele der von diesen Eckpunkten aus entwickelten historischen Thesen und Argumentationen grundsätzliche Geltung – auch über den behandelten Zeitraum hinaus. Der in englischer Sprache seit 1989 vorliegende Folgeband zur »second era of great expansion of the capitalist world economy 1730-1840« fügt diesen theoretischen Dimensionen des Hauptwerkes von Wallerstein weitere grundsätzliche Ausführungen zur Logik der Entwicklung des Weltsystems in einer langen Phase der Expansion und des beschleunigten Wachstums hinzu.

So geschichtlich das Hauptwerk von Wallerstein ausgerichtet ist, so theoretisch relevant und anregend ist es für die Auseinandersetzung um die heutige weltweite Entwicklungsproblematik. Der Wallerstein'sche Ansatz nämlich regt in vielerlei Hinsicht dazu an, über aktuelle Phänomene wie die sog. »Globalisierung«, die »Differenzierung der Dritten Welt« oder den »Aufstieg der südostasiatischen Tiger« in einem analytischen Rahmen nachzudenken, der die Interdependenzen der Entwicklung in den einzelnen Weltregionen systematisch ins Zentrum der Analyse stellt. Dennoch genießt dieser Ansatz heute, wiewohl er den entwicklungstheoretischen Herausforderungen der 1990er Jahre sehr viel eher standhält als so manch andere Theorie, eine geringere Popularität als in den 1980er Jahren. Dies zeigt einmal mehr, in wie geringem Maße analytische Schlagkraft und in welch hohem Maße demgegenüber die Winde des ökonomischen und intellektuellen Zeitgeistes theoretische Entwicklungen bestimmen. Gerade angesichts dieser Tatsache mag es schon wieder hoffnungsfroh stimmen, daß die Weltsystemstudien und zahlreiche damit in Zusammenhang stehende wissenschaftliche Debatten unterdessen in vielen Kontinenten auf hohem Niveau weitergeführt und vervielfältigt werden. Auch die Übersetzung und Edition von Band II des »historischen Weltsystems« im Wiener Promedia Verlag zeichnen sich durch ausnehmend hohe Qualität und Sachkenntnis aus.

Susan Zimmermann

▶ *Immanuel Wallerstein, Das moderne Weltsystem II – Der Merkantilismus. Europa zwischen 1600 und 1750, Promedia Verlag, Wien 1998, 440 S., DM 58 /SFr 52,50 /ÖS 423*

Soziale Bewegungen in Lateinamerika

▶ Verglichen mit den 80er Jahren hat das Interesse an sozialen Bewegungen auf wissenschaftlichem, medialem und politischem Terrain spürbar abgenommen. Dies gilt auch für Lateinamerika. In Zeiten der 'Globalisierung' scheinen die ökonomischen und politischen Großereignisse als entscheidende Variablen für Markt- und Investitionsicherheiten nicht nur die Analyse sozialer Verwerfungen, sondern auch gesellschaftlicher Organisationsprozesse tendenziell ins Abseits zu drängen. Dieter Boris beabsichtigt in seinem jüngsten Buch, diese verkürzte Wahrnehmung der Wirklichkeit zu korrigieren. Sein Blick richtet sich auf eben jene weitgehend unbeachteten »stimmenlosen Gruppierungen und Strömungen«, die sich in der Regel aus verschiedenen Segmenten der Unterschichten rekrutieren und zuweilen einen beachtlichen Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung ausüben können.

In einer knappen und prägnanten Einführung wird die Theorie und Rezeption von sozialen Bewegungen in Lateinamerika skizziert und daran anschließend eine generelle Problematisierung der im Zuge der neoliberalen Wende und der gegenwärtigen formellen Demokratisierungprozesse veränderten Rahmenbedingungen angeboten. Tendenziell scheint damit eine Schwächung sozialer Organisierung zu korrespondieren, was sowohl an der zunehmenden Zersplitterung der Lebenslagen als auch an dem umfassenden Anspruch politischer Parteien auf die Interessenvertretung der Bevölkerung liegt.

In mehreren Kapiteln werden soziale Bewegungen hinsichtlich ihres konkreten Protestgegenstandes, der komplexen Determinanten ihrer Genese, ihres besonderen sozialen Profils und ihrer gesellschaftlichen Reichweite vorgestellt. Ausgehend von der nach wie vor hochaktuellen und von den Campesino-Bewegungen thematisierten Problematik des polarisierten Landbesitzes werden z.T. historische Analysen – beispielsweise der während der Militärdiktaturen aufstrebenden Frauen- und Menschenrechtsbewegungen, der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, der Guerillabewegungen und auch der religiösen sozialen Bewegungen – vorgestellt und deren gegenwärtige Entwicklung und Bedeutung skizziert. Zudem erfaßt der Autor auch neuere Phänomene, wie die mit der Entwicklung der Campesino-Bewegung verflochtene Renaissance des indianischen Widerstands, die Stadtteilbewegungen oder die 'jungen Umweltbewegungen' und markiert schließlich auch die zumeist problem- und themenbezogene Überlappung verschiedener Widerstandsformen.

Somit ist es Dieter Boris nicht nur gelungen, einen gut lesbaren und informierten Überblick über die Komplexität und die vielfach historisch vermittelte Relevanz und Reichweite der sozialen Bewegungen auf dem Kontinent zu geben. Zugleich liest sich das Buch auch als eine fundierte Einführung in zentrale politische und ökonomische Probleme Lateinamerikas. Je nach Interesse des Lesers bleibt nur zu monieren, daß der Band recht unvermittelt nach den Einzeldarstellungen abbricht. Ein abschließender Teil, in dem das gesammelte Material vor den einführend aufgeworfenen theoretischen und praktischen Fragen synthetisiert und desweiteren zumindest die Dimension eines übergreifenden Ausblicks markiert worden wäre, hätte sicher nicht geschadet.

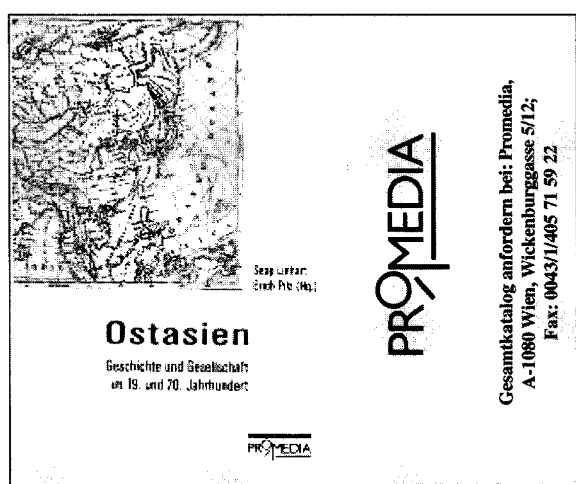
Jens Winter

▶ *Dieter Boris: Soziale Bewegungen in Lateinamerika. VSA-Verlag, Hamburg 1998, 254 Seiten, 36,80 DM.*

Kritische Ökologie Nr. 4

► Im Themenschwerpunkt werden die »**Chancen und Risiken**« **der Biotechnologie für die Dritte Welt** detailliert und kenntnisreich diskutiert. Ausgangspunkt ist dabei erfreulicherweise nicht die fundamentalökologische Klage über menschliche Eingriffe »in die Natur« und den Verlust der »Biodiversität«. Vielmehr wird anhand der Entwicklung der letzten 20 Jahre nachgezeichnet, wie die Möglichkeiten verschiedener Biotechnologien gerade nicht gebrauchswertorientiert genutzt wurden, sondern Chemie- und Pharmakonzerne schrittweise die Kontrolle über die ganze Produktionskette von der Herstellung des Saatgutes bis zur Endverarbeitung übernommen haben. Die Möglichkeiten der Drittweltländer, diese inzwischen auch rechtlich abgesicherte Verfügung über Lebensmittel durch eigenständige Entwicklungen aufzubrechen, werden pessimistisch bewertet. Internationales Patentrecht und Marktkonzentration schaffen Sachzwänge, die lokale und produzentenorientierte Lösungen nahezu unmöglich machen. Weitere Themen: Nashörner in Malaysia.

► *Die Kritische Ökologie erscheint viermal im Jahr und kostet 7 DM. Abos bei: IfaK, Nikolaistr. 15, 37073 Göttingen. ifak-ven-goe@oln.comlink.apc.org.*



Neu im iz3w

- FernWeh (Hg.): Jede Reise eine gute Tat. Reader zu Projekt- und Polit-Tourismus in die Dritte Welt. 57 S., 9 DM.
- iz3w (Hg.): Weltwirtschaft und Krise II. Pressedokumentation mit Analysen und Debatten. Ca. 130 S., 16 DM.
- iz3w-Sonderheft zur WTO-Millennium-Round (siehe rechts)

Das Argument Nr. 231

► Der Themenschwerpunkt »**Kritische Theorie im deregulierten Kapitalismus**« gewährt einen Einblick in die Theorieproduktion im Umfeld der institutionalisierten Frankfurter Schule. Mehrere Artikel umkreisen den Vernunftbegriff, dessen harsche Kritik durch Adorno inzwischen überwunden sei. Allerdings müsse die gängige Interpretation einer linear-evolutionären Entwicklung von Max Horkheimer zu Axel Honneth differenziert werden. Dafür sei auch eine Rückbesinnung auf die Klassiker von Nöten. Das »Befreiende des Geschichtsbruchs vor zehn Jahren« könne in der Überwindung alter politischer Gegensätze liegen: So ließen sich heute verdeckte Gemeinsamkeiten zwischen dem »negativen Hegelianer« Adorno und dem Praktiker Brecht entdecken.

Am überzeugendsten erscheint Moishe Postones Vorschlag einer historischen Kontextualiserung Kritischer Theorie. Der deregulierte Kapitalismus weise Habermas' kapitalfreie kommunikative Vernunft in die Schranken und lasse auch die Staatsfixiertheit der alten Frankfurter Schule obsolet werden: Das Kapital könne nur als »dynamischer geschichtlicher Prozess« begriffen werden.

Weitere Themen: Hintergründe des Krieges gegen Jugoslawien, die Debatte um Bourdieu in Frankreich und ein Gedicht von Dorothee Sölle: »Es kommt eine Zeit / In den Arbeitsämtern wirst du / ältere Leute pfeifen hören./ .../ da werden wir viel zu lachen haben / und Gott wenig zum Weinen, / die Engel spielen Klarinette, und die Frösche quaken die halbe Nacht.«

► *Das Argument kann beim Argument Verlag, Reichenberger Straße 150, 10999 Berlin bestellt werden.*

Lateinamerika Online

► Das Internet bietet eine gewaltige Menge an Informationsquellen. Das Problem ist nur, auch die richtigen Pfade durch diesen immer mehr von Kommerzialisierung geprägten Dschungel zu finden. Angesichts der stetig wachsenden Anzahl und Dynamik der websites wäre eine reine Auflistung und Kommentierung von Internet-Adressen also zu kurz gegriffen. Das Mitte 1999 erschienene Buch Lateinamerika Online bietet neben einem Überblick über die verschiedenen Internet-Dienste vor allem eine praxisorientierte Einführung in die Recherche zu Wirtschaft, Politik und Geschichte mit Hilfe von Suchmaschinen, in speziellen Datenbanken und in/nach Newsgroups und Mailinglisten. Eingangs findet sich eine Auseinandersetzung mit Lerntheorie, die in einem Plädoyer für einen moderaten Konstruktivismus mündet. ► *Joachim Gartz: Lateinamerika Online, Theorie und Praxis effizienter Internet-Recherchen im virtuellen Eldorado. Verlag Alexander Mönch, Köln 1999, 155 S., DM 24,80.*

WTO-Millennium-Round

► Der Ende November in Seattle beginnenden neuen Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) widmet sich eine Broschüre der **iz3w**, die Ende Oktober erscheinen wird. Themen werden die zu erwartenden Entwicklungen auf dem Weltmarkt für Agrarprodukte, Finanz-Dienstleistungen, Telekommunikation und Patente sein. Die Geschichte des Handelsabkommens (GATT) bis zur Gründung der WTO wird nachgezeichnet und verschiedene Einschätzungen der Welthandelspolitik werden dokumentiert. Ein umfangreicher Serviceteil mit Adressen, Internet-Zugängen, Terminen und Veröffentlichungen wird weitere Recherche ermöglichen. Außerdem organisiert das **iz3w** gemeinsam mit anderen Gruppen und Organisationen Veranstaltungen zum Thema in Hannover (zum BUKO), Hamburg, Bonn, Berlin und Freiburg.

► *Bestellungen und Infos: iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg. Tel. 0761-74003, e-mail: iz3wfreiburg@t-online.de*

FIAN und La Vía Campesina

beteiligen sich an einer weltweiten Kampagne für Agrarreformen. Dadurch sollen internationale Bündnisse und Informationsnetze entstehen, um z.B. Bauernorganisationen bei Landkonflikten zu unterstützen und geschlossener gegenüber den UN, den nationalen Regierungen und Konzernen aufzutreten. ► *Infos in der BRD bei: FIAN, Overwegstr. 31, D-44625 Herne, Tel. 02323-490099, Fax 490018, E-mail fian@home.ins.de oder bei La Vía Campesina,*

Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück. In Österreich bei: FIAN, Lisa Sterzinger, Schloßbergstr. 6e/4, 1130 Wien Tel 01-8769659, E-mail: a8202634@uned.univie.ac.at

Architektur der Apartheid

► Nach wie vor prägt die rassistische Zuordnung von Räumen das Bild Südafrikas. Eine vom Niederländischen Architekturinstitut entwickelte Ausstellung entwirft eine eigene Landkarte des heutigen Südafrikas, eine Art Topographie der Apartheid. In zwölf Stationen werden die historischen Etappen und gesellschaftlichen Grundlagen der Politik der Rassentrennung am Beispiel von Architektur, Stadtplanung und Bevölkerungspolitik thematisiert. 50 südafrikanische Künstler und Schriftsteller, Sozialwissenschaftler und Urbanisten zeigen die Konsequenzen von Rassendiskriminierungen und Zwangsumsiedlungen. ► *Blank_Architekture, apartheid and after, Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin. Infos und Führungen: 030-39787183*

Flüchtlingsbetreuung

► Die Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V. KURVE Wustrow sucht Freiwillige, die bereit sind, zwei bis sechs Monate in serbischen Organisationen mitzuarbeiten, z.B. in der Betreuung von albanischen und bosnischen Flüchtlingen, Beratung von Opfern familiärer Gewalt u.ä. Ziel ist es, durch diese soziale Arbeit wieder Räume für Verständigung und gemeinsamen Dialog zu schaffen, gegenseitigen Hass und Vorurteile abzubauen, Kontakte zu knüpfen und aufrechtzuerhalten. *Bewerbungen mit Lebenslauf und Motivationsschreiben an: Bildungs- und Begegnungsstätte KURVE Wustrow e.V., Kirchstr. 14, 29462 Wustrow, Tel. 05843-507, Fax 05843-1405*

Tagungen:

► Außerdem organisiert die KURVE Wustrow ein deutsch-polnisches Seminar zum Thema **»Zivilcourage und gewaltfreier Widerstand im Dritten Reich«** in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz vom 22. September bis 3. Oktober '99. Neben der Auseinandersetzung mit der Bedeutung von »Zivilcourage« und »gewaltfreiem Handeln« in den heutigen Gesellschaften in Polen und Deutschland finden auch Führungen durch die Gedenkstätte des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau statt. Für die ersten zwei Tage ist ein Besuch in Krakau geplant. *Anmeldung und Infos unter o.g. Adresse.*

► Unter dem Schlagwort **»Nachhaltiger Tourismus«** hat sich die Entwicklungszusammenarbeit wieder explizit der Tourismusförderung zugewandt. Diese Entwicklung kann als Reflexion auf die Tourismuskritik der letzten Jahrzehnte verstanden werden. **Nachhaltiger Tourismus oder nachhaltige Tourismuskritik?** heißt daher die Fragestellung eines BUKO-Wochenendseminars, das vom Projekt FernWeh im **iz3w** und dem AKE-Bildungswerk Vlotho vom 12. bis zum 14. November in Vlotho durchgeführt wird. Themen sind u.a. ein Rückblick auf die Entwicklungen der tourismuskritischen Debatte, die Schlagworte umwelt- und sozialverträglicher Tourismus, Tourismusförderung in der Entwicklungszusammenarbeit sowie konkrete Projektbeispiele. *Infos bei FernWeh, Forum Tourismus und Kritik im iz3w, Postfach 5328, D-79020 Freiburg, Tel: 0761/ 70751-25, Fax -23, email: fernweh-iz3w@t-online.de*

► Ein internationales Kolloquium zum Thema **Das Subjekt und die Anderen**. Interkulturalität und Geschlechterdifferenz findet vom 23.-25. 9. an der Universität Trier statt. Es geht um die »diskursive Erzeugung sexueller und ethnisch/nationaler Differenz in ästhetischen und literarischen Repräsentationen außereuropäischer Kulturen.« *Kontakt: Petra Stalbus, Universität Trier, FB II: A 407. 54286 Trier. e-mail: stal2001@uni-trier.de Tel: 0651- 201-2309*

► Unter dem Motto »Inspecting Germany« findet vom 14. bis 18. September in Tübingen eine Internationale Tagung zu **kultur- und sozialanthropologischer Deutschlandforschung** statt. Aus verschiedenen Blickwinkeln sollen u.a. die Themen Identitäten, Rassismus, Integration beleuchtet werden. Donnerstag abend findet eine Podiumsdiskussion zu »Deutschen Mentalitäten nach 1945« statt. *Kontakt: Inspecting Germany, Institut für Ethnologie, Schloß, D-72070 Tübingen, Fax 07071/294995, email: inspectinGermany@uni-tuebingen.de*

► Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Vorschau: iz3w Nr. 241
Schwerpunkt: »Tourismuskritik«

► Die Kritik am Ferntourismus hat in den letzten Jahren eine Trendwende erfahren. Im Zuge der Nachhaltigkeitsdebatte wird im Tourismus die Chance entdeckt, entwicklungsfördernd zu sein – diesmal nicht, wie noch in den 70er Jahren, im rein ökonomischen Sinn, sondern vielmehr als »Instrument einer nachhaltigen Entwicklung«. Der Tourismus soll Naturschutz finanzieren und Anreize schaffen, traditionelle Kulturen zu bewahren. Unser Themenblock wird diese Position insbesondere bezüglich indigener Gesellschaften und Biodiversität diskutieren. In einem theoretischen Exkurs werden die letzten Jahrzehnte der Tourismuskritik reflektiert und Enzensbergers Fluchtthese auf ihre heutige Gültigkeit geprüft.

Herausgeberin:
► Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: http://www.iz3w.org

Redaktion:
► Martina Backes, Dominik Bloedner, Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Stephan Günther, Tina Goethe, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Heidemarie Schlenk, Heiner Schwarz, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Heiko Wegmann, Jörg Zinn.

Vertrieb für den Buchhandel:
► Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:
► Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
► Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
► Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
► Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto/Jahr
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
► Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
► Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
► Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
► Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 241:
► (Druckfertige Vorlagen) 27.9.1999

ISSN 0933-7733

▸ iz3w · Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
PVSt, Deutsche Post AG, »Entgelt bezahlt« E 3477